

Fachkonferenz Teilgebiete

Datum: 06.02.2021
Dok.-Nr.: FKT_Bt1_025



Arbeitsgruppen am Samstag, 06. Februar 2021

Arbeitsgruppe E2

Beteiligung – Interesse, Erwartungen, StandAG

Nr.	Inhalt	Seite
1	Vortrag Vanessa Janzen (BASE)	2
2	Vortrag Hartmut Gaßner RA, GGSC (Berater BGE, ehem. Mitglied der Endlagerkommission)	13
3	Dokumentation der Arbeitsgruppe für das Plenum der Fachkonferenz Teilgebiete am Sonntag, 07.02.2021	29
4	Wortprotokoll – <i>eigene Paginierung</i>	34
5	Textbeiträge	85
6	Dokumentation der Änderungen	94

Beteiligung im Standortauswahlverfahren: Was kommt nach der Fachkonferenz?

Vanessa Janzen, BASE

1. Beratungstermin der Fachkonferenz Teilgebiete, 06.02.2021



Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung

Ziele der Fachkonferenz Teilgebiete

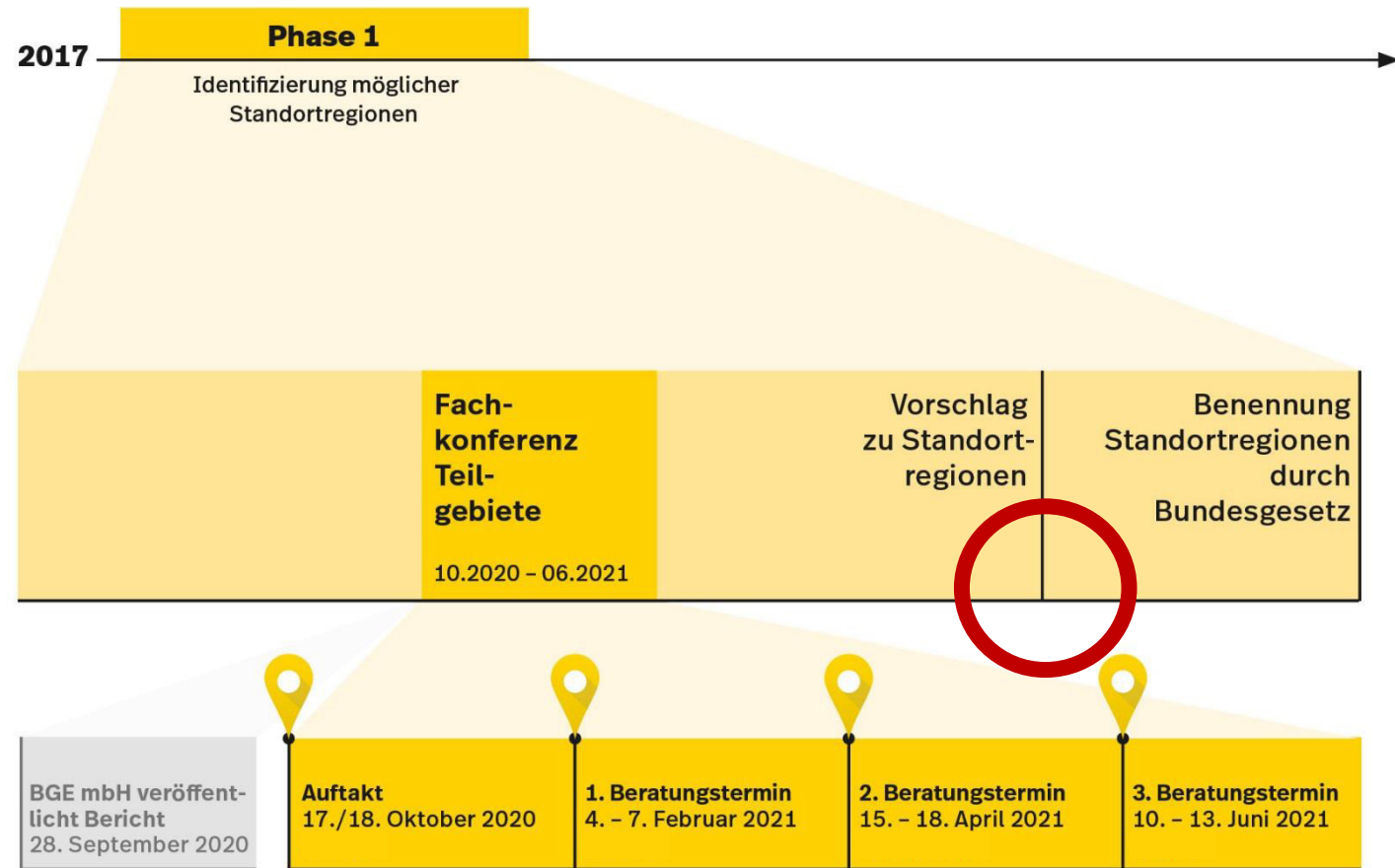
„Ziel ist es, das Beteiligungsparadoxon [...] zu entschärfen. Hierzu bietet sich an [...] eine Fachkonferenz Teilgebiete einzuführen. Die Fachkonferenz Teilgebiete eröffnet die Möglichkeit, den Zeitraum der bloßen Information zu verkürzen und eine fachkundige Befassung rechtzeitig einzuleiten, bevor vorrangig regionale Interessen bedeutsam werden.“

„Ziel ist eine frühzeitige Befassung mit den vorgenannten Auswahlritten, bevor es zur Eingrenzung der Standortauswahl auf die übermäßig zu erkundenden Standortregionen kommt. **Damit wird eine standortübergreifende Sichtweise ermöglicht, die den Aufbau eines Erfahrungs- und Wissensstandes befördert und damit die spätere Arbeitsaufnahme der Regionalkonferenzen und des Rates der Regionen sowie die Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung erleichtern kann.**“

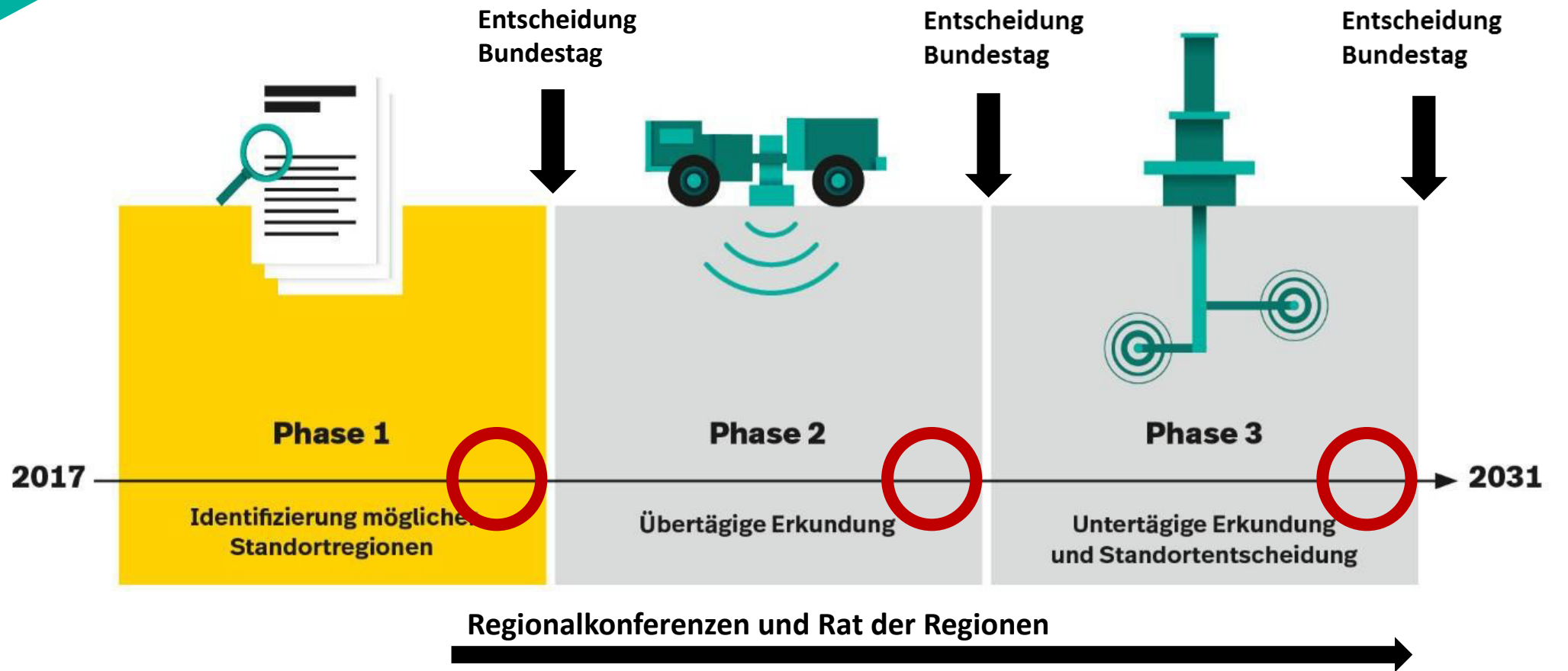
Abschlussbericht der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, Kapitel 7.4.2

WAS KOMMT NACH DER FACHKONFERENZ?

Phase 1 – Wo stehen wir heute?



**BETEILIGUNG IM
SUCHVERFAHREN**



Regionalkonferenzen

NEUE FORMEN
DER BETEILIGUNG

- in jeder Standortregion
- Beteiligung der direkt Betroffenen und Einbringung regionalspezifischer Belange
- **Rechte:** Stellungnahmen, Nachprüferecht, Konzepte zur Regionalentwicklung, Standortvereinbarung
- Geschäftsstelle und eigenes Budget für wiss. Expertisen



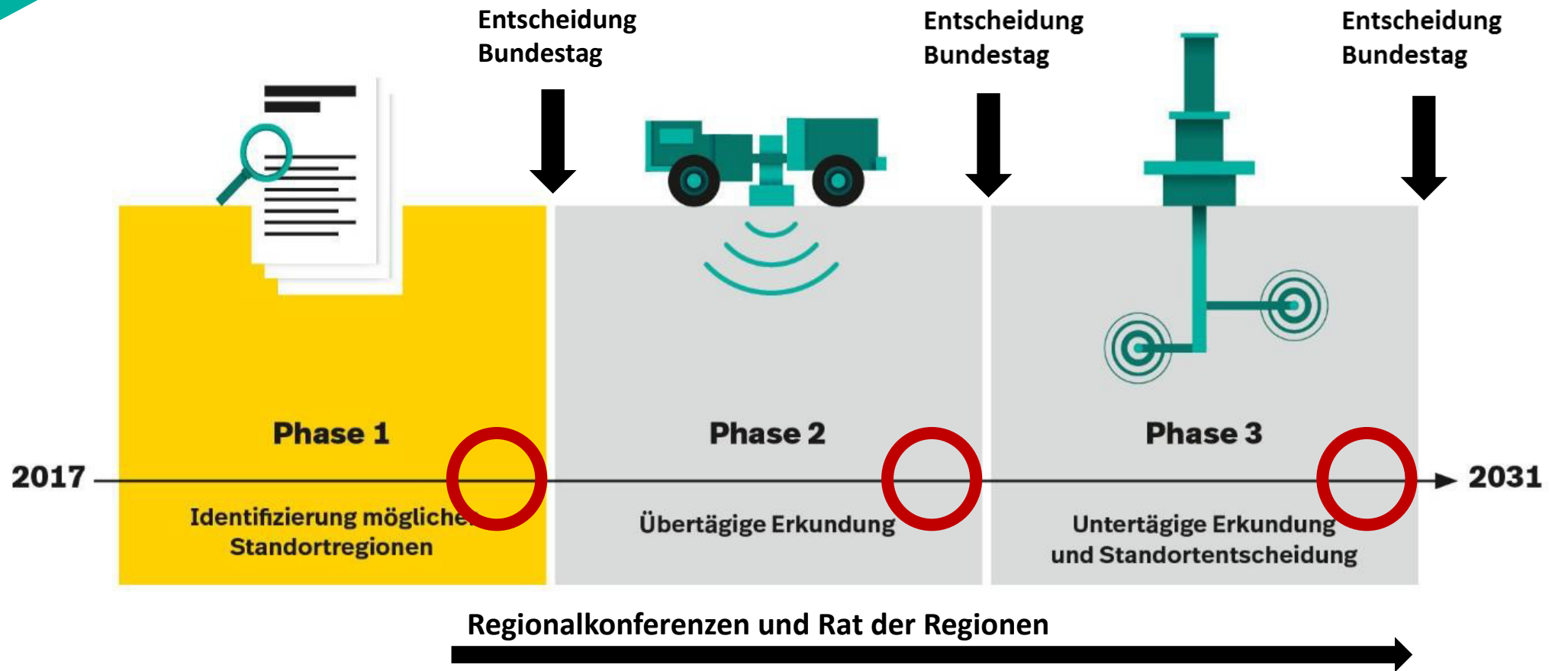
NEUE FORMEN
DER BETEILIGUNG

Fachkonferenz Rat der Regionen



- **überregional**
- Austausch zwischen Vertreter*innen der potenziellen Endlagerregionen und der Zwischenlagerregionen
- Erarbeitet Konzepte zur Regionalentwicklung, unterstützt Regionen beim Ausgleich widerstreitender Interessen
- Geschäftsstelle bei BASE

**BETEILIGUNG IM
SUCHVERFAHREN**



KLASSISCHE BETEILIGUNG

Stellungnahmen/Erörterungstermin

- **in jeder Standortregion**
- Standardverfahren im Planungsrecht
- am Ende jeder Phase:
Stellungnahmeverfahren zu vorliegenden
Vorschlägen der BGE mbH und
Durchführung von Erörterungsterminen

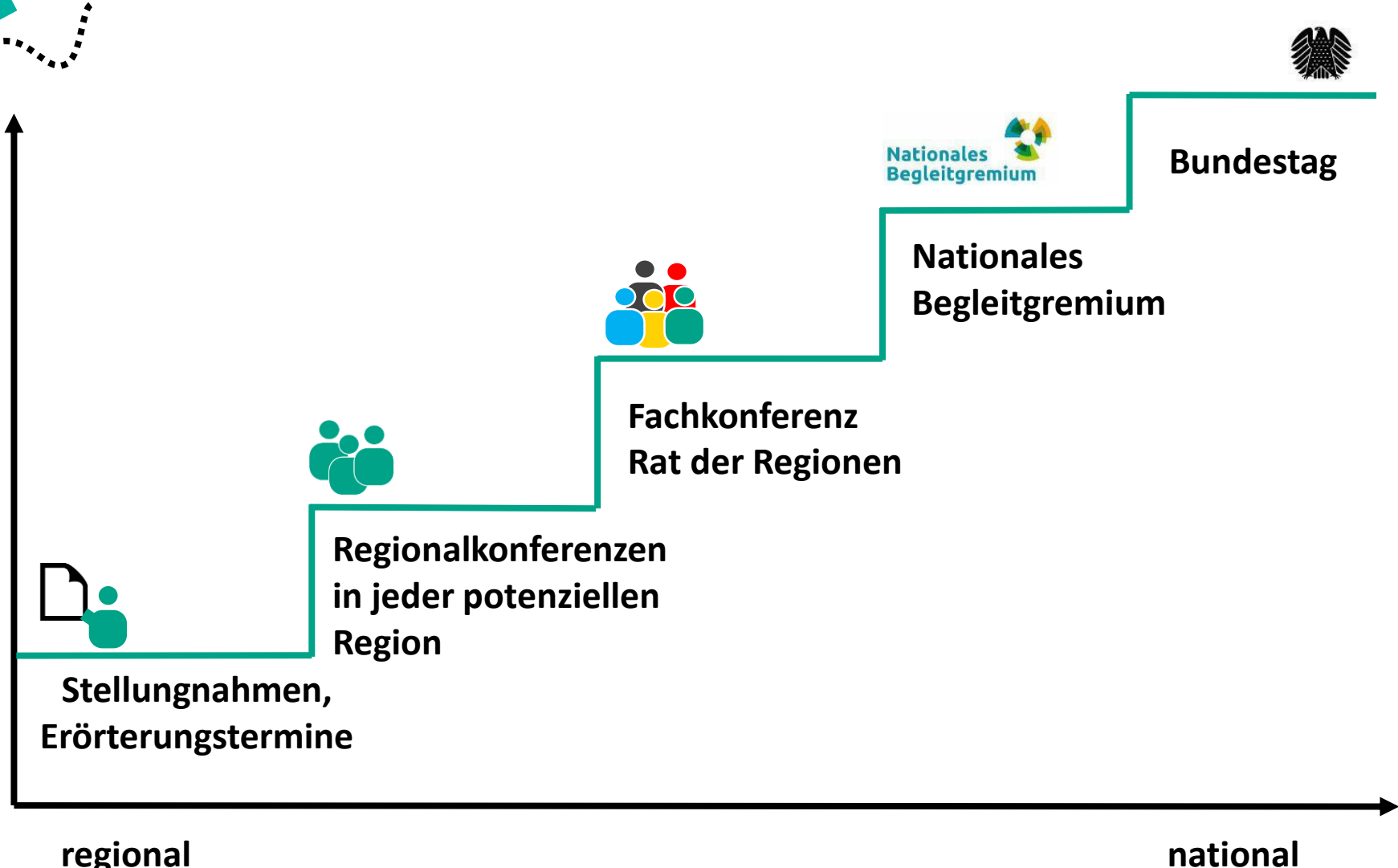


Beteiligung auf allen Ebenen

DIE ARCHITEKTUR

Gesamtgesellschaftlich

individuell



Wie können wir die Öffentlichkeitsbeteiligung am Ende der Phase 1 partizipativ vorbereiten?

- **24.4.2021 Ideenwerkstatt**
- **Juni – Juli 2021 Konsultation**

Information & Dialog

Mitgestaltung

Angebote des BASE parallel zur Fachkonferenz:

App

Virtuelle Ausstellung

Ausstellung suche:x

Animationsfilme

Plenspiel

Infobroschüren

Online-Dialog

Online-Dialog



24. März

24. April

22. Juni

Workshop für die jungen Generationen

Ideenwerkstatt Beteiligungskonzept

Workshop für die jungen Generationen

E-Partizipation bei der Endlagersuche

Online-Konsultation des Zwischenberichts

Konsultation des Beteiligungsprogramm

Fachkonferenz Teilgebiete

Fachkonferenz Teilgebiete

Fachkonferenz Teilgebiete



**Fachkonferenz
Teilgebiete**

AG E2

am 06.02.2021

Rechtsanwalt Prof. Hartmut Gaßner

Übersicht

1. **Vorstellung Hartmut Gaßner**
2. **Grundprämissen für Endlagerkommission**
3. **Zweckbestimmung in § 1 StandAG**
4. **Ablauf Standortauswahl in drei Phasen**
5. **Grundsätze der öffentlichen Beteiligung in § 5 Stand AG**
6. **Herausforderungen**
7. **Beteiligungsformate nach StandAG (Endlagerkommission)**
8. **Begleitung der Fachkonferenz Teilgebiete**
9. **Ziele und Aufgaben der Fachkonferenz Teilgebiete**
10. **Beispiel für Plausibilitätsprüfung**
11. **Ausblick nach Fachkonferenz Teilgebiete**
12. **Vorschlag: Begleitgremium Eingrenzungsschritte**

1. Vorstellung Hartmut Gaßner



Rechtsanwalt und Gründungspartner [GGSC]

Mitglied in der Endlagerkommission -

Co-Vorsitzender der AG 1 (Öffentlichkeitsbeteiligung)

Rechtsberater der BGE

2. Grundprämissen für Endlagerkommission

- Wir stehen in der Verantwortung für einen Endlagerstandort in Deutschland
- Wir blicken zurück auf eine gescheiterte Standortauswahl in Gorleben
- Wir brauchen einen Neustart (Stichwort: „weiße“ Landkarte)

3. Zweckbestimmung in § 1 StandAG

”

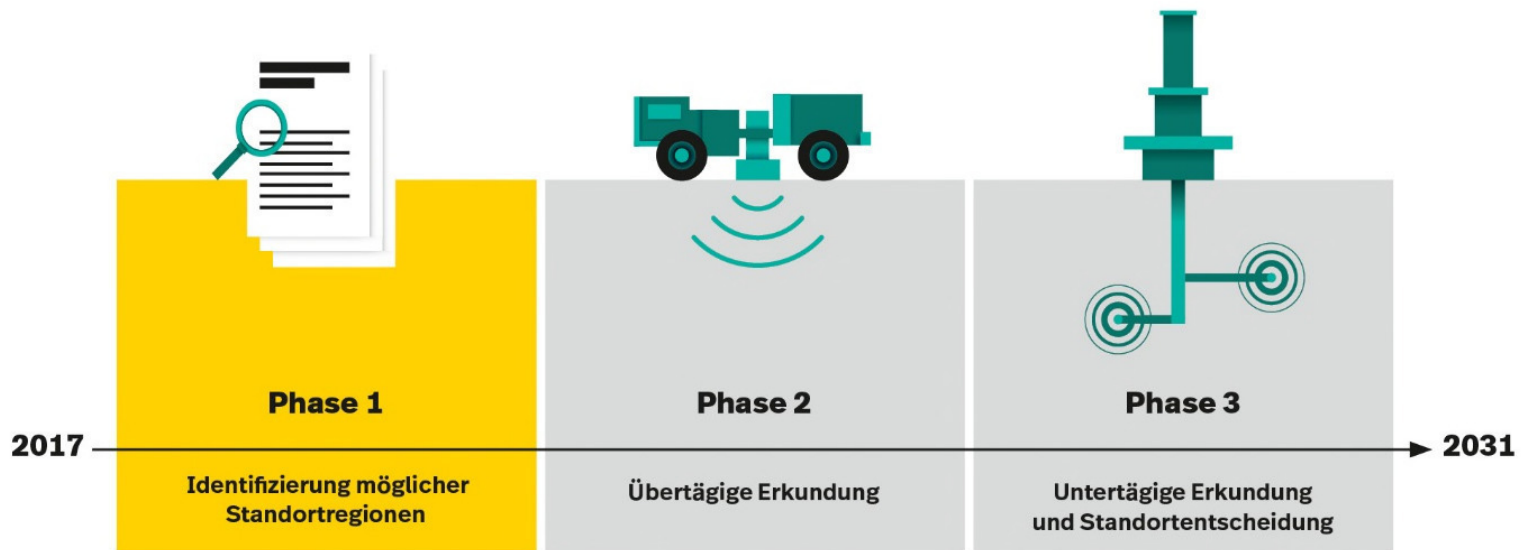
Mit dem Standortauswahlverfahren soll in einem partizipativen, wissenschaftsbasierten, transparenten, selbsthinterfragenden und lernenden Verfahren für die im Inland verursachten hochradioaktiven Abfälle ein Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für eine Anlage zur Endlagerung nach § 9a Absatz 3 Satz 1 des Atomgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland ermittelt werden.

”

4. Ablauf Standortauswahl in drei Phasen

- Phase 1 Schritt 1: Teilgebiete
 Schritt 2: Auswahl von Standortregionen
- Phase 2 Auswahl von Standorten zur obertägigen
 Erkundung
- Phase 3 Auswahl von Standorten zur untertägigen
 Erkundung
- Ziele: Standortvorschlag
 Standortentscheidung

**DIE 3 PHASEN
DER STANDORT-
SUCHE**



5. Grundsätze der öffentlichen Beteiligung in § 5 Stand AG

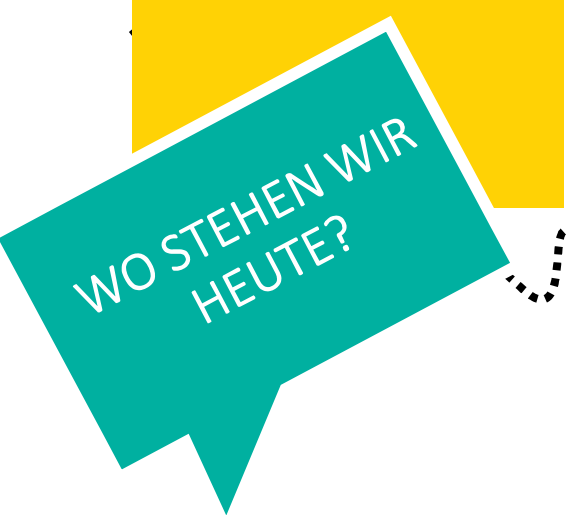
- (1) Ziel der Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine Lösung zu finden, die in einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird und damit auch von den Betroffenen toleriert werden kann. Hierzu sind Bürgerinnen und Bürger als Mitgestalter des Verfahrens einzubeziehen.
- (2) Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung hat nach diesem Gesetz dafür zu sorgen, dass die Öffentlichkeit frühzeitig und während der Dauer des Standortauswahlverfahrens umfassend und systematisch über die Ziele des Vorhabens, die Mittel und den Stand seiner Verwirklichung sowie seine voraussichtlichen Auswirkungen unterrichtet und über die vorgesehenen Beteiligungsformen beteiligt wird. Dies soll in einem dialogorientierten Prozess erfolgen. Hierzu soll es sich des Internets und anderer geeigneter Medien bedienen.

6. Herausforderungen

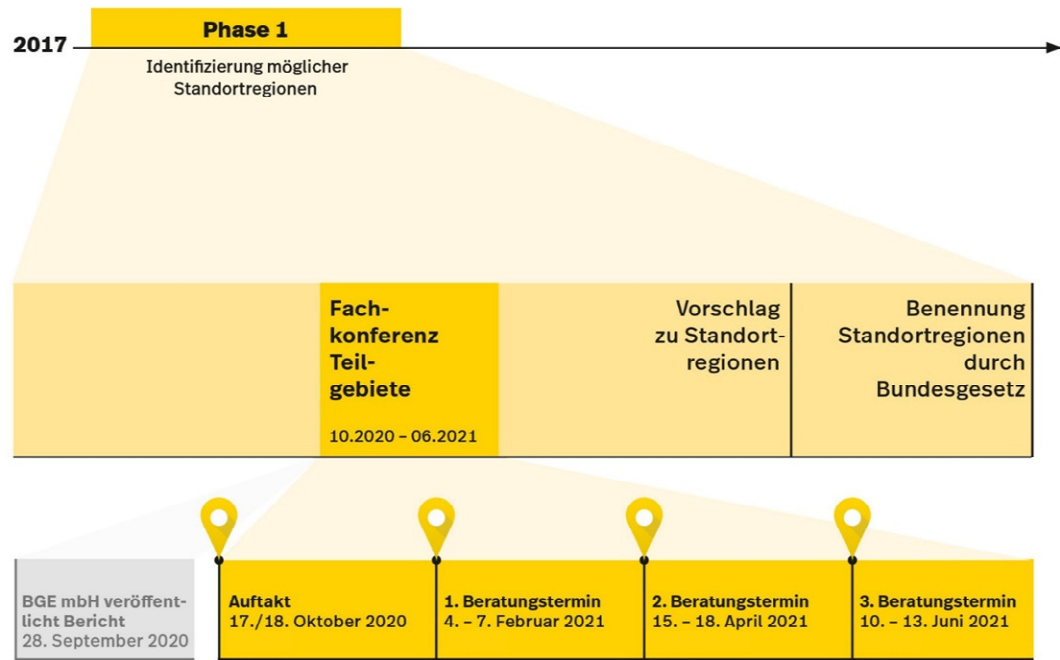
- Risikopotential atomare Endlagerung
- Vielschichtigkeit und Zielorientierung
- Wissenschaftsorientierung und Verzicht auf politische Rücksichtnahme
- bundesweite Bedeutung und lokale Betroffenheit
- Zeitbedarf und generationsübergreifende Belastung (2031 plus jeweils 25 Jahre Errichtung/Betreibung/Nachsorge)

7. Beteiligungsformate nach StandAG (Endlagerkommission)

- Regionalkonferenzen
- Rat der Regionen
- Fachkonferenz Teilgebiete
- Vielfalt der Begleitung
 - Nationales Begleitgremium
 - Online-Plattform
 - Informationsangebote BASE/BGE



Phase 1 – Wo stehen wir heute?



8. Begleitung der Fachkonferenz Teilgebiete

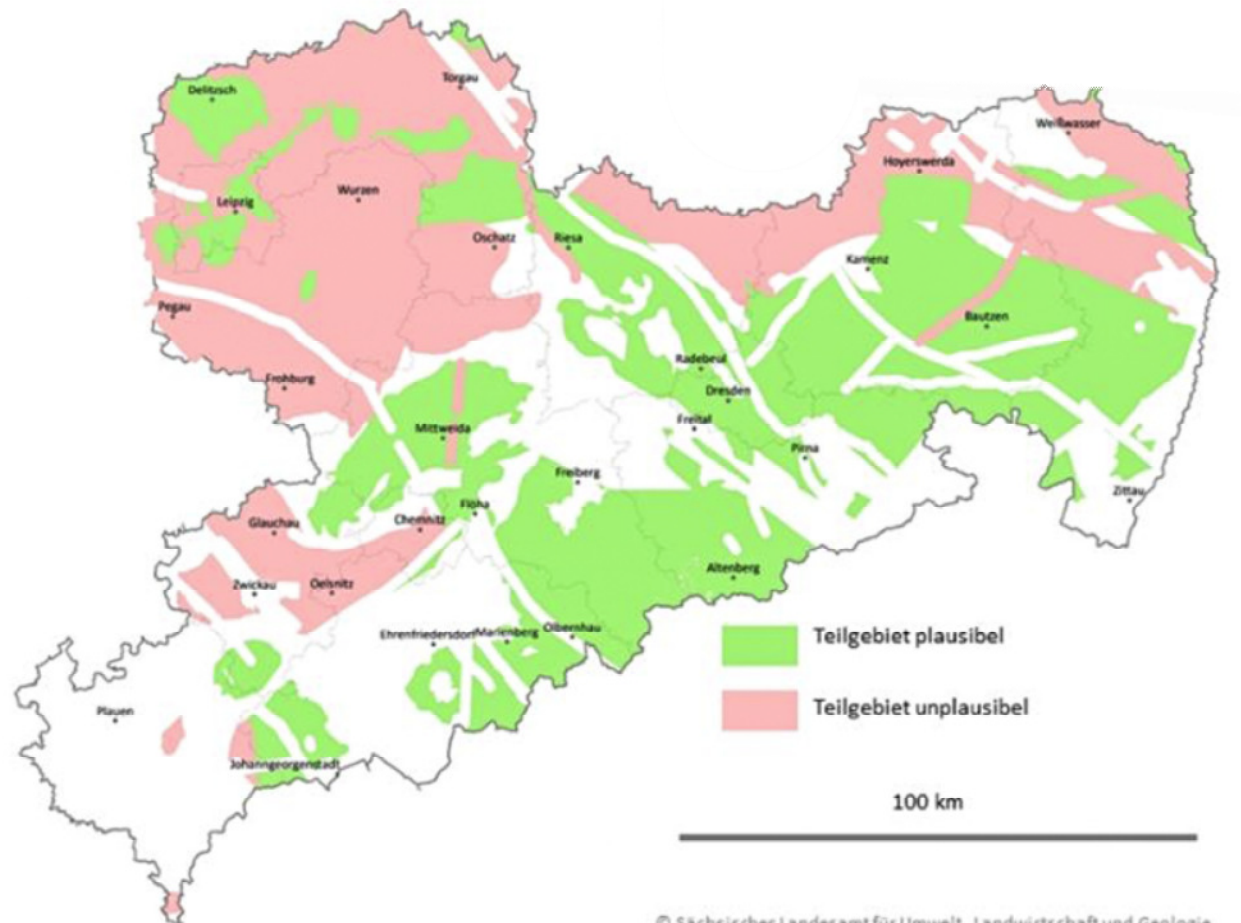
- **zeitlich:** Fortsetzung des Dialogs während der Phase 1: Auswahl der Standortregionen
- **konzeptionell:** Befassung mit Zwischenschritten ohne konkrete Standortbetroffenheit
- **Erinnerung:**

„Ziel der Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine Lösung zu finden, die in einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird und damit auch von den Betroffenen toleriert werden kann.“

9. Ziele und Aufgaben der Fachkonferenz Teilgebiete

- Kontrolle der BGE durch breite Öffentlichkeit
- Befassung mit Ergebnissen des Zwischenberichts
- Identifizierung von Überarbeitungsbedarf und „Konsensinseln“ (Welche Teilergebnisse sind plausibel, weil transparent und nachvollziehbar?)
- Aufgabenstellung für AGen und Plenum der FK_TG
- Übergabe von Ergebnissen an folgende Beteiligungsformate (Weitergabe Staffelholz: Weiterreichen des Olympischen Feuers statt 4 x 400 m-Staffel)

10. Beispiel für Plausibilitätsprüfung



© Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie

11. Ausblick nach Fachkonferenz Teilgebiete

- Umgang mit Zwischen-Zwischen-Bericht (Überraschung über Verbleib von 54 % der Fläche von Deutschland)
- Fortsetzung des Dialogprozesses in Begleitung der weiteren Schritte der BGE (Stichwort: „Haltepunkte“)
- Interesse der Öffentlichkeit (auch der BGE) an Transparenz der weiteren Eingrenzung vor Auswahl der Standortregionen (Abschluss Phase 1)

12. Vorschlag: Begleitgremium Eingrenzungsschritte

- Überlegungen der AG E2 + E3 im Verlauf der drei Beratungstermine der Fachkonferenz
- Auswertung der Ergebnisse und Erfahrungen der Fachkonferenz
- Beteiligung an Ideenwerkstatt/Konsultationsprozess von BASE
- Nutzung des Spielraums im § 5 Abs. 3 *„Das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit wird entsprechend fortentwickelt. Hierzu können sich die Beteiligten über die gesetzlich geregelten Mindestanforderungen hinaus weiterer Beteiligungsformen bedienen. Die Geeignetheit der Beteiligungsformen ist in angemessenen zeitlichen Abständen zu prüfen.“*
- Überwindung des Korsetts für FK_TG (Gesetz und Corona)



**Fach-
konferenz**

Teilgebiete

Dokumentation Arbeitsgruppe E2

Beteiligung - Interesse, Erwartungen,

StandAG

1. Beratungstermin der Fachkonferenz Teilgebiete, 05.02. – 07.02.2021

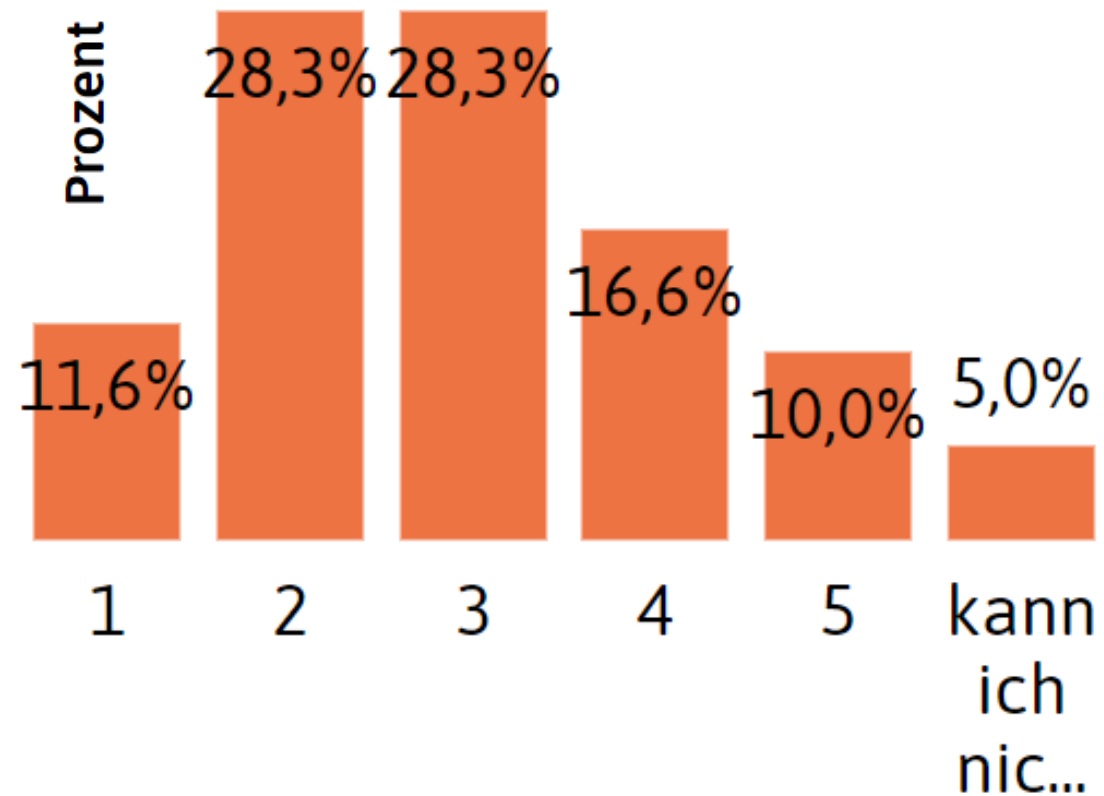
Probleme und Handlungsbedarfe

- Beteiligungsformate nach Abschluss der vorliegenden Fachkonferenz
- Die vielen Beteiligungsangebote sind zu komplex für Laien (Online Dialoge, Ideenwerkstatt, Workshop junge Generation, Konsultationen), noch nicht ausreichend kommuniziert
- Beteiligung im Ehrenamt ist überlastend / Aufwand wird nicht entschädigt → Ressourcen für Beteiligung und Selbstorganisation bereitstellen
- Aktuelle Fachkonferenz ist weniger Beteiligung, eher Information
Weiterentwicklung ist nötig
- Zeitdruck der Fachkonferenz: für Beteiligung und Selbstorganisation
- Dauerfachkonferenz (Kontinuität der Beteiligung)
- Auf der Fachkonferenz werden kritische Themen geglättet

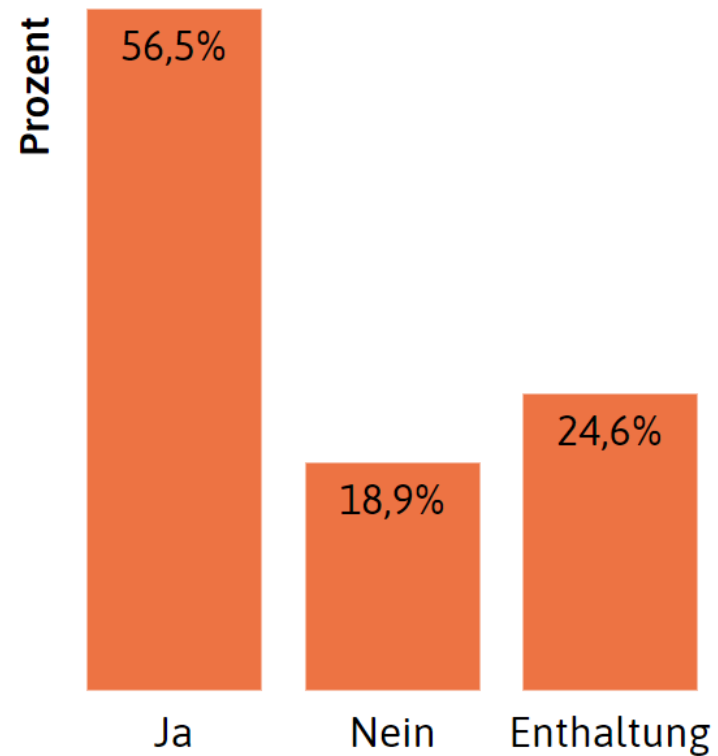
Probleme und Handlungsbedarfe

- Interessenkonflikt bei BASE zwischen fachlicher Aufsicht und Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung
- Forderung nach einer Clearingstelle für Kommunen (für Beteiligung und Beratung im Prozess)
- SUVP - Europäische Länder müssen früher einbezogen werden
- Fehlerhafter Zwischenbericht wird in der Fachkonferenz zur Diskussion gestellt
- frühzeitige lokale Akzeptanz abfragen (welche Belastung /Belohnung ist möglich, Regionalentwicklung)

Meinungsbild: Ist die Diskussion in der Doku richtig wiedergegeben?



Möchte diese Gruppe zwischen den Konferenzen weiter arbeiten?



Fachkonferenz Teilgebiete – Erster Beratungstermin	
Datum	6. Februar 2021
Uhrzeit	13:30 - 16:00
Titel	AG E2
Dateiname	AG E2 – 06 Februar 2021 – 01-29-05
Es gilt das gesprochene Wort.	

(Klemens Lühr) Dann würde ich sagen, mache ich mal eine ganz kurze Einführung, bevor es dann losgeht. Für alle, die zugehört haben: Wir waren gerade noch ein bisschen im Technikcheck. Willkommen zur zweiten Arbeitsgruppe, jetzt am frühen Nachmittag. Das Thema ist: Beteiligung, nennt sich das als Überschrift – Interesse, Erwartungen, das StandAg, das Standortauswahlgesetz. Das soll das Thema heute sein. Wir haben zwei Referenten. Wir haben Frau Vanessa Janzen vom Bundesamt, vom BASE. Frau Janzen, dass Sie auch kurz gesehen werden, schalten Sie doch mal bitte Ihr Video ein und Ihre Kamera. Vielleicht eine ganz kurze Vorstellung, dass man Sie auch mal hier im Vollbild sieht.

(Vanessa Janzen) Ja, sehr gerne. Mein Name ist Vanessa Janzen. Ich bin Politikwissenschaftlerin und arbeite im BASE. Dort leite ich den Präsidialbereich eins, also einen Teil des Präsidialbereiches. Ich bin aber heute vor allen Dingen auch hier, um diesen Vortrag zu halten, weil ich, bevor ich im BASE gearbeitet habe, die Endlagerkommission mit begleitet habe und das Thema dieser AG ist ja „StandAG, Erwartungen und Interessen“. Und die Frage: Was steckt eigentlich dahinter, welche Grundideen? Und vor diesem Hintergrund werde ich heute diesen Impuls halten.

(Klemens Lühr) Vielen Dank, Frau Janzen. Die gleiche Frage an Herrn Gaßner. Würden Sie sich bitte kurz vorstellen, damit wir wissen, wer den zweiten Vortrag heute hier gibt.

(Hartmut Gaßner) Ja, mein Name ist Hartmut Gaßner, ich bin Anwalt in Berlin und war Mitglied der Endlagerkommission und war innerhalb der Endlagerkommission wiederum der Co-Vorsitzende der Arbeitsgruppe 1. Die Arbeitsgruppe 1 hat sich intensiv mit dem Beteiligungskonzept befasst, das dann auch seinen Niederschlag im Standortauswahlgesetz gefunden hat. Und aktuell bin ich außerdem auch Berater der BGE.

(Klemens Lühr) Okay, vielen Dank. Jetzt wissen Sie, wer die beiden Referenten sind. Sie haben ja die Einführung, die methodische Einführung haben Sie eben schon bei der ersten Arbeitsgruppe bekommen. Ich will es nur kurz sagen: Wir haben die beiden Impulse. Dann haben wir jetzt 15 Minuten mehr Zeit für die Diskussion im Plenum, weil es keine Kleingruppen geben wird. Das war jetzt gerade die Entscheidung auch im Plenum. Zur Dokumentation ist wichtig: Es gibt ein Wortprotokoll.

Sie können aber auch über das Menü Textbeiträge hinterlassen. Wir werden, in der Diskussion werden wir nach der Redeliste gehen und es wird am Ende wird es noch eine Frage geben nach Ihren offenen Fragen. Auch das wird alles dokumentiert. So. Ich würde sagen, wir starten. Wie gesagt, die Einführung, die inhaltliche, die ist getan. Wir haben den Technikcheck gemacht. Frau Janzen kann direkt mit Ihrer Präsentation beginnen und ich freue mich auf den ---

(Vanessa Janzen) Herr Gaßner wird starten.

(Klemens Lühr) Ist das so?

(Vanessa Janzen) Ja.

(Klemens Lühr) Okay. Na gut. Stimmt. Genau. Das hatte ich mir notiert. Wir hatten es auch vorher besprochen. Herr Gaßner, das machen Sie ja jetzt nicht selbst, sondern meine Kollegin. Die Präsentation ist jetzt zu sehen. Bitte schön.

(Hartmut Gaßner) Vielen Dank. Wenn Sie dann freundlicherweise auf die Übersicht gehen. Ich will Ihnen einige Überlegungen aus der Endlagerkommission noch mal vermitteln und auf die Fragen der öffentlichen Beteiligung eingehen, was der erste Schwerpunkt unserer AG ist. Ich werde die verschiedenen Beteiligungsformate kurz streifen und sehe eine wichtige Aufgabe darin, noch mal die Aufgabenstellung der Fachkonferenz Teilgebiete zu identifizieren, zu unterstreichen, meine Überlegungen mit vorzustellen. Und ich werde dann am Ende einen Ausblick geben, was meine Vorstellungen sind, was Vorstellungen sein könnten, was nach der Fachkonferenz kommt. Ich werde dementsprechend auch einen Vorschlag unterbreiten, dass es mit der Fachkonferenz Teilgebiete ja jetzt in dieser Phase 1 nicht sein Bewenden sein kann.

Wenn Sie dann freundlicherweise die Folie für die Vorstellung überspringen. Das habe ich gerade schon gemacht. Und wir gehen dann zu der Frage Grundprämissen für Endlagerkommission. Es war ja ein plural zusammengesetztes, großes Gremium, das der Bundestag und der Bundesrat eingesetzt hatte. Und ich glaube, das sollte man nie zu wenig unterstreichen. Es geht in der gesamten Fragestellung "Endlagersuche" darum, ein Endlager zu finden, das einen Standort in Deutschland darstellt. Es gab, während wir in der Endlagerkommission arbeiteten immer mal Vorstellungen, vielleicht die radioaktiven Abfälle ins Weltall zu schicken. Mahnender waren Überlegungen, dass es doch vielleicht naiv sei, davon auszugehen, dass ein Endlager in so einem dicht besiedelten Bereich wie in der Bundesrepublik Deutschland angesiedelt sein könnte. Es könnte doch viel besser vielleicht in der russischen Tundra oder in anderen einsamen Gegenden sein. Also, die Endlagerkommission sah sich in der Verantwortung, hat es dem Gesetzgeber auch noch einmal übertragen, sicherzustellen, die Endlagersuche findet in Deutschland statt. Das Endlager soll in Deutschland sein. Und, das

erlaube ich mir mahnend zu sagen, es soll ein Endlagerstandort auch mal kommen. Wir haben ja eine schwierige Zeitachse. Aber es muss irgendwann mal zu einem Endlagerstandort kommen.

Das Zweite ist: Die Endlagerkommission sah sich natürlich der Situation auch ausgesetzt, dass es eine Standortauswahl bereits gegeben hatte, die war gescheitert und die verbindet sich mit dem Wort Gorleben. Und daraus leitete sich schon das --- Quasi die Geburtsstätte der Endlagersuche war die politische Festlegung, dass man einen Neustart angehen möchte. Das ist mit dem Stichwort "weiße Landkarte" verbunden. Auf der nächsten Folie sehen Sie jetzt letztendlich das Leitbild, das diese Überlegungen der Endlagerkommission zusammenfasst. Und ich habe diese Folie jetzt schon zweimal gesehen. Ich sehe gerade, ich weiß gar nicht, wie viele sind bei uns heute in der AG?

(Klemens Lühr) Einen Augenblick.

(Hartmut Gaßner) Ungefähr.

(Klemens Lühr) Wir haben jetzt 145 Teilnehmende.

(Hartmut Gaßner) Ah ja, na das sind schon das dreifache von dem, was heute Vormittag war. Von daher trage ich dann nicht nur Eulen nach Athen. Wir haben hier ein Leitbild, das noch mal wiederholt, oder unterstreicht, dass wir einen partizipativen Prozess haben wollen, dass wir einen wissenschaftsbasierten Prozess haben wollen, dass wir Transparenz als ein hohes Gut ansehen, dass --- Selbsthinterfragend und lernend heißt, dass der Gesetzgeber sich selber ins Stammbuch geschrieben hat, dass er zum Zeitpunkt des Erlasses der Standortauswahlgesetzes noch nicht wusste und weiterhin nicht weiß, ob das, was jetzt hier normiert ist, tatsächlich schon der Endpunkt der Erkenntnismöglichkeiten ist. Und, Sie sehen hier, in der vorletzten Zeile, etwas, was untypisch ist für ein deutsches Gesetz, weil alle deutschen Gesetze gelten natürlich in Deutschland und alles, was gesetzlich verfügt wird, ist immer eine Verfügung, wenn es Bundesgesetz ist für die Bundesrepublik Deutschland. Hier wird unterstrichen, dass der Standort in der Bundesrepublik Deutschland sein sollte.

Wir finden auf der nächsten Folie die Phasen, die den Standortauswahlprozess ganz grob skizzieren. Und Sie sehen, in der Phase 1, Schritt 1, die Identifizierung und die Auswahl von Teilgebieten, wie es der erste Schritt, die Phase 1 umfasst. Aber, des Weiteren auch die Auswahl von Standortregionen. Es ist dann vorgesehen, dass es Standorte geben wird, an denen eine obertägige Erkundung stattfindet. Und aus denen, die obertägig erkundet worden sind, sollen dann solche ausgewählt werden, die untertägig erkundet werden. Und aus diesen Erkundungsphasen kommt dann ein Standortvorschlag. Der Standortvorschlag soll zu einer Standortentscheidung kommen. Die Standortentscheidung, wie die Auswahl, Phase 2 und die Auswahl, Phase 3, werden vom deutschen Bundestag getroffen. Wir haben ein Verfahren hier, das in seiner Absicherung, was die politische Kontinuität

und die politische Legitimität und die gesetzliche Rückendeckung angeht, einmalig ist. Die nächste Folie habe ich mir vom BASE – ich glaube, Sie sagen immer BASE (englische Aussprache), das ist lustig, dass da so ein Anglizismus Eingang gefunden hat – ausgeliehen. Wir haben hier die drei Phasen noch mal aufgemalt.

In der Folie ist in dem Sinne der Zeitstrahl jetzt einmal aufgebracht. Wir starteten in 2017 und wir haben ein gesetzliches Gebot, in 2031 zum Ende zu kommen. Wenn ich mir jetzt mal anschauen würde, wo ich uns momentan sehe, dann würde ich uns sehen, wenn ich da einen Vertikalschnitt mache, dann würde ich uns sehen beim ersten I, bei der Identifizierung. Aber erst bei dem I, das heißt, wir haben also relativ viel Zeit schon auf dem Weg bis 2013 verbraucht für eigentlich einen relativ kleinen Teil der gesamten Standortauswahl. Auf der nächsten Folie ist dargestellt, was die Ziele der Öffentlichkeitsbeteiligung sind. Und ich möchte da, ich weiß nicht, drei Worte in dem ersten Absatz, oder drei Wortteile unterstreichen. Das erste ist der gesellschaftliche Konsens.

Das Zweite ist, dass ein Ergebnis erzielt werden soll, das eine Tolerierung durch die Betroffenen darstellt. Man hat sich in der Endlagersuche nicht auf den Begriff verstanden, dass hier Akzeptanz erwartet wird von den Betroffenen. Aber eine Tolerierung soll ermöglicht werden. Und es soll zu einer Mitgestaltung des Verfahrens kommen. Ob die Mitgestaltung des Verfahrens durch Bürgerinnen und Bürgern gleichbedeutend ist mit Selbstorganisation, das sage ich mit ein bisschen einem ironischen Unterton. Die Selbstorganisation ist ja tatsächlich eine Herausforderung, die uns alle beschäftigt.

Ich würde dann vorschlagen, dass wir auf die übernächste Folie gehen, Folie 7. Dort ist jetzt dargestellt, welche Beteiligungsformate die StandAG, die Standort AG, nach der Diskussion in der Endlagerkommission gefunden hat. Da gibt es zunächst einmal die Quasi-Selbstverständlichkeit der Regionalkonferenzen. Dort, wo wir Standorte identifiziert haben, Entschuldigung, dort wo Standortregionen identifiziert wurden, da war es relativ klar, dass es auch zu Regionalkonferenzen kommen soll. Es war aber schon immer die Überlegung: Wie komme ich auch ein bisschen hinweg über die reine Verteidigung gegen die Standortbetroffenheit, die unterstellt werden muss. Und deshalb gibt es den Rat der Regionen als ein zweites Gremium, in dem die Standortregionen zusammengeführt werden und wechselseitig sich auch ihre Argumentationen vorstellen sollten und auch sich gewahr sein müssten, dass die eine Argumentation möglicherweise dazu führt, dass eine andere Standortregion eine Belastung erfährt und das sollte vice versa diskutiert werden. Dann kommt die Fachkonferenz Teilgebiete.

Die Fachkonferenz Teilgebiete würde ich auf der nächsten Folie noch mal vorstellen, auf der übernächsten, Entschuldigung. Auf der übernächsten Folie. Da sehen Sie, dass die Fachkonferenz Teilgebiete eine zeitliche Dimension hat. Es war ins Auge gefasst, dass es nicht so sein sollte, dass

nach der Arbeit in der Endlagerkommission jahrelang nichts mehr passiert. Wir haben es etwas despektierlich bezeichnet als: Wir wollen verhindern, dass ein schwarzes Loch entsteht. Es sollte zeitlich eine Dialogphase, ein Beteiligungselement stattfinden. Auch in der Zeit nach der Endlagerkommission und vor der Einberufung der Standortregionen, der Regionalkonferenzen. Das ist die zeitliche Aufgabe der Fachkonferenz. Und konzeptionell war es so angedacht gewesen, dass wir ein Beteiligungsformat haben, das noch etwas jenseits einer zukünftigen Standortbetroffenheit sich mit den bis dahin begangenen Zwischenschritten beschäftigt. Da habe ich jetzt noch mal § 5 quasi als Merksatz herausgenommen.

Auf der einen Seite ist es das Ziel, einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu finden. Auf der anderen Seite soll ein Ergebnis erzielt werden, dass von den Betroffenen toleriert wird. Man erkennt also die unterschiedliche Rolle, zwischen der breiten Öffentlichkeit, die nach einem Konsens sucht und der Tolerierung durch die Betroffenen. Die Betroffenheit wird man nie so weit gekommen, dass die Leute in die Hände klatschen, wenn die entsprechende Standortentscheidung bei ihnen ankommt. Noch mal auf der nächsten Folie zusammengeführt: Was sind jetzt die Aufgaben der Fachkonferenz? Sie sollten eine Kontrolle darstellen, ja. Das setzt wiederum aus meiner Sicht voraus, dass man sich mit dem, was das BGE vorgelegt hat, auch beschäftigt. Das hat die Fachkonferenz ja durch die breite Arbeitsgruppenstruktur jetzt auch abgebildet. Was sind die Ziele? Es müsste erarbeitet werden: Wo besteht ein Überarbeitungsbedarf? Wo sind möglicherweise, wie ich es nenne, Konsensinseln identifizierbar? Wo kann man vielleicht feststellen, im Verlaufe der drei Beratungstermin der Fachkonferenz, dass man durchaus das ein oder andere Teilergebnis als plausibel erachtet, weil man sagt, das ist transparent und nachvollziehbar. Genauso wie man identifizieren müsste, wo sind offene Fragen.

Das sind die Aufgaben für die Arbeitsgruppen, das ist die Aufgabe für das Plenum. Damit hat sich die Arbeitsgruppe E1 - Ergebnissicherung gerade sehr intensiv beschäftigt. Mir ist es aber auch wichtig, der Gedanke, die Fachkonferenz Teilgebiete erarbeitet Ergebnisse, die auch in späteren Diskussionen noch Verwendung finden können, die in späteren Diskussionen Referenz darstellen. Die eine bestimmte Abschichtung darstellen. Die eine Abschichtung darstellen, bevor wie in die Runde der Standortbetroffenheit kommen. Und deshalb habe ich mir erlaubt, hier das Bild zu verwenden, eher sich vorzustellen, dass wir die Wegbegleiter sind eines Weiterreichens des Olympischen Feuers und wir nicht eine 400 m Staffel begründen, in der die jeweiligen Läufer immer wieder die gleichen 400 m absolvieren, mit immer der gleichen heraushängenden Zunge.

Also gibt es eine bestimmte Abschichtung. Was ich als ein Mögliches, die nächste Folie, bitte, sehe, ohne mir jetzt die Ergebnisse, die hier abgebildet sind, zu eigen machen zu wollen, es geht mir nur um die Methodik: Hier sehen Sie vom sächsischen Landesamt eine Einteilung der bisher gefundenen Teilgebiete in plausible und nicht plausible. Ich wiederhole noch mal: Wie geht es jetzt überhaupt

nicht um das Ergebnis. Das kann ich gar nicht überprüfen. Es ist teilweise auch schon angebracht worden, die hätten möglicherweise andere Schritte, die BGE noch gar nicht gegangen ist, bislang nicht berücksichtigt. Darum geht es mir gar nicht. Mir geht es darum: Hier kann man ablesen, okay, es gibt eine Befassung und es gibt eine bestimmte Bewertung. Und wenn sich ein bestimmter Kreis, beispielsweise die Fachgebietskonferenz, zu bestimmten Fragestellungen zu einem vergleichbaren Urteil durchringen könnte, dann könnte man auch in späteren Diskussionen, in fünf oder sechs Jahren an den Standortregionen sagen: Ihr dürft es und ihr müsst es noch mal wieder diskutieren, ihr müsst es noch mal wieder nachvollziehen. Aber, wir haben schon zitierbare Zwischenergebnisse, wir haben schon bestimmte Bewertungen.

Es gab schon mal eine Fachkonferenz, die Teile für plausibel erachtet hat. Genauso, wie wir festhalten müssen, dass diese Fachkonferenz zu Ergebnissen kommt, die sagen: Es ist offen, es ist noch nicht hinreichend klar, da besteht weitere Handlungs- und Überprüfungsbedarf. Das ergibt folgenden Ausblick auf der nächsten Folie. Wir haben den Begriff in der politischen Diskussion jetzt, das, was vorgelegt wurde, sei nicht ein Zwischenbericht im Sinne des Gesetzes. Es sei nur ein Zwischen-Zwischenbericht. Woraus resultiert das? Es sind alle überrascht, vielleicht außer denen, die es unmittelbar zur Anwendung gebracht haben, dass wir noch eine sehr große Fläche haben. Es wurde gestern Abend während des Vortrags von Herrn Hagedorn und heute Vormittag in der Arbeitsgruppe E1 jeweils darauf verwiesen, dass in der Begründung zum StandAG, respektive in der Begründung des Endlagerkommissionsberichtes die Rede davon war, dass doch der Zwischenbericht eine Ergebnisverdichtung erbringen könnte von bis zu 20-30 Standortregionen oder Teilgebieten. 20-30 Teilgebiete sind mehr, Entschuldigung, sind weniger als 90 Teilgebiete, und waren sicherlich auch angedacht, sind weniger als 54 % der Fläche.

Jetzt hat sich daran wohl eine Diskussion schon angeschlossen, ob das denn rechtens sei. Erlauben Sie mir als Rechtsanwalt, jetzt auf diese Frage rechtens nicht weiter einzugehen. Wir haben einen bestimmten Zwischenstand. Und es ist glaube ich ziemlich klar über die letzten Tage schon geworden, auf diesen Zwischenstand muss aufgebaut werden. Und auf diesen Zwischenstand muss aufgebaut werden, indem der Dialogprozess auch weitergeführt wird. Und aus den Kreisen der BGE kommen auch schon die Angebote, zu sagen: Lasst uns doch mal sehen, was von dem Status, den wir jetzt erreicht haben, Zwischenbericht, an weiteren Schritten notwendig wird, um zur Eingrenzung zu kommen, um zur Eingrenzung und zur Auswahl der Standortregionen zu kommen. Was ist Eingrenzung, was ist Eingrenzung, was ist Auswahl? Was könnten Haltepunkte sein? Wo könnten wir Haltepunkte finden, an denen sich wiederum Formate anschließen könnten und müssten?

Und das ist meine letzte Folie: Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir darüber diskutieren, dass es nach dieser Fachkonferenz weiteres Format gibt. Ich habe jetzt hier gesagt, also, es sollte eine Begleitung sein, es sollte ein Gremium oder ein Format sein. Und es sollten die Eingrenzungsschritte

begleitet werden. Ich befinde mich da gerade sprachlich auf etwas schwierigem Terrain. Weil, würde ich sagen, es soll eine neue Runde Fachkonferenz folgen, würden manche darauf verweisen und sagen: Na, der Begriff ist der jetzt verbraucht, weil das Gesetz nur eine Fachkonferenz mit drei Beratungsterminen vorsieht. Für mich keine zwingende Argumentation, aber nehmen wir sie mal an. Wenn ich den Schwerpunkt mehr auf Begleitung setzen, dann wird berechtigt darauf verwiesen: Naja, Begleitung, Entschuldigung, Gremium, haben wir ja schon das Nationale Begleitgremium. Ich bin nicht festgelegt, ich finde es ist notwendig. Wir brauchen was. Es muss was sein, was eine bestimmte Intensität hat. Ich würde zu der Diskussion in E1 heute Morgen sagen: Ein Workshop ist zu wenig. Es muss mehr sein als Workshop. Wir müssen überlegen, wo wir das andocken. Das sollten wir diskutieren in dieser Arbeitsgruppe, das sollten wir diskutieren in der nachfolgenden Arbeitsgruppe, E3.

Wir müssen darauf auch in dem zweiten Beratungstermin und im dritten Beratungstermin zu Ergebnissen und zu Antworten kommen. Wir haben ein gesetzliches Korsett. Dieses gesetzliche Korsett, lassen Sie mich das zum Abschluss sagen, ist der politische Preis dafür gewesen, dass es die Fachkonferenz Teilgebiete überhaupt gibt. Ich war einer der wesentlichen Verfechter dieses Formates. Es gab einigen Gegenwind, die dieses Format überhaupt nicht haben wollten. Die zwischen der Endlagerkommission und der Einberufung der Standortregionen und dem Rat der Regionen, Entschuldigung, Regionalkonferenzen und Rat der Regionen nichts haben wollten. Wir haben jetzt die Fachgebietskonferenz. Lassen Sie uns nicht zu viel Zeit darauf verwenden, ob gerade dieses Format jetzt zu früh kommt. Wir haben noch die Möglichkeit, andere Formate in dieser Phase zu identifizieren, zu diskutieren und vorzuschlagen. Das Gesetz genau lässt uns in § 5 Abs. 3 diese Möglichkeit. Ich werde also dafür, dass wir uns ausblicken, dass es eine Weiterführung gibt. Lassen Sie uns aber erst mal diese Fachkonferenz Teilgebiete zu einem Erfolg werden. Wir haben dazu noch zwei Beratungstermine. Und wir haben hoffentlich auch eine Phase vor uns, wo uns die weitere Arbeit nicht die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie auferzwingt. Vielen Dank.

(Klemens Lühr) Vielen Dank, Herr Gaßner, für diesen Überblick, sowohl historisch als auch inhaltlich. Ich habe auch verstanden, dass ---

(Peter Hocke-Bergler) Man hört Sie nicht gut.

(Klemens Lühr) Hört man mich jetzt besser?

(Peter Hocke-Bergler) Nicht viel.

(Klemens Lühr) Dann versuche ich jetzt ---

(Peter Hocke-Bergler) Jetzt ist es gut.

(Klemens Lühr) Ja, das muss sich bei uns auch ein bisschen zurechtruckeln. Also, vielen Dank, Herr Gaßner, für diesen Überblick. Ich würde gleich nahtlos anschließen wollen, jetzt noch keine Zwischenfragen zulassen wollen, mit dem zweiten Vortrag von Frau Janzen und dann gehen wir in die gemeinsame Runde. Und dann freue ich mich auf Ihre Rückfragen und Ihre Meinungen zu dem Thema. Frau Janzen, dann würde ich Sie bitten, Ihre Präsentation zu teilen. Und dann freuen wir uns auf Ihren Beitrag.

(Vanessa Janzen) Meine erste Frage in die Runde wäre: Können alle meine Präsentation sehen?

(Sprecher*in) Ist zu sehen.

(Sprecher*in) Ist zu sehen.

(Vanessa Janzen) Ist zu sehen? Gut, alles klar. Man weiß ja nie, nachdem das bei Herrn Gaßner nicht ganz so gut geklappt hat. Aber wunderbar. Dann fange ich jetzt an. Und mein Vortrag, der dockt auch nahtlos an, an das, was Herr Gaßner gesagt hat. Ich denke, bevor man darüber nachdenkt, ob es weitere Gremien braucht, oder weitere Formate, muss man noch mal bisschen genauer eintauchen und schauen, was es denn eigentlich sonst noch für Verfahren gibt außer der Fachkonferenz Teilgebiete. Also, was kommt eigentlich genau danach?

Herr Gaßner hat schon einen kurzen Ausblick gegeben und ich möchte da jetzt noch ein bisschen mehr hineintauchen und Ihnen die Architektur, die Logik erklären, die dahintersteckt, warum es die unterschiedlichen Formate im Gesetz gibt, die dort jetzt festgelegt sind. Aber, bevor ich das tue, möchte ich auch noch mal auf ein Zitat hinweisen. Ich werde jetzt nicht das ganze Zitat vorlesen. Wichtig für Sie ist jetzt gerade noch mal das, was ich in fett hervorgehoben habe. Denn eines der Ziele der Fachkonferenz neben der Debatte des Zwischenberichts und ein Einstieg inhaltlicher Art in das Themas ist es auch, sich auf das Verfahren, was da noch kommt, vorzubereiten. Insbesondere auf die dann noch folgenden Beteiligungsschritte. Und das bedeutet, dass wir gerade am Beginn der gesetzlichen Beteiligung sind. Und danach sich noch sehr viel drauf aufbauen wird.

Diese Folie zeigt gerade noch mal, wo wir stehen. Also, hervorgehoben ist hier die Fachkonferenz Teilgebiete. Ich habe da jetzt einen Kringel eingefügt, einen roten Kringel. Und das, was ich jetzt Ihnen präsentieren werde, das ist die Beteiligung, die ab diesem Kringel einsetzt. Nämlich dann, wenn die Bundesgesellschaft für Endlagerung Vorschläge vorstellen wird für Standortregionen. Das heißt, wenn wirklich erstmals eine konkrete Betroffenheit entstehen wird in den Regionen. Dieser rote Kringel wiederholt sich dann im Verfahren. Nämlich immer kurz vor den Entscheidungen des Deutschen Bundestags. Also, ich denke, Sie haben in den unterschiedlichen AGs und Vorträgen jetzt auch schon immer wieder diese Verfahrensfolie gesehen. Am Ende jeder Phase wird der Bundestag über die dann vorliegenden Vorschläge entscheiden. Das bedeutet, zu aller erst über die

Standorte für die übertägige Erkundung, dann die Standorte für die untertägige Erkundung. Und am Ende auch die letztendliche Standortentscheidung.

An diesen Kringeln wird sich die Beteiligung immer besonders verdichten. Da wird besonders viel passieren, aber, und jetzt bitte ich Sie, sich den Pfeil ganz unten anzuschauen. Es werden ab dem Zeitpunkt des Vorschlages für Standortregionen zur übertägigen Erkundung werden Regionalkonferenzen einerseits eingerichtet in jeder Region, die vorgeschlagen wird. Und es wird der Rat der Region eingerichtet. Und diese zwei Gremien, oder --- Also, es wird ganz viele Regionalkonferenzen geben, aber diese beiden Gremiumsarten, nenne ich es mal, werden sich bis zum Ende des Verfahrens durchziehen und die werden dauerhaft arbeiten. Einzige Einschränkung ist, dass natürlich die Regionalkonferenzen im Laufe des Verfahrens ausscheiden, die nicht mehr potentielle Standortregionen sind. Und in diesem Sinne werde ich mich jetzt auch erst mal auf diese zwei Gremienarten fokussieren, indem was ich Ihnen jetzt darstelle. Ich habe sie auch die neuen Formen der Beteiligung genannt, denn das sind beides Gremien, die es bisher so in dieser Art noch nicht gab.

Ich habe das gerade schon genannt: Die Regionalkonferenzen werden sich in jeder potentiellen Standortregion gründen. Sie werden eingerichtet durch das BASE. Sie werden über eine eigene Geschäftsstelle verfügen, über eigene Mittel für wissenschaftliche Expertisen, aber auch zur eigenen Öffentlichkeitsbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und sie decken vor allen Dingen die Interessen der direkt Betroffenen vor Ort ab. Also, es geht wirklich um die Einbringung regionalspezifischer Belange. Eine Regionalkonferenz wird sich wahrscheinlich vor allem mit ihrer eigenen Standortregion und der Auswahl ihrer eigenen Standortregion beschäftigen. Unter anderem. Sie kann sich auch, und das sehen Sie unter dem Punkt „Rechte“, mit dem Thema Regionalentwicklung befassen. Also, es ist unter anderem auch Aufgabe der Regionalkonferenzen, Konzepte zur Förderung der Regionalentwicklung zu erarbeiten, die dann am Ende, sollte diese Region Standortregion werden, in eine Standortvereinbarung münden. Und an dieser Standortvereinbarung sind die Regionalkonferenzen dann auch zu beteiligen.

Darüber hinaus haben Regionalkonferenzen das Recht, an unterschiedlichen Stellen im Verfahren Stellungnahmen abzugeben. Und sie haben, das ist etwas Besonderes, das ist auch eine Kreation der Endlagerkommission: Sie haben ein Nachprüferecht. Was bedeutet das genau? Nachprüferecht bedeutet, dass man jeweils an den roten Kringeln, die ich Ihnen gerade gezeigt habe, also immer dann, wenn ein Vorschlag auf dem Tisch liegt, können die Regionalkonferenzen sagen: Halt, stopp! Also es ist ein Stoppschild, sozusagen. An dieser Stelle gibt es Nachfragen. Wir haben das nicht verstanden, das ist unklar, das ist nicht gut begründet, oder wir haben sogar einen Fehler gefunden. Dies ist noch zu korrigieren, oder zu überprüfen, bevor es im Verfahren weitergehen kann. Weitere wichtige Informationen für Sie zu den Regionalkonferenzen: Das ist die Zusammensetzung, ich



denke, das ist auch besonders, denn in den Regionalkonferenzen sitzen --- Es gibt eine Vollversammlung.

Bei dieser Vollversammlung sind die Bürgerinnen und Bürger, oder Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Standortregion über 16 Jahren und auch die angrenzenden Gemeinden sind dort mit eingebunden. Und wenn ich über angrenzende Gemeinden spreche, dann meine ich auch die, die vielleicht nicht in Deutschland liegen. Also, in dem Moment, wo eine Standortregion an der Grenze liegt, dann werden auch die Bürger, die auf der anderen Seite der Grenze wohnen mit eingebunden. Das ist, denke ich, besonders spannend, wenn die zwei Länder dann nicht Schweiz oder Österreich sind, sondern es dann auch ein Land ist mit einer anderen Sprache. Die Fachkonferenz Rat der Regionen, das hat Herr Gaßner gerade schon angedeutet, ist ein überregionales Gremium, das heißt, da kommen mehrere Regionen zusammen. Natürlich kommen da einerseits die Vertreterinnen und Vertreter aus den potenziellen Endlagerregionen zusammen. Die haben dann auch in der Zusammensetzung die Mehrheit. Aber der Grundgedanke ist, dass hier eben unterschiedliche Interessen aufeinandertreffen und deshalb sind auch die Zwischenlagerregionen hier abgebildet.

Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die irgendwann mal, wenn sie denn Endlagerstandort werden, mit diesem Müll leben müssen, mit den aktuellen, den hochradioaktiven Abfällen. Und auf der anderen Seite gibt es die Regionen, die jetzt schon damit leben. Und das ist ein wichtiges Element der Fachkonferenz Rat der Regionen, dass diese unterschiedlichen Interessen in den Austausch treten. Aber, es geht auch darum, dass die unterschiedlichen potentiellen Endlagerstandort untereinander in den Austausch treten. Mal schauen, wie läuft es denn bei dir. Und in dem Austausch dann auch ein Verständnis dafür bekommen, warum der eine Standort vielleicht besser geeignet ist als der andere. Darüber hinaus hat der Rat der Regionen aber auch die Aufgabe, an der Erarbeitung der Konzepte für die Regionalentwicklung mitzuarbeiten. Und der Rat der Regionen hat eine Geschäftsstelle beim BASE.

So, ich komme noch mal zurück auf diese Folie, die Sie gerade schon gesehen haben und noch mal zu den roten Kringeln, denn da werde ich jetzt noch mal hinspringen, denn neben diesen Gremien, die ich Ihnen dargestellt habe, gibt es auch noch, ich nenne es jetzt mal "Anlässe". Das sind dann keine organisierten Gremien, aber es sind trotzdem Elemente der Beteiligung. Ich nenne es jetzt mal die klassische Beteiligung. Das sind Verfahren, die kommen aus dem Planungsrecht, die sind schon bekannt und Usus. Und diese Stellungnahmen und Erörterungstermine finden auch in jeder Standortregion statt. Jeweils am Ende jeder Phase. Es wird zuerst ein Stellungnahmeverfahren geben, wo sowohl die Öffentlichkeit, als auch Träger öffentlicher Belange in einem Zeitraum von drei Monaten Stellungnahmen abgeben können. Und danach werden jeweils in jeder Region Erörterungstermine durchgeführt. Ich habe Ihnen jetzt noch mal diese Grafik entworfen. Ich habe selbst eine Weile hin und her überlegt, wie man es am besten abbilden kann. Aber, ich möchte Ihnen, ich

möchte einmal wegkommen von dieser Zeitstrahldarstellung und möchte anhand dieses Bildes Ihnen zeigen, was die Grundidee ist. Also, die untere Achse, sehen Sie, das bildet sozusagen die Geographie ab, also von regional bis national. Und die andere Achse zeigt die Ebene der Interessen und der gesellschaftlichen --- Ja, es sind gesellschaftliche Aspekte und Interessen, die da abgebildet werden. Und dort sehen Sie dann, dass Stellungnahmen und Erörterungstermine, die setzen eher auf einer individuellen Ebene an. Dann institutionalisiert sich die Beteiligung immer mehr, über die Regionalkonferenzen, die aber immer noch sehr regionalspezifisch die Dinge betrachten.

Die Fachkonferenzen, die zwar immer noch überregional sind, aber eben den Interessenaustausch pflegen. Ich habe darüber ganz bewusst noch das Nationale Begleitgremium und den Bundestag gesetzt, weil das zu der Gesamtlogik des Verfahrens einfach dazugehört. Also, das Nationale Begleitgremium, das haben Sie auch schon kennengelernt gestern, da hat sich Frau Suckow vorgestellt und Herr Grunwald hat sich vorgestellt. Das Nationale Begleitgremium wurde eingerichtet, um eben auf nationaler Ebene das Gemeinwohl im Blick zu behalten. Und das gilt natürlich auch genauso für den Bundestag, der ja als einziger hier auf der Treppe wirklich repräsentativ gewählt ist. Und deshalb obliegt es am Ende des Verfahrens auch dem Bundestag die endgültige Entscheidung am Ende jeder Phase zu treffen.

Herr Gaßner hat gerade auch schon die Frage aufgeworfen: Wie geht es jetzt weiter nach der Fachkonferenz? Kann es das denn jetzt schon gewesen sein? Oder braucht es dazwischen nicht noch eine weitere Beteiligung, bis es dann endlich zu den Regionalkonferenzen kommt? Diese Frage stellen wir uns im BASE aktuell auch. Und ich habe ja gerade einleitend schon gesagt, man müssen zuerst eine Bestandsaufnahme machen und dann muss man sich Gedanken machen über die Bedarfe. Und deshalb möchte ich an dieser Stelle noch gar keine Meinung abwägen, ob es jetzt ein Begleitgremium braucht, oder was es braucht. Sondern, ich denke, wichtig ist, dass man jetzt über die Bedarfe spricht und Ideen sammelt, wie könnte es ausgestaltet werden. Wir als BASE, als Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung, setzen unseren Fokus bei der Beteiligung natürlich auf die Ausgestaltung von Öffentlichkeitsbeteiligung an sich. Während die BGE natürlich auf ihrer Seite schauen wird, wie können sie an ihrer Arbeit noch mehr beteiligen, möchten wir als BASE in Begleitung der Fachkonferenz eine Ideenwerkstatt organisieren, am 24. April, wo wir mit Ihnen noch vertieft über Bedarfe sprechen möchten und über Ideen, die Sie haben.

Wir möchten natürlich auch die Ergebnisse, die Sie hier erarbeiten in der AG, mit einfließen lassen und wir möchten dann ein Programm entwerfen, welches wir dann von Juni bis Juli 2021, also dieses Jahr, zur Konsultation stellen. Und ich kann Sie nur dazu einladen, dass Sie die Diskussion jetzt hier in der Fachkonferenz führen, sich darüber hinaus in der Ideenwerkstatt und an der Konsultation beteiligen. Genau, ich möchte Ihnen nur noch eine kurze weitere Folie zeigen und dann bin ich auch dann durch. Und zwar haben wir, vielleicht haben Sie es schon mitbekommen, wir haben letzte

Woche ein Maßnahmenpapier veröffentlicht, was wir jetzt noch alles während der Fachkonferenz planen, um auch die Informationsvermittlung um die Fachkonferenz herum zu unterstützen. Und wie Sie sehen, haben wir zum Beispiel auch das Angebot, noch während der Beratungstermine Online-Dialoge anzubieten. Das ist ein Angebot an Sie, an die Fachkonferenz, dass wir gemeinsam Informationstermine machen, wo wir über die Hintergründe des Verfahrens informieren und über den Ablauf der Fachkonferenz. Darüber hinaus planen wir zwei Workshops für die junge Generation, auch um dort, in dieser Zielgruppe den Stand des Verfahrens zu diskutieren. Und, wie ich gerade schon sagte, Bedarfe für die nachfolgende Phase zu eruieren.

Und ja, ich glaube, an diesem Punkt würde ich es erst mal belassen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Und ich kann Sie auch nur dazu ermutigen: Nutzen Sie jetzt die Diskussion hier in der Runde, um sich gemeinsam Gedanken zu machen, wie es im zweiten Schritt der Phase 1 weitergehen kann.

(Klemens Lühr) Vielen Dank Frau Janzen. Das ist das Stichwort, Meret, bitte auch die Wortbeiträge ermöglichen, sodass wir eine Liste der Redebeiträge erstellen können. Genau, wir starten jetzt einfach direkt. Wir eröffnen für Ihre Beiträge. Ich würde gerne noch mal kurz sagen, worauf wir auch gucken in der Dokumentation. Wir werden ja auch am Ende Ihnen noch zeigen, was wir da mit-schreiben. Es sind ja die Leitfragen, die uns von der Arbeitsgruppe Vorbereitung gegeben wurden. Also: Welche Probleme sind deutlich geworden? Sind Probleme deutlich geworden? Das ist auch ein bisschen orientiert an den thematischen Arbeitsgruppen. Zum Beispiel das mit den Wirtsgesteinen. Aber das sind sozusagen auch die Leitfragen aller Arbeitsgruppen. Gibt es Handlungsbedarfe? Welche Erwartungen an die Akteure sind gegeben? Welche offenen Fragen sind noch zu klären? Das sind sozusagen die Leitfragen, die wir auch vor Augen haben, um jetzt mitzuschreiben, um Ihnen zu zeigen was im Plenum präsentiert wird. Genau, jetzt gucke ich gerade noch mal, ob schon diese Möglichkeit --- Noch nicht, die ist noch nicht da. Meret, würdest du die Wortbeiträge bitte freischalten? Einen Augenblick.

(AG E Fachkonferenz) Im Feld erscheinen sie schon, ich schalte sie noch kurz im Menü frei, eine Sekunde.

(Klemens Lühr) Genau, also, wie kommen Sie da hin? Sie drücken auf das Menüzeichen, dann auf Wortmeldung und da können Sie ein Stichwort eingeben. Und dann bildet sich eine Redeliste nach dem Eingang der Beiträge. Und so werden wir auch vorgehen. Wie auch in der ersten AG. Was wir eben gerade gehört haben, will ich jetzt ganz kurz noch mal zusammenfassen. Das war ja sozusagen der Blick vom Anfang vom Standortauswahlgesetzes bis in die Zukunft, bis es dann sozusagen

regionale Angebote gibt. Was ich mich gefragt habe: Also, erst mal ist da viel, sind da viele Gedanken, viele Überlegungen reingeflossen, also es sind ganz konkrete Formate, wo man sich überlegt hat: Das kommt dann nach dem Schritt und nach dem Schritt.

Jetzt haben wir sozusagen, so wie ich es verstanden habe, den ersten Schritt auch gemacht, mit der Fachkonferenz, wo wir heute auch hier sind. Ich habe das, so die Frage vielleicht können Sie das mal einschätzen, Herr Gaßner oder Frau Janzen: Da muss man ja als jemand, der da reinkommt und erfährt, ja auch ganz schön Geduld haben. Also, es gibt lange Verfahren, man wird jetzt sozusagen mit der Nase auf dieses Thema gestoßen. Aber man ist ja eigentlich erst mal noch am Anfang. Ist das so gewollt? Also, man hätte ja auch sagen können, wenn man dann so fertig ist, dass man sozusagen dann die drei Standorte hat, dann präsentiert man die. Und dann beginnt man das Verfahren. Jetzt ist man aber ganz am Anfang und wir reden über einen Zustand, einen Bearbeitungsstand, der noch sehr früh ist. Und ich habe das Gefühl, da kommt vielleicht auch ein bisschen Ungeduld auf, dass man da jetzt noch jahrelang warten muss, bis es konkreter wird. Sind solche Themen diskutiert worden? Also, ---

(Hartmut Gaßner) Ja, ich kann Ihnen sagen, dass in die Zeit der Endlagerkommission auch die Erfahrung mit Stuttgart 21 fiel. Und wir haben bei Stuttgart 21 das Phänomen, dass diejenigen, die sich politisch verteidigt haben darauf verwiesen haben, dass Beteiligung im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens 15 Jahre vorher stattgefunden hat. Und die waren jetzt ganz erbost, dass auf die damalige Beteiligung nicht referiert wurde. Umgekehrt hat die Endlagerkommission gesagt, genauso wie Sie gerade sagten, Herr Lühr, es darf ja wohl nicht wahr sein, dass wir erst, wenn die letzten drei Standorte da sind, die Öffentlichkeit einbeziehen. Deshalb sind wir in der Herausforderung, eine Beteiligung über den gesamten Prozess zu organisieren und haben die große Belastung, dass wir nicht mal eine personelle Kontinuität gewährleisten können, weil wir einen Prozess haben von 2017 bis, lassen Sie mich die 2031 noch in Bezug nehmen, dann haben wir da 14 Jahre. Wir sind also in einem sehr ausführlichen Prozess. Aber, um eine konkrete Antwort noch mal zu geben: Nein, es ist niemand auf die Idee gekommen, die Formate erst ganz am Ende einsetzen zu lassen, sondern so früh wie möglich. Und jetzt stehen wir der Herausforderung gegenüber, wie wir es schaffen, das kontinuierlich zu organisieren. (Klemens Lühr) Okay, vielen Dank, Herr Gaßner. Ich würde einsteigen in die Redeliste. Ich sehe als die ersten drei Beiträge ---

(Jochen Stay) Was ist denn mit Herrn Reimer, der hat doch auch noch einen Beitrag.

(Klemens Lühr) Ja, ja, Herr Reimer ist auch in der Redeliste. Herr Reimer, Sie haben einen Beitrag --- Ich frage mal direkt, Herr Reimer ist ja auch Mitglied der Arbeitsgruppe Vorbereitung. Herr Reimer ---

(Nick Reimer) Genau, ich habe einen Beitrag, ich stehe im Programm drin und wundere mich, dass Sie hier ohne mich vorangehen.

(Klemens Lühr) Das tut mir leid, vielen Dank, ich glaube die Stimme habe ich Herrn Stay zuordnen können ---

(Nick Reimer) Die war auch von Herrn Stay.

(Klemens Lühr) Genau, dann würde ich sagen, machen wir noch eine kurze Pause und geben Herrn Reimer das Wort. Natürlich. Haben Sie eine Präsentation, möchten Sie das mündlich ---

(Martin Donat) Ist das richtig, dass das Bild von Frau Janzen eingefroren ist? Oder ist das nur bei mir so?

(Klemens Lühr) Also, bei mir ist es nicht so. Sie sehen mich ja jetzt wahrscheinlich auch. Also hier ist es sozusagen ganz flüssig. So, ich würde gerne Herrn Reimer --- Dann entschuldigen Sie, dass ich Sie übergangen habe. Das war nicht auf meiner Liste. Das Wort geben. Noch die Frage: Haben Sie eine Präsentation, oder machen Sie es mündlich?

(Nick Reimer) Ich mache das mündlich und ich mache es jetzt auch kurz, weil wir ja schon kurz vor der Debatte sind. Ich bin gebeten worden als Mitglied der AG Vorbereitung ein bisschen etwas zum Praktischen zu sagen, denn das, was Frau Janzen und was Herr Gaßner hier vortragen, das ist natürlich Theorie und diese Theorie hat mit der Praxis überhaupt nichts zu tun. Ich bin in diese AG Vorbereitung reingeschlittert, weil ich beim letzten Termin als Journalist für ein Magazin unterwegs war und einen Bericht geschrieben hatte. Angemeldet als gesellschaftliche Gruppe, denn für Journalisten gab es keine andere Möglichkeit, sich anzumelden. Und ich fand den letzten Termin so grauenhaft, dass ich gesagt habe: "Ey, du musst hier kandidieren um beim nächsten Mal eine bessere Konferenz vorzubereiten." Überraschenderweise bin ich gewählt worden und hatte somit das Privileg, aber auch das Problem, diese Konferenz vorzubereiten.

Wir haben alleine, ich glaube, vier Wochen gebraucht, um uns zu überlegen: Was sind wir eigentlich? Wir konnten uns nicht treffen, wir konnten kein Bier miteinander trinken. Was sind wir, was bereiten wir vor, wer sind wir? Uns war klar, dass diese Wahl, von allen angesprochen, katastrophal war, sie war nicht legitimiert, sie war nicht fair, sie war eine Farce. Da hat sich jemand was ausgedacht. Wir sind quasi diejenigen, die das dann ausgebadet haben. Uns wurde eine Geschäftsstelle an die Hand gegeben, die am meisten das Wort „Ich bitte um Verständnis“ gebraucht hat. „Es geht nicht, ich bitte um Verständnis.“ Und wir befinden uns hier in einem Raum von öffentlichen Ausschreibungen, von einem Vergaberecht, das stark geregelt ist. Also, ich glaube, dass die Geschäfts-

stelle relativ häufig gesagt hat: „Ich bitte um Verständnis“. Weil wir tatsächlich Verständnis aufbringen mussten, dafür, dass eben ein Raum gemietet war, eine öffentliche Ausschreibung für Moderatoren schon lief, etc. Also, was wir uns unter Selbstorganisation vorgestellt haben, das konnten wir so natürlich nicht umsetzen, weil es eben dieses öffentliche Vergaberecht gibt. Und dieses öffentliche Vergaberecht verschiedene Barrieren rechts und links mitbringt. Wir sind relativ stark kritisiert, beschimpft worden. Also, wir sollen diesen Termin, diese Fachkonferenz zurückgeben. Also, wir sollen unser Mandat als Gewählte, bei dieser schwachen Wahl, nicht ausführen, sondern sollen es zurückgeben.

Okay, wir haben uns gefragt: Was passiert denn dann, wenn wir es zurückgeben? Und dann hätte das BASE diese Konferenz organisiert und zwar nach ihren Maßstäben und nicht nach den Maßstäben, denen jetzt eben zwölf willkürlich ausgewählte Bürger quasi in der Hand hielten. Wir sollten mehr Zeit einräumen. Auch das haben wir diskutiert. Was bedeutet das denn aber? Das bedeutet doch nur, dass die BGE weiterarbeitet, ohne in irgendeiner Form von den Bürgern kontrolliert zu werden. Also, uns war klar: Wir müssen diese Konferenz jetzt abhalten, weil wir können hier als Bürger Pflöcke einschlagen, Pflöcke, die quasi die künftige Suche weiter beeinflussen. Wir sollen uns öffnen, auch das ist ganz oft gesagt worden. Also, wir waren zwölf Leute. Zu zwölf ein Tagungsprogramm auszuarbeiten, das ist schon echt eine Herausforderung. Was heißt denn öffnen? Jeder konnte mitreden. Hier, vom BUND, die Eingabe, da gab es glaube ich fünf Eingaben vom BUND, jeder konnte sich einbringen. Wir waren nur Dienstleister, im Sinne von Dienstleister.

Ich will es vielleicht mal mit Michael Endes unendlicher Geschichte beschreiben: Wir sind an der Stelle, wo die kindliche Kaiserin das eine Sandkorn noch in der Hand hält, aus dem die neue Welt entstehen soll. Also, wir haben die Chance gehabt, eine Konferenz so zu organisieren, dass ab jetzt ein großer Prozess, ein großer öffentlicher Prozess in Gang kommt, der partizipativ, gerecht und selbstlernend ist. Und ich werde mich nicht wieder zur Wahl stellen, weil ich dieses Gefühl, eingeklemmt zwischen einer kritischen Öffentlichkeit und einem Gesetzgeber --- Weil ich das Gefühl habe, dort keine Partner gefunden zu haben. Ich möchte aber appellieren und bitten, dass die, die mir nachfolgen und die, die uns begleiten, mehr dieses Partizipative begreifen. Also, wir konnten als AG Vorbereitung nur das machen, was an uns herangetragen worden ist. Natürlich wirst du kritisiert, wenn du sowas machst. Aber ich möchte gerade ausgestrahlte oder bunte Organisationen herzlich bitte, diesen Prozess ernst zu nehmen und diesen Prozess besser mit zu begleiten und zu gestalten. Stellt euch zur Wahl, geht in diese AG Vorbereitung, macht da mit! Weil, das ist tatsächlich die Stelle, die Schaltstelle, die wir im Moment haben, um diesen Prozess aus der Öffentlichkeit so kritisch zu begleiten, wie es nur geht.

(Klemens Lühr) Vielen Dank, Herr Reimer. Das war jetzt sozusagen ein ganz kritischer Einblick ---

(Vanessa Janzen) Man kann Sie wieder nicht hören.

(Heinz Wranesch) Sie sind nicht zu hören.

(Klemens Lühr) Ist es jetzt besser? Hören Sie mich jetzt?

(Sprecher*in) Besser.

(Klemens Lühr) Ja? Dankeschön. Danke für den Hinweis. Herr Reimer, vielen Dank. Das war jetzt sozusagen ein Stück ein Bruch zu den beiden Vorträgen, aber eigentlich genau der richtige Punkt eben auch von der praktischen Seite. Also, wir haben eben gerade erst über die einzelnen, sagen wir theoretisch, die einzelnen Formate im Zeitverlauf --- Jetzt sind wir mit Ihnen direkt in die Fachkonferenz eingestiegen. Haben nochmal gehört, wie haben Sie das erlebt als jemand, der in diesem Format eine tragende Rolle hatte. Also, ich finde, das kann die Diskussion, die wir jetzt gleich anschließen werden, auch einfach bereichern, weil wir da jetzt quasi auch den praktischen Einblick haben. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich auch, wenn wir jetzt die Stimmen hören, dass Sie sich auch mit einbringen, denn Sie haben sozusagen jetzt die Erfahrung gemacht in diesem ersten Beteiligungsverfahren, dort eben auch eine gestaltende Rolle einnehmen zu können und das ist, finde ich, eine sehr wertvolle Erfahrung, die wir hier auch mit dabei haben auf dem Podium.

So, ich würde jetzt mit der Redeliste --- Ich sehe jetzt hier zehn Redebeiträge. Und ich würde mit Herrn Wranesch jetzt anfangen, Herrn Donat, Herr Reimer hat ja gerade gesprochen. Und als Drittes dann eben Herr Stay. Die drei bitte ich, ihre Mikros anzumachen und ihre Videokonferenzen und ich möchte mit Herrn Wranesch jetzt beginnen. Herr Wranesch, können Sie mich sehen?

(Heinz Wranesch) Heinz Wranesch, ja, ich hoffe, mich hört man auch.

(Klemens Lühr) Man hört Sie.

(Heinz Wranesch) Kamera habe ich keine, deswegen so. Ich wollte die erste Frage eben stellen, Nick stand auf der Tagesordnung und wurde nicht erwähnt, was mit ihm ist. Er hat jetzt geredet, und danke, Nick, dass du dich so deutlich geäußert hast, denn ich habe jetzt im Zusammenhang mit der Präsentation von der Frau Janzen noch mehr --- Bin noch mehr irritiert als vorher. Jetzt soll es noch mal eine Ideenwerkstatt geben, weitere Konsultationen zwischen den Fachkonferenzen, noch mal Online-Dialoge. Ja, wie sollen die Leute das alles noch begreifen, was da an Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden kann? Es hat ja von dieser Fachkonferenz offensichtlich schon nur sehr wenige getroffen. Wenn ich auf die Liste reingucke, gerade mal 803 der 1600 angemeldeten Leute sind heute dabei. Also, hier ist sehr viel aufgewirbelt worden. Aber tatsächlich ist die Partizipation bei Leibe nicht so, wie man sich das vorstellen sollte bei so einem ganz wichtigen Thema, nämlich für die nächsten Jahrtausende irgendwie das Zeug, das seit den fünfziger Jahren in die Welt gesetzt

worden ist, wieder aus der Welt zu bringen. Konkret Frage an Frau Janzen: Sie haben eine Folie gezeigt mit zwei Zeitstreifen. Und der erste rote Kringel, der war noch vor der dritten Fachkonferenz. Ich habe das nicht ganz verstanden, weil wenn kurz vor der dritten Fachkonferenz plötzlich der erste Kringel, also die Benennung von konkreten Regionen aufgezeigt werden soll, wie dann die dritte Fachkonferenz sich auf diese Situation vorbereiten soll? Das wäre konkret eine Frage. Und wie kommt man dazu, bzw. wie sollen diese Ideenwerkstatt-Konsultationen und Workshops für die junge Generation denn auf die Beine gestellt werden?

(Klemens Lühr) Genau. Also normalerweise hätte ich jetzt gesammelt, aber da Sie eine konkrete Frage haben und Frau Janzen hat auch schon das Chart eingeblendet, fände ich es gut, wenn wir das konkret jetzt auch erst mal beantworten. Frau Janzen können Sie noch mal bisschen einen Überblick geben?

(Vanessa Janzen) Ja, das stimmt, wahrscheinlich ist der Chart ein bisschen missverständlich. Nein, es ist nicht gemeint, dass das vor dem dritten Beratungstermin ist, sondern vor dem Vorschlag der Standortregion. Also, diese unterste Leiste ist nochmal ein Hineinzoom in die Fachkonferenz. Deshalb ist die andere Folie wahrscheinlich die, die besser zu verstehen ist. Also, der Kringel bezieht sich auf den Zeitpunkt, wenn die BGE mbH Vorschläge für Standortregionen zur überträgigen Erkundung macht. Also wirklich am Ende der Phase 1. und wir befinden uns ja jetzt eher im mittleren Bereich.

(Heinz Wranesch) Deswegen, genau der Punkt eigentlich. Es werden Sachen in die Welt gesetzt, wo ein normaler Mensch sich nicht mehr auskennt. Also, allein mit der Folie, die direkt davor war, haben Sie bei mir zumindest eine Irritation ausgelöst, die wahrscheinlich jeder, der als Unbedarfter diese Folie sieht, genauso irritiert ist. Und wenn das die Kommunikation und die, wie haben Sie das gesagt, die Koordination der Öffentlichkeitsarbeit zu dem Thema sein soll, dann bin ich schon sehr irritiert, weil ich dann glaube, dann soll die Öffentlichkeit doch sehr durcheinandergebracht werden und nicht vernünftig öffentlich informiert werden.

(Vanessa Janzen) Nein, das war genau eigentlich nicht mein Einsatz. Ich wollte für Klarstellung sorgen und ich nehme jetzt mit, dass diese Folie genau nicht für Klarstellung sorgt. Aber, ich wollte heute eigentlich genau mal Zeit nehmen, zu erklären, wie komplex das Verfahren eigentlich schon ist. Und ich teile Ihre Auffassung, dass das schwer zu verstehen ist, wenn man neu einsteigt in das Thema. Und deshalb auch meine Frage ---

(Heinz Wranesch) Ich steige nicht neu in das Thema ein, ich bin seit 1984 im Bereich Energie tätig. Ich habe an Kernkraftwerken mitgearbeitet, bin dann ausgestiegen und bin seit ungefähr 1984 auf einer Schiene, die sich hauptsächlich mit dem Ausstieg und regenerativen Energien beschäftigt.

Deswegen kenne ich auch Nick Reimer. Und mache seit 15 Jahren Energie- und Umweltjournalismus und begleite den Ausstiegsprozess sehr kritisch, ja, aber ich weiß, um was es geht. Und als Elektroingenieur, als Energieingenieur weiß ich auch, wie Kernkraftwerke funktionieren und was mit dem ganzen Müll eigentlich los ist. Also, ich habe ein bisschen Erfahrung bei dem Thema. Und wenn Sie mich schon irritieren, wie irritieren Sie dann erst die normalen Menschen?

(Klemens Lühr) Das Thema Überblick, Überblick schaffen über das komplexe Verfahren ist auch für Personen, die im Thema sind, auch nicht leicht. So habe ich es verstanden. Frau Janzen, wollen Sie noch etwas ergänzen? Ich sehe auch ---

(Vanessa Janzen) Ja, genau. Also, mein Appell war das ja jetzt auch am Ende meines Vortrags: Bevor wir jetzt darüber reden, was man vielleicht noch alles für Gremien usw. kreieren könnte, sollte man sich vielleicht erst mal anschauen, was es schon gibt und welche Bedarfe gibt es eigentlich, die damit noch nicht abgedeckt sind, sozusagen. Und das ist die Sache, die wir angehen in dieser Ideenwerkstatt. Herr Gaßner hat auch davon gesprochen, dass es noch eine gewisse Lücke gibt zwischen dem Moment, wenn die Fachkonferenz beendet ist, und dem Moment, wenn die Regionalkonferenzen anfangen zu arbeiten. Die Frage ist: Ist dazwischen noch ein Bedarf für Beteiligung, wenn ja, welcher und was gibt es für Ideen? Das ist das Ziel der Ideenwerkstatt.

(Klemens Lühr) Und wahrscheinlich ist es auch so, dass man immer wieder auch aufs Neue die ganzen Verfahren erklären muss, weil sie einfach so komplex sind. Nick Reimer, Sie hatten eine Wortmeldung.

(Sprecher*in) Entschuldigung, es gab eine Rednerliste.

(Klemens Lühr) Genau, aber Herr Nick Reimer ist ja sozusagen irrtümlicherweise nicht als Referent gelistet worden, aber er ist es ja jetzt, er war ja im Programm drin. Darum, ich hätte, weil wir jetzt gerade mit dem angefangen ---

(Nick Reimer) Im ARD-Hauptstadtprogramm ist der Termin heute als Beginn einer Fachkonferenz angekündigt. Heinz, du bist selbst Journalist, du weißt, wenn sowas angekündigt wird, Beginn einer Fachkonferenz, dann ist kein Journalist in irgendeiner Form interessiert an sowas. Wenn der stehen würde „Ab heute reden die Bürger mit wo das Atommülllager hinkommt“, dann ist das eine ganz andere Geschichte. Und deshalb müssen wir uns diesen Prozess aneignen, wir Bürger, wir müssen das Wording machen und wir müssen künftig eben auch Pressemeldungen verschicken. Weil die BASE hat, völlig korrekt natürlich, hier eine Fachkonferenz angekündigt. Und entsprechend ist die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Wir müssen diesen Prozess tatsächlich selber in die Hand nehmen. Also, wenn das das BASE macht, das wird nicht funktionieren.



(Klemens Lühr) Okay, ich würde weitermachen. Wir hatten ja angefangen, dass wir drei Redebeiträge hatten, davon ist der erste jetzt schon passiert. Ich würde Herrn Stay bitten und Herr Donat war ja auch mit, sozusagen auf dem digitalen Podium. Herr Stay, bitte.

(Martin Donat) Ich wäre der nächste gewesen, wenn ich die Liste anschau. Hallo? Ich wäre der nächste auf der Liste gewesen.

(Klemens Lühr) Wer spricht da bitte? Der Namen, bitte. Können Sie mir bitte Ihren Namen nennen?

(Martin Donat) Martin Donat.

(Klemens Lühr) Genau, vor Ihnen ist noch ---

(Martin Donat) Martin Donat.

(Klemens Lühr) Entschuldigung, ja, ja, Sie waren 11 Sekunden früher dran, in der Redeliste, haben sich früher gemeldet als Herr Stay. Herr Donat bitte zuerst, dann Herr Stay. Herr Donat, dann können Sie gerne, wenn sie wollen, die Videokamera anmachen oder Sie machen es nur per Ton.

(Martin Donat) Entschuldigen Sie, ich muss gerade mit der Technik kämpfen, das tut mir leid. Das ist das Problem. Wie gesagt, ich bin gesetzter Disputant in einer Arbeitsgruppe gewesen, auch dort hat die Kamera nicht funktioniert. Also ich bitte damit vorlieb zu nehmen, dass ich spreche. Meine Fragestellung war ja Information oder Beteiligung? Für mein Dafürhalten wird hier inflationär mit dem Begriff der Beteiligung umgegangen. Was wir hier leben erhalten haben ist eine Information, und auch ganz sicher eine dringend erforderliche Information. Ich bin sehr dankbar, sowohl für die kritischen Stimmen von Herrn Reimer, aber auch für die Stimmen von Herrn Gaßner und Frau Janzen, die ja sozusagen deutlich gemacht haben, dass es das Paradoxon der Beteiligung war, was die Endlagerkommission dazu veranlasst hat dieses Format hier einzuführen. Nämlich frühzeitig eine Betroffenheit in den Regionen herzustellen und den Menschen dort deutlich zu machen, was da auf sie zukommt. Ich übe also keine Kritik daran, dass es ein solches Informationsformat gibt und dass der Zwischenbericht diskutiert werden soll. Aber eine massive Kritik daran, das hier als Beteiligung zu bezeichnen. Mal ganz abgesehen davon, dass sozusagen nicht die normale Öffentlichkeit hergestellt ist, sondern es coronabedingt wahnsinnige Barrieren und führten gibt. Eine Barrierefreiheit nicht gegeben ist.

Und diese Angebote, die Herr Gaßner da auch in den Raum gestellt hat, ob man das nicht weiterentwickeln und weiter öffnen muss, dass das die Ansätze sind, die einzig und alleine dazu führen können, dass diese Toleranz am Ende von einer Region hergestellt werden kann. Denn, es fällt mir auf, außer dem Beitrag eben von Herrn Reimer, der das hat anklingen lassen, ist die massive Kritik,

die es im Vorfeld gegeben hat, Nationales Begleitgremium, Umweltverbände, betroffene Standortinitiativen usw., bisher in diese Veranstaltung überhaupt nicht deutlich geworden. Wie kann das dann quasi ein solches Format der Beteiligung sein, wenn diese kritischen Themen einfach ausgeklammert werden oder durch die Moderation geglättet werden? Was es ja braucht in einem so quasi aufgeheizten Verfahren, ist eine Mediation und auch Antworten auf quasi all diese Zweifelsfragen. Es wäre ja auch Hybris, zu glauben, man hätte ein fertiges Verfahren mal ebenso am Konferenztisch entwerfen können. Die Elemente selbstlernend, hinterfragend sind ja schon eingebaut. Punkt.

(Klemens Lühr) Ja, vielen Dank, Herr Donat. Habe ich verstanden. Also, Sie sehen das eher er als erste Stufe Information, aber nicht als Beteiligung, und haben ganz andere Vorstellungen, wie Beteiligung umgesetzt werden sollte. Herr Stay, bitte. Und danach dann gerne Herr Gaßner und Frau Janssen und Herr Reimer noch mal. Herr Stay, bitte.

(Jochen Stay) Können Sie mich hören?

(Konstantin Lühr) Ja, wir können Sie hören und sehen.

(Jochen Stay) Vielleicht erst kurz ein Vorwort zum Verfahren. Es war vorher in der Arbeitsgruppe schon so. Ich sehe, wie viele Leute schon sich zu Wort gemeldet haben. Vielleicht können wir es einfach so machen, dass wir einfach mal unter einander reden können und nicht immer dann die, die die Inputs gemacht haben, immer noch zusätzliche Redezeit bekommen. Sondern, dass wir viel mehr verschiedenen Perspektiven hier aus der Runde zu hören bekommen. Die Zeit ist ja eh sehr knapp und das wäre mir ehrlich gesagt lieber. Das nur vorweg. Ich kann nahtlos an Nick Reimer anknüpfen, der gesagt hat, man muss es selbst in die Hand nehmen. Und wenn es das Bundesamt, dann funktioniert es nicht. Zumindest habe ich es sinngemäß so verstanden. Das, lieber Nick, ist übrigens auch der Grund, warum ich mich entschieden habe, neben nicht zu kandidieren in einem Format, was dann vom Bundesamt kontrolliert wird. Weil, ich stelle fest, so funktioniert es halt nicht gut. Das Problem ist, glaube ich, dass das Bundesamt nicht nur für die Öffentlichkeitsbeteiligung zuständig ist, sondern gleichzeitig die Behörde ist, die das Verfahren vorantreiben soll, die diesen Zeitdruck ausübt, und und und. Das passt nicht zusammen.

Dieses Bundesamt hat die Frage der Partizipation in seiner PR-Abteilung untergebracht und vermischt das ja auch immer wieder. Wir haben das erlebt, nach dieser missglückten Auftaktveranstaltung, da macht das Bundesamt eine Presseerklärung, dass das alles total gelungen war und eine tolle Veranstaltung war. Das heißt, ich erlebe da einfach auch eine hoch problematische Haltung gegenüber dem, was Beteiligung sein könnte. Was ich da gar nicht sehe. Dass jetzt eine Behörde dazu zuständig ist, Selbstorganisation zu ermöglichen, das passt für mich nicht zusammen. Ich komme halt aus Zusammenhängen, die sich immer wieder und neu selbst organisieren müssen, die das auch in der Regel in offenen Strukturen machen. Da ist das eben möglich, dass nicht nur die

zwölf das machen dürfen, sondern viel mehr. Das funktioniert wunderbar. Von daher habe ich da einfach sehr positive Erfahrungen. Deswegen war ich auch für eine Öffnung der Vorbereitungsgruppe. Um es noch mal deutlicher zu machen: Was ist das Problem, warum jetzt auch nicht Leute sagen: „Hurra, wir machen damit!“. Warum sind jetzt schon viele ausgestiegen, die ich persönlich kenne, die gar nicht mehr auch heute hier dabei sind, die sich gar nicht mehr angemeldet haben. Und zwar nicht nur Leute, die schon seit vielen Jahren sich damit beschäftigen, sondern auch Menschen aus Teilgebieten, die jetzt neu eigentlich im Oktober angefangen haben, sich damit zu beschäftigen und jetzt schon wieder raus sind. Und das ist eben eine lange Geschichte.

Das fängt mit dieser Atommüllkommission an, der BUND ist reingegangen, hat gegen den Abschlussbericht gestimmt und hinterher wurde das im Wording, auch vom Bundesamt es immer wieder so dargestellt: Es gab da eine tolle Kommission, da waren noch die Umweltverbände dabei und dann gab es einen weitgehenden Konsens, so soll das sein. Da wurde sozusagen der BUND einfach mit eingemeindet. Dann gab es eine Online-Partizipation zum Kommissionsbericht. Es wurde riesige Werbung dafür gemacht: Macht da mit! Das haben ganz viele Leute getan, mit dem Versprechen, danach fließt das in den Umweltausschuss des Bundestages, der das Gesetz ja macht. Der Umweltausschuss hat sich mit den vielen, vielen Beiträgen zwei Minuten befasst. Und mit diesen zwei Minuten entschieden, sich nicht damit zu befassen. Also die ganze Partizipation umsonst. An der Online-Partizipation der BGE, wie sie diese Kriterien anwenden will, haben sich fünf Menschen beteiligt. Und die BGE erzählt jetzt überall: Es gab eine tolle Beteiligung. Und ob das von diesen fünf überhaupt aufgenommen wurde, wer weiß.

Es gab 2019 eine Beratungsgruppe zur Vorbereitung dieser Teilgebiete Konferenz, in der wir heute sitzen, gesteuert vom Bundesamt. Da durften erst mal viele nicht teilnehmen. Das war auch total geschlossen. Und das NBG, das Nationale Begleitgremium, das saß mit am Tisch, hat aber diesen Tisch irgendwann verlassen, weil sie sich gesagt haben: Das ist hier überhaupt keine Beratungsgruppe, denn das Bundesamt ist beratungsresistent. Die machen eh was sie wollen. Es ist beschrieben worden, diese administrativen Grenzen für die AG Vorbereitung. Wir haben jetzt, obwohl sich viele dagegen ausgesprochen haben, eine Teilgebietskonferenz mitten in der Pandemie. Wir haben viele die hier dabei sind, aber viele haben einen Wissensstand, der noch sehr niedrig ist, weil viele, auch kommunale Verwaltungen gerade wirklich anderes zu tun haben, als sich mit Atommüll zu befassen. Auch die Menschen haben gerade andere Sorgen. Trotzdem gibt es jetzt diesen ersten Termin und dann gibt es noch zwei und dann ist das abgehakt. Und das kann es nicht sein. Ich habe kein Vertrauen, jetzt zu sagen, wenn Frau Janzen sagt, jetzt macht das Bundesamt eine Konsultation zu weiteren Formaten, dass ich denke: „Ja, da mach ich jetzt mal mit, da kommt bestimmt was Gutes raus“. Ich glaube auch, man muss es selber machen.



(Klemens Lühr) Wir sind jetzt sozusagen --- Wir haben Herrn Stay gehört, Herrn --- Ich muss gerade auf den Namen gucken. Herr ---

(Hartmut Gaßner) Herr Donat.

(Klemens Lühr) Herr Donat, genau. Herr Gaßner, weil Sie sich gerade melden: Im Vorgespräch haben Sie gemeint, die Fachkonferenz, kann man auch sagen, war ihr Baby. Sie haben sich dafür eingesetzt. Und ich habe gedacht, diese Arbeitsgruppe könnte auch heißen, sowas wie "Anspruch und Wirklichkeit". Wenn Sie jetzt diese Rückmeldungen hören, die sich jetzt auf die Fachkonferenz, auf diesen ersten Schritt beziehen, was geht Ihnen durch den Kopf?

(Hartmut Gaßner) Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir in der Alternative eine Fachkonferenz Teilgebiete als einen Zwischenschritt zu haben oder den nicht zu haben, dass das nach wie vor richtig ist. Ich habe großes Verständnis dafür, dass man heute anzweifelt, ob der politische Kompromiss, der eingegangen wurde, was das zeitliche Korsett angeht, richtig oder falsch war. Da verweise ich aber in einer politisch juristischen Weise auf den Umstand, dass wir auf der einen Seite das enge zeitliche Korsett haben und auf der anderen Seite, wie die Juristen sagen, die Öffnungsklausel, nach § 5 Abs. 3, das neue Formate entwickelt werden können. Ich sehe die Aufgabe der Arbeitsgruppe jetzt darin, dass wir diese drei Beratungstermine nutzen, um uns darüber zu unterhalten, wie ein Nachfolgeformat aussehen kann. Und ich sehe das Angebot von BASE, hier eine Ideenwerkstatt zu machen, als eine Einsicht, dass es eine solche Folgeveranstaltung auch geben sollte. Was mir noch wichtig wäre, ist, dass wir auch ein bisschen darüber diskutieren, was die Funktion der Fachkonferenz Teilgebiete ist. Weil sich natürlich aus dem Erfolg eines solchen Formates auch besser argumentieren lässt, dass es eine Fortsetzung erfahren sollte. Aber wir sind jetzt auf einem guten Stand. Wir haben jetzt ein Medium, ein Podium, auf dem wir diskutieren können. Gesetzliche Zwänge, ja. Corona-Zwänge, ja. Wir sind aber leider nicht dabei, dass die Standortauswahl relativ zügig erfolgt. Von daher, um mal was zu sagen, wir haben noch weitere drei Jahre, die jetzt gefüllt werden müssen.

Wir sollten uns darüber unterhalten, wie man die füllt. Ja, ich habe auch großes Verständnis und Mitleid mit Nick Reimer und den anderen, die sich dieses Problem der Selbstorganisation haben überhelfen lassen. In der Arbeitsgruppe E1 ist intensiv darüber diskutiert worden, dass eine Nachfolgestruktur auch braucht zum Beispiel eine Redaktionsgruppe, die Ergebnisse festhält, die nicht nur ehrenamtlich arbeitet und dass man in den übrigen auch andere Ressourcen machen muss. Die Diskussion ist also eröffnet. Aber, ich glaube, dass diejenigen, die jetzt Überlegungen anstellen, dieses Format zu nutzen um wiederum nur sagen, dass das Format nichts taugt, dass uns das nicht so viel weiterhilft. Sondern, wir haben jetzt eine Plattform, lassen Sie uns darüber diskutieren, wie wir die drei Beratungstermine gut gestalten, gerade auch im Rahmen E1, E2, E3. Und wie wir die

Chance nutzen, diejenigen zu sein, die sich jetzt nicht mit geologischen Abwägungskriterien beschäftigen, sondern mit der Zukunft, auch der Beteiligung. Und da hoffe ich, dass jetzt auch Gutes rauskommt.

(Klemens Lühr) Danke, Herr Gaßner. Ich habe von Nick Reimer gesehen, dass Sie sich glaube ich dazu noch äußern wollten.

(Nick Reimer) Ja, Mitleid ist glaube ich unangebracht. Wir haben das gerne gemacht. Wir haben wirklich diesen Prozess irgendwie versucht nach bestem Wissen und Gewissen ein bisschen anzuschieben. Ich möchte Jochen Stay, den ich sehr schätze, auffordern, für die nächste AG Vorbereitung zu kandidieren. Ebenso wie Edo Günther vom BUND. Wir brauchen da Leute, die durchsetzungsfähig sind, wir brauchen da Leute, die einen Plan haben. Ich kann nur bitten: Geht hin, kandidiert und wir werden euch wählen.

(Klemens Lühr) Okay, mal gucken, ob die Personen das annehmen. Ich würde weitergehen wollen, wenn ich jetzt nicht noch von Frau Janzen was höre.

(Vanessa Janzen) Ich würde noch kurz etwas sagen.

(Ingrid Lohstöter) Ich bin schon da.

(Klemens Lühr) Dann machen wir jetzt noch die erste Runde vorbei und dann sind Sie, Frau Lohstöter, auch dran.

(Vanessa Janzen) Ich wollte nur sagen, die Darstellung von Herrn Stay war natürlich jetzt ein bisschen verkürzt, wenn er gesagt hat, vor der Fachkonferenz gab es nur die Beratungskonferenz. Es gab natürlich viel mehr. Wir haben schon vor einem Jahr auf der Statuskonferenz über die Fachkonferenz gesprochen. Es gab Bürger*innen-Workshops, es gab Kommunalworkshops, es gab einen Konsultationsprozess an der Geschäftsordnung, es gab die Auftaktveranstaltung, die ein Zusatztermin ist, der so im Gesetz nicht vorgegeben war. Es gab eine leere Zeit, die wir ermöglicht haben, die so gefordert worden war von der Öffentlichkeit. Ich fand das jetzt einfach ein bisschen verkürzt und wollte es einfach richtigstellen. Es stimmt auch nicht, dass unsere Öffentlichkeitsbeteiligung von unserer PR-Abteilung gemacht wird. Wir haben in unserem Haus, im BASE, eine eigene Abteilung dafür eingerichtet. Ich glaube, das ist ziemlich einmalig in einer Bundesbehörde. Aber darüber hinaus kann ich Herrn Donat nur zustimmen, der gesagt hat, kritische Themen werden hier nicht besprochen, wir bräuchten Räume dafür. Ich kann nur dafür werben, dass Sie untereinander hier jetzt diskutieren und diesen Raum nutzen und die Selbstorganisation, wie Jochen Stay das gesagt hat, in die Hand nehmen.

(Klemens Lühr) Okay, wir machen weiter, Frau Lohstöter, Frau Artmann und Herr Strünke. Diese Personen würde ich bitten, ihre Mikros anzumachen und auch die Kameras, sodass wir Sie auch gleich hören können. Wir fangen an mit Frau Lohstöter. Bitte.

(Ingrid Lohstöter) Ja, schönen guten Tag. Also ich beschäftige mich jetzt schon die ganze Zeit --- Seitdem der Zwischenbericht raus ist, versuche ich mich zu beteiligen. Ich will jetzt eigentlich nur kurz in die Vergangenheit gucken. Aber, ich habe 3,5 Monate warten --- Hören Sie mich?

(Klemens Lühr) Wir hören Sie.

(Ingrid Lohstöter) Ich musste 3,5 Monate warten, bis ich überhaupt Antworten bekommen habe. Ich habe daraufhin Anfang Dezember auch an das BASE geschrieben und an das BGE noch mal und an das NBG. Ich habe vorgeschlagen und gefragt: Wie geht es denn bitte weiter mit der Beteiligung nach der Fachkonferenz? Von daher begrüße ich das, dass Herr Gaßner das jetzt auch angesprochen und vorgeschlagen hat. Im Übrigen war die Öffentlichkeitsabteilung der BASE nicht in der Lage, mir möglich einen zufriedenstellenden, oder überhaupt einen Brief zu schreiben, der einen neue Information enthalten hat. Da sollte ich abgespeist werden. Das zum einen. Aber, worum es mir hier jetzt geht: Ich finde es toll, wenn es weitergeht. Das muss auch so sein.

Aber, worum es mir jetzt auch geht, ist: Wie kann ich, wie können wir uns denn überhaupt tatsächlich beteiligen? Herr Gaßner hat, das hat mich sehr gefreut, vorhin eine Karte gezeigt aus Sachsen, vom dortigen geologischen Dienst. Da wurde die Hälfte der ausgewiesenen Teilgebiete angezweifelt. Und zwar, ich darf Ihnen den Satz vorlesen, der mich jetzt gerade sehr: "Die Abweichung liegt darin begründet, dass die Wirtsgesteine" --- (Tonstörung) Tongestein und Kristallingestein in einigen Regionen der in Sachsen ausgewiesenen Teilgebiete --- Bayern, einer Fläche, die ein Viertel von Bayern betrifft, wurde ein Teilgebiet für Kristall, also Granit aufgewiesen. Dann hat der geologische Landesdienst darauf hingewiesen: Wir haben hier 62 Bohrungen mit Schichtenverzeichnissen. Die ergeben alle, dass im relevanten Endlagerbereich überhaupt gar kein Granit vorhanden ist. Es stellte sich raus, dass die BGE überhaupt nicht die geologischen Daten benutzt hat, die die Landesämter ihnen zur Verfügung gestellt haben.

Mein Punkt ist: Herr Gaßner, Sie haben es vorhin abgelehnt, juristisch zu bewerten. Es gibt in § 13 Abs. 2 eine klare Aussage zu den Teilgebieten, dass die nämlich bestimmt werden sollen auf Grundlage der geologischen Daten. Der ortsspezifischen, geologischen Daten. Das ist hier über weitgehende Strecken nicht passiert. Und wenn es dann noch so ist wie in Bayern, aufgrund von Referenzdaten werden geologisch günstige Verhältnisse benannt für ein Wirtsgestein, also für ein Endlager. Aber in einem Wirtsgestein, was überhaupt nicht vorhanden ist. Ich muss sagen: Ich war sprachlos, als ich das bekommen habe. Und auch die BGR kritisiert das ja auch und viele andere Landesämter auch. Deswegen bin ich eigentlich --- Ich möchte mich jetzt gerne so, einen Moment

bitte, ich bin gleich fertig --- Ich möchte mich jetzt gerne so beteiligen, dass ich eigentlich beantragen möchte, dass die weiteren Beratungstermine der Fachkonferenz ausgesetzt werden und das BGE verpflichtet wird, wirklich ihre Hausaufgaben zu machen. Aufgrund der tatsächlich vorhandenen Bohr- und Schichtdaten und Schichtverzeichnisse Teilgebiete auszuweisen aufgrund der ortsspezifischen Daten und nicht ein künstliches, fiktives Konstrukt. Ich denke, so wird ja ein Vertrauen tatsächlich erschüttert, bevor --- Ich hatte ein Anfangsvertrauen. Ich habe es nicht für möglich gehalten, dass die BGE so vorgeht. Ich habe eigentlich die Leute, die dort arbeiten, als engagiert empfunden. Das stelle ich jetzt mal zur Diskussion und ich würde gerne von Herrn Gaßner ---

(Klemens Lühr) Genau, das war ja Ihr Ansatz, aufgrund von Fehlern, so wie Sie es sagen, oder nicht korrekten Darstellungen, die im Zwischenbericht sind. Es gab auch die Diskussion, der ist noch nicht so wie er vielleicht sein könnte, da eine Verschiebung zu fordern. So rein formal: Herr Fox hat im Plenum gesagt, Anträge können gestellt werden. Das würde ich, wenn Sie das wirklich machen wollen, würde ich Sie bitten, das im Plenum zu machen. Herr Gaßner wurde angesprochen, ich möchte aber erst noch mal sammeln. Es war jetzt die Frage nach der Verschiebung aufgrund der, ich sage mal, Reife des Zwischenberichts. Frau Artmann als nächstes, dann Herr Strünke, und dann gehen wir in die Diskussion. Frau Artmann, bitte können ---

(Brigitte Artmann) Ich höre Sie gut, ich kann aber meine Kamera nicht einschalten.

(Klemens Lühr) Okay, dann würde ich sagen, fangen Sie an, zu reden.

(Brigitte Artmann) Egal, Sie hören mich?

(Klemens Lühr) Wir hören Sie gut.

(Brigitte Artmann) Machen wir es mit Ton. Brigitte Artmann, Grüne Fichtelgebirge, eine kurze Frage: Der Zwischenbericht Teilgebiete liegt vor. Wir haben jetzt die innerdeutsche Beteiligung, wir können uns mit daran beteiligen und beraten. Aber, Sie wissen genauso gut wie ich, dass es auch internationale Konventionen, die Aarhus-Konvention, oder die SUP-Direktive gibt, die zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich eine grenzübergreifende strategische Umweltprüfung vorschreiben. Es haben niederländische Kollegen angefragt, wann die kommt, es haben tschechische Kollegen angefragt, wann die kommt. Wir selbst sind direkt an der tschechischen Grenze situiert. Es wäre interessant, zu hören, was die Kollegen in Tschechien zum jetzigen Zeitpunkt zum Zwischenbericht Teilgebiete sagen. Deshalb meine Frage: Wann kommt die strategische Umweltprüfung? Dankeschön.

(Klemens Lühr) Danke auch.

(Vanessa Janzen) Darf ich Ihnen --- Ach so ---

(Klemens Lühr) Warten Sie noch ganz kurz, Frau Janzen. Wir nehmen noch --- Das war ja ein ganz klarer Punkt. Grenzübergreifende strategische Umweltprüfung. Habe ich aufgenommen. Herr Strünke noch. Ihre Kamera und Ihr Bild, bitte. Herr Strünke, sind Sie noch da? Dann würde ich sagen, warten wir vielleicht und füllen die Lücke, in dem wir die Beiträge von Ihnen schon mal dazu hören. Ich habe verstanden: Fehler im Zwischenbericht oder Unausgereiftheit daraus die Konsequenz der Verschiebung. Und, wie wir es gerade schon gehört haben, grenzübergreifende strategische Umweltprüfung. Frau Janzen, Sie hatten schon angesetzt. Frau Janzen?

(Vanessa Janzen) Ja, ich muss einmal kurz ---

(Ingrid Lohstöter) Ich hatte eigentlich Herrn Gaßner angesprochen.

(Klemens Lühr) Genau, wir haben auch zwei Fragen auf dem Schirm. Herr Gaßner kommt auch zu Wort. Frau Janzen hatte nur gerade angesetzt, da wollte ich sie jetzt nicht unterbrechen. Frau Janzen, Sie haben das Wort.

(Vanessa Janzen) Gut. Also, die Zeitpunkte an denen SUPs, bzw. UVPs stattfinden, ist jeweils am Ende jeder Phase. Also, wir sind der gerade noch mitten in der Phase 1. Und dies erfolgt dann immer jeweils am Ende einer Phase.

(Klemens Lühr) Die Betonung habe ich auch auf grenzübergreifend verstanden ---

(Vanessa Janzen) Ja genau, das sind diese, strategische Umweltprüfung, SUP und Umweltverträglichkeitsprüfung, UVP. Das hat Frau Artmann damit gemeint.

(Klemens Lühr) Gut.

(Sascha Boettcher) Das sieht das Europarecht aber anders vor.

(Klemens Lühr) Wenn Sie etwas reinrufen, dann wenigstens bitte mit Namen. Wer hat das gerade gesagt?

(Sascha Boettcher) Mein Name ist Sascha Boettcher.

(Klemens Lühr) Hallo, Herr Boettcher.

(Sascha Boettcher) Ich kenne das Umweltrecht ganz gut. Normalerweise bezieht man die europäischen Länder eigentlich zu Beginn ein, weil sonst kommen die am Ende am dritten Termin und fragen nach: Ja, wie ist denn der erste und zweite Termin abgelaufen? Das wundert mich jetzt ein wenig. Aber vielleicht habe ich auch Gesetzesänderungen verpasst in den letzten Jahren. Ich habe

das vor einigen Jahren gemacht. Aber ich dachte eigentlich, das gehört zum Europarecht, die gemeinschaftliche Zusammenarbeit zusammen. Das fand ich einen sehr interessanten Beitrag der Kollegin.

(Klemens Lühr) Vielleicht können wir noch mal darauf eingehen, wer hat denn diesen Prozess so vorgeschlagen, dass sozusagen das dann am Ende einer jeden Phase passiert? Können Sie etwas dazu sagen, Frau Janzen?

(Vanessa Janzen) Ich kann auf jeden Fall dazu sagen, dass auch die Endlagerkommission das schon sehr intensiv diskutiert hat. Aber, da ich keine Juristin bin, könnte ich nur vorschlagen, der Herr Emanuel von BASE ist auch hier mit in der Leitung, der könnte was dazu sagen. Und sonst, ich glaube, Herr Gaßner kann auch dazu was sagen, weil er war ja in der Endlagerkommission auch mit dabei. Aus juristischer Perspektive bin ich da nicht die richtige Ansprechpartnerin an der Stelle.

(Klemens Lühr) Herr Gaßner, das war jetzt der Ball zu Ihnen.

(Hartmut Gaßner) Ja, das erste, Frau Lohstöter, wir haben eine Vorgabe, wie die Teilgebietsermittlung erfolgen soll. Diese Vorgabe gibt an, dass die geowissenschaftlichen Anforderungen geprüft werden sollen. Wir haben also diese Vorgabe Mindestanforderung zu identifizieren, geologische Abwägungskriterien anzuwenden und ich erlaube mir jetzt mal, auch in meiner Rolle als Berater der BGE, da bin ich ja sowieso in diesem Punkt ein bisschen befangen --- Nehmen wir doch mal hin, dass wir in einer Situation sind, wo ein Ergebnis vorliegt, das als zwischenberichtsreif angesehen wurde. Dann sagen Sie: Nein! Und ich sage: Nehmen wir es doch mal hin, dann müssen wir sehen, was die Konsequenzen sind.

Die Konsequenz aus Ihrer Sicht wäre jetzt, die Fachkonferenz zu unterbrechen. Sie wissen, dass das relativ schwierig ist, wenn sich jetzt plötzlich ein Kreis von Menschen gegen eine Vorgabe im Gesetz wendet, die nicht allzu aussichtsreich ist. Das Gesetz sieht, wie ich gesagt habe, zwar eine Öffnungsklausel vor, aber ich glaube, dass man diese nicht am zweiten Tag ziehen sollte, sondern dass man da erst eine Weile abwarten sollte. Das ist jetzt eine politische Wertung von mir. Der zweite Punkt ist der: Wenn jetzt Fehler gemacht wurden, wie Sie sagten, beim Landesamt, unter Bezugnahme auf das sächsische Landesamt für Geologie, wenn da jetzt Fehler gemacht wurden, ja, dann ist es doch genau richtig, dass wir die Fachkonferenz haben, dass wir in dieser Phase auch schon diese Fehler identifizieren. Natürlich steht die BGE auch zur Verfügung, über solche Beiträge zu diskutieren. Deshalb haben wir hier ja auch 18 Arbeitsgruppen. Es wird natürlich nicht so sein, dass eine Fachgebietskonferenz zu dem Ergebnis kommt: Es liegen Fehler vor. Aber wir müssen zu Ergebnissen kommen. Und das ist der Punkt, den wir heute Morgen diskutiert haben: Wie kommen wir überhaupt dazu, dass entsprechende Fragestellungen identifiziert werden? Deshalb meine ich, dass

solche Fragestellungen, wie Sie sie aufgeworfen haben unter Bezugnahme auf das sächsische Landesamt --- Dass Sie sagen, dass es Sie sprachlos macht, dass die Referenzdaten ungeachtet der Wirtsgesteine stattfinden.

Das ist heute Vormittag in einer anderen Arbeitsgruppe besprochen worden, in der mein Kollege sitzt. Da ist die Frage aufgeworfen worden: Ist es richtig, Referenzdaten anzuwenden unabhängig vom Wirtsgestein? Oder, gibt es nicht für verschiedene Tongesteine verschiedene Referenzwerte? Das ist doch gut, wenn das eingebracht wird. Da muss die BGE sich dazu stellen. Da kann die BGE auch dann lernen. Wir müssen immer wieder auch sehen, dass wir weder aufgerufen sind, aus meiner Sicht, die BGE noch die BASE in einer Weise zu kritisieren, dass nichts rauskommt. Sondern, wir müssen die vor uns hertreiben, dass etwas Gutes rauskommt. Wir brauchen so einen Standort. Und wir normalerweise ist es so, dass eine Vorhabenzulassung einen Vorlauf hat mit einer Standortsuche, beispielsweise bei einer Mülldeponie, wo dann im Rahmen des Zulassungsverfahrens geprüft wird, ob die Standortauswahl korrekt war. Wir haben hier 10-15 Jahre Vorlauf, bevor wir überhaupt zu dem Genehmigungsantrag kommen. In den 10-15 Jahren läuft etwas. Das haben wir in der Endlagerkommission immer bezeichnet. Die Schwierigkeit, eine informelle Beteiligung zu formalisieren, ohne die formal vorgeschriebenen Schritte zu vernachlässigen. Und formal vorgeschrieben ist natürlich die strategische Umweltprüfung. Und die muss genauso erfolgen wie die „deutsche“ Umweltverträglichkeitsprüfung. Deshalb gibt es auch die Erörterungstermine. Nur bitte: Machen Sie den Spagat jetzt nicht so groß, dass wir uns auf der einen Seite darüber unterhalten, dass eigentlich gar nichts vorliegt, und auf der anderen Seite wir schon einen Gegenstand haben, der eine strategische Umweltprüfung sollte. Bitte Schritt für Schritt.

(Ingrid Lohstöter) Darf ich bitte noch mal einen Nachtrag machen?

(Klemens Lühr) Ja klar. Natürlich.

(Ingrid Lohstöter) Ich meine meinen Vorschlag ausgesprochen konstruktiv. Moment, die Kamera. Ist ja auch egal. Ich halte den für ausgesprochen konstruktiv, weil ich ja damit verbinde, dass die BGE jetzt tatsächlich mal ihre Hausaufgaben macht. Herr Gaßner, es geht nicht nur um Sachsen. Ich habe erst drei Länderberichte eingesehen. Es geht um Bayern, Baden-Württemberg. Und es geht darum, dass im Gesetz eindrücklich steht: Örtliche, ortsspezifische geologische Daten der Landesdienste sollen die Grundlage sein für Teilgebiete. Das hat die BGE nicht gemacht. Mir geht es darum, dass die jetzt ihre Hausaufgaben machen. Das können die schnell machen. Die haben ja jetzt die Länder für sich arbeiten lassen. Inzwischen haben alle Stellungnahmen abgegeben. Sie brauchen ja nur die Daten einzuarbeiten. Dann können wir ja schon weitermachen mit unseren Beratungstermin. Die Fachkonferenz kann weiter bestehen und wir können dann weiter Diskussionen abhalten. Das ist nicht das Thema. Aber, der Gesetzgeber hat vorgesehen, dass wir in der Fachkonferenz bei

den drei Beratungsterminen einen Bericht erörtern, der auf geologischen Daten beruht. Wir alle kennen den Unterschied zwischen Landkarte und Landschaft. Die BGE hat uns hier die Landkarte vorgelegt in den Teilgebieten. Es würde schon mal die Hälfte der Teilgebiete wegfallen und das würde allen helfen, wenn die wirklich die geologischen Daten heranziehen. Fertig. Danke.

(Klemens Lühr) Danke auch noch für die Klarstellung. Das ist auch deutlich geworden ---

(Brigitte Artmann) Darf ich da auch noch etwas sagen dazu? Brigitte Artmann.

(Klemens Lühr) Ja, natürlich, Frau Artmann.

(Brigitte Artmann) Ganz kurz.

(Klemens Lühr) Auch länger, wenn Sie möchten.

(Brigitte Artmann) Ich wollte nur dazu sagen, zum Zeitpunkt der strategischen Umweltprüfung: Ich bin der Meinung, dass die Nachbarländer, also die betroffene Öffentlichkeit in den Nachbarländern zum selben Zeitpunkt einbezogen werden muss wie wir Deutsche auch. Die Erfahrung haben wir diskutiert mit den Juristen des Wirtschaftsministeriums von Großbritannien, vor dem Aarhus-Komitee betreffend Hinkley Point C. Ich bin jetzt mittlerweile in den dritten Bau eines Kernkraftwerks in Großbritannien involviert. Eines ist uns abhandengekommen inzwischen, aber ich bin dabei und die Entscheidung ist da. Genauso müssten wir jetzt die Nachbarn, die es möchten, schon hier in der Beteiligung dabei haben. Deswegen würde ich es für richtig empfinden, den Zwischenbericht Teilgebiete zuerst einer strategischen Umweltprüfung zu unterziehen, um überhaupt mal abzufragen: Was sagen denn die Nachbarn dazu mit ihren ganzen Experten? Was ist denn zehn Kilometer hinter der Grenze? Und nicht erst zu sagen: Ja, wir machen jetzt eine lange Bürgerbeteiligung in Deutschland. Wenn wir mit der fertig sind und mit dem ersten Block fertig sind, dann dürfen die Nachbarn auch mal etwas sagen. Ich glaube, wir verletzen als Deutsche da ganz gravierend den Art. 3 Abs. 9, Diskriminierung der Aarhus-Konvention.

(Klemens Lühr) Frau Janzen, Sie hatten angesprochen, dass auch noch ein ---

(Hartmut Gaßner) Entschuldigung Sie, Herr Lühr, nur, dass wir jetzt nicht in eine juristische Fachdebatte kommen. Wir haben auf der einen Seite einen Spannungsbogen, dass manche der Auffassung sind, dass 54 % der Bundesrepublik kein Gegenstand sind für eine Diskussion. Das halte ich nicht für richtig, aber wir können nicht auf der anderen Seite jetzt innerhalb der Arbeitsgruppe „Wie geht es weiter mit den Formaten“ jetzt darüber diskutieren, ob eine strategische Umweltprüfung notwendig wäre oder nicht. Das ist wirklich eine andere Fragestellung. Ich würde dann bitten, dass wir diese eher zurückstellen, als dass wir jetzt so eine Fachfrage vertiefen. Ich bleibe noch mal dabei: Ich sehe die Diskussionen, dass die Gesamtabfolge so ist, dass man erst zu einem späteren Zeitpunkt die

formellen Schritte der Umweltverträglichkeitsprüfung nach der EU-Richtlinie macht. Ich will mich jetzt aber auch nicht zum Spezialisten erhöhen. Aber bevor jetzt ein Kollege von BASE auch noch versucht, in ein Fachsymposium einzusteigen, bitte ich eigentlich darum, das zurückzustellen und möglicherweise schriftlich einzureichen.

(Klemens Lühr) Also schriftlich einreichen braucht es gar nicht, es gibt ja hier auch ein Wortprotokoll. Mir war auch gar nicht daran gelegen, da eine Klärung zu schaffen, sondern einfach noch mal ein anderes Verständnis vielleicht.

(Chady S. D. Seubert-Träder) Ich möchte auch mal was sagen. Ich versuche es schon die ganze Zeit, aber ich weiß nicht, wie ich reinkomme.

(Klemens Lühr) Wer sind Sie denn?

(Chady S. D. Seubert-Träder) Ich bin Chady Seubert und ich würde jetzt gerne ---

(Klemens Lühr) Frau Seubert, wir haben eine Redeliste und diese gilt für alle gleich.

(Chady S. D. Seubert-Träder) Ja, aber ich komme da nicht rein. Wo ist die Redeliste?

(Klemens Lühr) Sie kommen über das Menü und dann drücken Sie auf Wortmeldung und dann sehen Sie da die Redeliste.

(Chady S. D. Seubert-Träder) Okay, ich probiere es.

(Klemens Lühr) Ja.

(Sascha Boettcher) Herr Lühr, ich komme leider auch nicht rein, ich habe es im anderen Workshop dann geschafft. Ich bin über die Escapetaste, wie Herr Gaßner mir dann freundlicherweise das gesagt hat. Aber es scheint nicht für alle 176 Teilnehmer diese Redeliste zugänglich zu sein. Ich habe dasselbe Problem.

(Klemens Lühr) Ich erkläre noch mal für alle, wie die Redeliste zustande kommt. Wir haben aktuell noch acht Personen auf der Liste, die auch erst mal abgearbeitet werden müssen, um in der Reihenfolge zu bleiben. Sie gehen links oben auf das Symbol mit den drei Strichen und dem Kreis. Da drücken Sie drauf. Dann gibt es das Feld "Wortmeldung". Da drücken Sie drauf. Und dann gibt es bei mir jedenfalls, ich habe genau die gleiche Ansicht wie auch Sie, die Möglichkeit, eine Wortmeldung einzureichen. Sie können dann diese Wortmeldung noch mit einem Stichwort belegen, sodass das in der Redeliste auch vorkommt. Ich würde dann gerne in der Redeliste jetzt auch weitermachen.

(Sascha Boettcher) Danke, jetzt geht es. Davor konnte ich es nicht, danke.

(Klemens Lühr) Okay. Das ist ja schön. Ich gucke noch mal nach dem offenen Redebeitrag. Herr Strünke, sind Sie vielleicht jetzt da? Das ist sozusagen aus der letzten Runde noch Herr Strünke, der noch da übriggeblieben ist. Hören Sie uns? Okay, hat nicht geklappt. Schade. Dann gehen wir weiter. Dann wären die nächsten drei, die ich gerne bitten würde ihr Mikrofon und ihre Kamera anzumachen Klaus Nissen, Bettina Gaebel und Stephan Wiese. Wir starten mit Herrn Nissen.

(Klaus Nissen) Ja, hallo.

(Klemens Lühr) Hallo, Herr Nissen.

(Klaus Nissen) Ich war früher auch in der Nuklearindustrie tätig. Ich bin jetzt aber in Pension. Ich würde gerne ein bisschen in das gleiche Horn stoßen, was eben schon angestoßen wurde. Es nützt uns wirklich nichts, wenn wir das wissenschaftsbasierte, beste Endlager finden, und es nicht angenommen wird. Aus was für Gründen auch immer. Von daher würde ich eigentlich wünschen und das bringe ich jetzt hier in Form einer Bürgerbeteiligung, oder eines Bürgerbeitrags, so wie Herr Reimer das sagte: Es ist notwendig, eine frühe Abfrage der lokalen Akzeptanz durchzuführen. Man kann nicht 55% des Bundesgebiets ausweisen und dann wollen die nachher alle nicht. Deswegen muss man auch früh darüber reden, das was so ein bisschen blumig angesprochen wird als Konzepte zur Regionalentwicklung. Da würde ich gerne wissen, was das eigentlich sein soll. Denn, es ist ja klar: Es entsteht ein Nachteil lokal, oder in der Region. Der Tourismus wird behindert, oder sonst etwas. Es kann ja auch ein touristischer Hotspot werden, wenn man ein Bürgerinformationszentrum o. ä. macht. Das weiß man ja alles gar nicht so genau.

Wir reden hier über längere Zeiträume. Es muss also klar werden, welche Belastung und auch welche Belohnung lokal erfolgt. Ich kann mir vorstellen, dass man zum Beispiel dann auch Bundesämter meinetwegen ins Fichtelgebirge versetzt. Das ist ein Beitrag zur Regionalentwicklung. Es ist eine konkrete Frage jetzt, aber auch vorgelagert meine Aussage: Wir müssen früh abfragen die lokale Akzeptanz. Es geht nicht, 50 % der Bundesrepublik, und ein unheimlich komplexes Verfahren. Das führt nicht zum Ziel. Das Ziel sehe ich darin, dass man wirklich lokal tatsächlich etwas identifiziert, was funktioniert, was ein sicheres Endlager gibt. Deswegen würde ich gerne Auskunft haben zu den Konzepten zur Regionalentwicklung, so dass man auch Kommunen und Regionen vorstellen kann, was sie überhaupt davon haben so ein Endlager zu nehmen. Sonst erklärt sich niemand dazu bereit. Dankeschön.

(Klemens Lühr) Danke, Herr Nissen. Da also der Dialog über Vorteile und auch Nachteile und auch die Frage nach Akzeptanz. Frau Gaebel bitte. Hallo, Frau Gaebel, man sieht Sie und hört Sie.

(Bettina Gaebel) Jetzt müsste man mich sehen. Hört man mich auch?

(Klemens Lühr) Ja, auch.

(Bettina Gaebel) Ich war drei Jahre im Nationalen Begleitgremium in der Startphase und habe das Verfahren jetzt von Anfang an auch mit begleitet. Jetzt auch nach wie vor mit großem Interesse. Meine Frage ist eigentlich, ich habe es auch gestern wieder wahrgenommen und in der Vorbereitung-Fachkonferenz: Es ist alles eine ehrenamtliche Geschichte. Die Leute gehen an die Grenze dessen, was sie leisten können. Ich höre auch dann bei den Regionalkonferenzen, man hat dann also ein Nachprüferecht und was weiß ich. Dafür müssen eigentlich auch Budgets freigegeben werden. Auch für diejenigen, die so etwas leiten und organisieren. Es kann nicht sein, dass das am Ende des Tages lauter Leute machen, die vielleicht zufälligerweise Zeit haben. Das ist ein solches Zufallsprinzip. Und das ist aus meiner Sicht eigentlich untragbar. Haben die die Möglichkeit, auch wissenschaftlichen Rat einzuholen, oder juristischen Rat um sich entsprechend auszustatten? Um da überhaupt auf Augenhöhe zu konferieren? Das ist das eine. Das zweite ist, es ist ja schön, dass die Geschäftsstelle im BASE wieder eingerichtet wird. Ich sehe aber nach wie vor auch einen Interessenkonflikt. Die BASE hat die Aufsicht. Die BASE ist letztlich zuständig für die Öffentlichkeitsbeteiligung und sie stattet die Geschäftsstelle aus. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Bei aller Liebe, aber das halte ich einfach für einen Systemfehler.

Zum letzten Punkt noch: Ich meine, das, was Herr Gaßner gesagt hat, ich finde, das sollte man wirklich noch mal nachprüfen, ob es nicht Möglichkeiten gibt, auch diese Erweiterungsmöglichkeiten oder diese Türöffner, die das Gesetz uns bietet, auch durchaus ernst zu nehmen und zu nutzen.

(Klemens Lühr) Das habe ich nicht ganz verstanden, Frau Gaebel.

(Bettina Gaebel) Herr Gaßner sagte ja bei § 5, oder was das ist, ich bin jetzt kein Jurist, dass es da Möglichkeiten gibt, das Thema Öffentlichkeitsbeteiligung auch erweitert zu gestalten und das wirklich dann zu nutzen.

(Klemens Lühr) Okay, also da gibt es sozusagen die Möglichkeit das auszuweiten, das wäre eher Ihr Plädoyer.

(Bettina Gaebel) Genau.

(Klemens Lühr) Okay, vielen Dank. Ich habe aufgenommen: Interessenkonflikt der Geschäftsstelle, den Sie sehen. Und die Frage, oder Erkenntnis, dass Beteiligung auch Aufwand ist. Und je mehr Beteiligungsangebote man gibt, wo auch die Erwartung da ist, dass sich beteiligt wird, muss man auch über Aufwandsentschädigungen sprechen. Stephan Wiese als letzter der drei in der Runde.

(Stephan Wiese) Mir ist immer noch nicht ganz klar, wie in dem Zeitraum zwischen dem Ende der Fachkonferenzen, die ja jetzt praktisch im Juni schon relativ schnell beendet sind, und der Standortauswahl die Öffentlichkeitsbeteiligung und vor allem auch die Beteiligung der Kommunen aussehen soll. Bei uns in Schleswig-Holstein gibt es ganz viele Teilgebiete, also unten in der Nähe von Hamburg am Bürstädter Graben. Da kommt auch das Thema Klimaerwärmung dazu, durch hohe Wasserstände. Eckernförder Bucht und auch in einigen anderen Regionen. Da ist natürlich Aufregung in den Kommunen, wobei die Kommunen momentan total überlastet sind bei uns in Schleswig-Holstein mit PCR-Tests, mit Coronamaßnahmen. Jede Woche ändert sich das.

Insofern haben sie halt den Kopf auch nicht voll, konkret. Wird es konkrete Unterstützung des BASE geben auch für die Kommunen? In Form vielleicht einer Stelle, die den Kommunen noch einmal klare Informationen gibt, noch mal eine klare Beteiligung den Kommunen lässt? Oder müssen das die Bundesländer machen? Die Bundesländer dazu dann also Personal einstellen, indem sie die Kommunen beraten? Und dann konkret auch noch die Frage: Wie soll die Öffentlichkeit, also Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden, in der Phase zwischen dem Ende der Fachkonferenz und der Standortauswahl? Es kann dann ja nicht sein, dass plötzlich nach einigen Jahren, dann plötzlich soundso viele Standorte ausgewählt werden und die werden dann einfach vorgeknallt, ohne dass das vorher über eine vernünftige Beteiligung der Örtlichkeit läuft und dass da Transparenz da ist. Danke.

(Klemens Lühr) Vielen Dank, Herr Wiese. Zu der Frage, was passiert wann, hat Frau Janzen und Herr Gaßner die einzelnen Schritte erklärt. Ich würde da nicht so gerne noch mal auf die einzelnen Schritte eingehen. Die Präsentationen werden öffentlich gestellt, da ist das Verfahren drin. Aber ich gebe Ihnen recht, dass das sozusagen komplex ist. Da haben wir auch schon drüber gesprochen, dass man das immer wieder auch thematisieren muss und erklären muss, damit die einzelnen Beteiligungsschritte klar sind. Ich habe auch bei den anderen keine Fragen verstanden, aber es waren sozusagen Vorschläge.

(Stephan Wiese) Wie sieht es dann aus konkret für die Kommunen? Wird es eine Stelle geben, die die Kommunen, zum Teil betroffene Kommunen, bereits im Vorfeld, bevor es eine Standortauswahl gibt, berät und konkret Hilfeleistung leistet?

(Klemens Lühr) Ah ja genau, dann tut es mir leid, das ist eine konkrete Frage. Das würde ich auch gerne weitergeben. Also: Wie können sich Kommunen beteiligen, können sie beraten werden? Und dann möchte ich gerne noch die beiden anderen ---

(Stephan Wiese) Auch das andere, das war auch nicht klar. Die Frage, was jetzt zwischen Fachkonferenz und Standortauswahl ist, da ist das Verfahren für die Bürgerinnen und Bürger so auch nicht klar.

(Klemens Lühr) Herr Wiese, das habe ich gerade gesagt. Es ist komplex, es ist aber gerade auch beschrieben worden in den Vorträgen.

(Vanessa Janzen) Darf ich da direkt drauf eingehen? Ich glaube ich verstehe Herrn Wiese anders.

(Klemens Lühr) Sagen Sie es, ja. Selbst verständlich.

(Vanessa Janzen) Herr Wiese spricht direkt von der Phase nach den Fachkonferenzen bis zum Vorschlag zu den Standortregionen. So habe ich das erstanden. Das ist genau das Thema, welches Herr Gaßner und ich gerade angesprochen haben. Dafür gibt es jetzt gerade noch keinen Vorschlag. Aber, ich kann Sie nur noch mal dazu einladen, dass Sie hier in der Gruppe und auch im Rahmen der Ideenwerkstatt, im Rahmen des Konsultationsprozesses Ihre Ideen mit einspeisen. Ich nehme schon mal die Idee mit: Es braucht eine Anlaufstelle für Kommunen in dieser Zeit. Ich würde gerne auch noch mal darauf eingehen, es war ja die Frage aufgekommen: Wie ist das denn jetzt mit diesen Regionalkonzepten? Da wollte ich noch mal klarstellen, dass das aus den Regionalkonferenzen, aus dem Rat der Regionen heraus erarbeitet wird. Von oben wird nichts vorgegeben, sondern es ist genau ein Projekt dieser Gremien, das ihm Dialog so zu erarbeiten. Bei diesen zwei Punkten würde ich es gerne belassen.

(Klaus Nissen) Könnten Sie noch etwas sagen zu den Konzepten zur Regionalentwicklung?

(Klemens Lühr) Genau, gibt es Konzepte zur Regionalentwicklung, das war ja die Idee von Herrn Nissen, das auch noch zum Thema zu machen zusammen mit der Frage nach Akzeptanz und Interesse vielleicht auch für eine Kommune, einen Standort, wenn es dann entsprechend auch Entschädigungen, sage ich mal in meinen Worten, gäbe.

(Vanessa Janzen) Dann habe ich mich anscheinend immer noch nicht klar genug ausgedrückt. Diese Prozesse gibt es noch nicht. Die werden im Rahmen des Beteiligungsprozesses erarbeitet.

(Klemens Lühr) Okay, aber Sie haben es ja auch eben selbst gesagt. Es sind Ideen, dass man die Abfrage zur Akzeptanz auch stärker zum Thema macht, auch zum jetzigen Zeitpunkt. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass es vielleicht da dann auch noch andere Lösungen gibt. Die Idee ist aufgenommen.

(Hartmut Gaßner) Aber Herr Lühr, Entschuldigung, die Idee ist in dem Sinne klar verworfen.

(Klemens Lühr) Von wem?

(Hartmut Gaßner) Ein wissenschaftsbasiertes Verfahren hat sich mit dieser Frage auch beschäftigt, welche Einflussfaktoren sie zulassen will. Es ist klar, dass die Koalitionsvereinbarung in Bayern kein

gestaltendes Element ist, weil dort beispielsweise verabredet wird: In Bayern gibt es keinen Standort. Das ist wissenschaftsorientiert. Wir sind leider nicht dazu gekommen, Verfahrensbausteine uns auszudenken, die diese Überlegung - Abfrage der Akzeptanz - zum Gegenstand macht. Weil es immer wieder die Rede davon ist, dass es in Schweden ein Standortauswahl Verfahren gab, in dem am Ende mit der Auslobung einer, ich sage mal Belohnung, Sie haben gesagt Entschädigung, tatsächlich eine Nachfrage geschaffen wird, sodass mehrere Orte sagten, sie wollen das sein. Das hat man für die Bundesrepublik Deutschland verworfen. Deshalb ist auch das Vorgehen, „erst Abfrage der Akzeptanz und dann“ so gemittelt worden, dass man zunächst mal eine Eingrenzung der Standortregionen macht. Und die Standortregionen, das hat Frau Janzen gerade dargestellt, sich aber durchaus Gedanken machen sollen darüber, dass es anerkannt ist, dass es ein Sonderopfer wäre, eine Belastung, die kompensiert werden muss. Und da sollen sich aber diejenigen darüber unterhalten, die in der Nähe sind, weil wir nicht in die Bilder kommen wollen: „Hier hast du ein Freibad bekommen. Du, Gemeinde, hastig für ein Freibad hergeben lassen“. Es soll auch ein sehr offener Prozess sein. Aber das ist hier noch viel zu früh.

(Klaus Nissen) Aber, ganz kurz nur noch. Sie könnten dann ja auch wieder in die Situation kommen, dass die Exekutive einen Standort auswählt und Sie dann an jeder Kreuzung ein großes X finden werden.

(Hartmut Gaßner) Deshalb macht dreimal der Bundesrat mit und es wird ein ganz, ganz schwieriges Verfahren. Das Risiko ist gegeben.

(Klemens Lühr) Also, das hat man auch gesehen. Da war jetzt sozusagen nicht die Erwartung, dass wenn es das Verfahren gibt, dass es da nur Zustimmung gibt. Herr Reimer, Sie wollten glaube ich auch etwas sagen.

(Nick Reimer) Ich wollte erstens etwas zu Frau Gaebel sagen und vielleicht können wir das als Arbeitsgruppe hier in das Protokoll, so etwas wie einen Arbeitsauftrag nehmen. Tatsächlich muss die nächste AG Vorbereitung ausgestattet werden mit Mitteln. Wir müssen also sozusagen den Ball zurückspielen an den Gesetzgeber und der Gesetzgeber muss Mittel freigeben, damit dieser Prozess den Bürgern, die künftig die nächste Vorbereitungskonferenz organisieren, dass die in irgendeiner Form in Stand gesetzt werden das auch wirklich zu machen. An Herrn Wiese: Wir als AG Vorbereitung haben den Plan, nach diesen drei Vorbereitungskonferenzen eine sozusagen Dauer-Vorbereitungskonferenz einzurichten. Also eine Konferenz, die immer wieder evaluiert, ob das, was von Seiten der Politik, von Seiten der Bundesämter gemacht wird, ob das wirklich wissenschaftsbasiert und fair ist. Insofern ist unser Ansatz immer zu sagen, wir wollen diesen Prozess mit diesen Fachkonferenzen dauerbegleiten. Das ist quasi jetzt eine Idee von uns zwölf Vorbereitern, die wir



hier die Konferenz einspeisen. Wenn die Konferenz beschließt, ja, wir wollen das, dann machen wir das.

(Klemens Lühr) Okay ---

(Ingrid Lohstöter) Das ist eine tolle Idee. Eine tolle Idee.

(Klemens Lühr) Sagen Sie noch ganz kurz ihren Namen, damit wir wissen, woher die Stimme kommt.

(Ingrid Lohstöter) Ach so, Ingrid Lohstöter war das.

(Klemens Lühr) Ah ja, Frau Lohstöter ---

(Stephan Wiese) Diese Idee würde ich auch gut finden, in der Richtung. So eine Dauer-Fachkonferenz. ---

(Klemens Lühr) Das nehme ich gerne mit auf das Papier als Vorschlag. Ich würde Sie bitten, dass wir so ein bisschen an der Redeliste bleiben und nicht so viel durcheinander. Gibt es aus der Runde, die gerade eben gesprochen hat, noch einen Beitrag? Okay, dann würde ich weiter machen und zwar mit Herrn Olaf Bandt, mit Silke Freitag und mit Daniela Kuzo. Ich bitte Sie drei, Kamera an, wenn möglich, das Mikro. Und dann bitte ich Herrn Bandt anzufangen.

(Olaf Bandt) Dankeschön. Ich wollte noch mal auf Herrn Reimer reagieren, der ja sehr eindringlich die schwierige Lage der AG-V beschrieben hat, dieses eingeklemmt sein zwischen einer Behörde wie dem BASE, und dem offiziellen Prozess, der kritischen Öffentlichkeit und zeitlichen Fristen. Ich glaube, um das für eine nächste Wahl und für eine nächste AG-V aufzulösen und auch hier die Fragen, die wir immer wieder haben, möglich zu machen, diesen selbstorganisierten Prozess, braucht es im Prinzip so etwas, wie Herr Gaßner das ja vorgeschlagen hat, es braucht im Prinzip einen weiteren Prozess, der klarmacht: Es gibt so etwas wie eine Konferenz, eine Öffentlichkeitsbeteiligung bis zur Vorlage konkreter Standortregionen vor der Bundestagsentscheidung. Das finde ich wichtig, dass wir nicht die Vorstellung haben, dass wir im Juni keine Öffentlichkeitsbeteiligung und Diskussionen zu betreiben, sondern, dass klar ist: Es gibt ein Votum aus solch einer Konferenz das basiert tatsächlich auf standortspezifischen Daten. Und nicht auf etwas, was sozusagen jetzt im Oktober 2020 vorgelegt wurde. Da braucht es, glaube ich, ein klares Zeichen vom BASE, dass daran gedacht ist, dass das möglich ist. Und dass man insofern von dieser starren Systematik mit den drei Teilkonferenzen bis Juni festhalten will. Denn das waren unsere bisherigen Antworten, die wir als BUND bekommen haben, dass das nicht anders geht. Und das macht natürlich eine Mitteilnahme bei dieser AG-V zum Schleudersitz. Ich kann verstehen, dass dieser Druck entsteht und dass man damit sehr unzufrieden ist. Da kann man ja nur enttäuscht werden von beiden Seiten. Das wäre

wichtig, dass es da eine Aussage vom BASE gibt und nicht nur einfach irgendwie einen Ideenworkshop. Das ist zu wenig.

(Klemens Lühr) Vielen Dank, Herr Bandt. Frau Freitag, bitte.

(Silke Freitag) Genau. Ich habe mehrere Punkte. Es soll ja darum gehen, was braucht es eigentlich an Beteiligung in der Zukunft. Vieles ist angesprochen worden. Ich möchte erst einmal voran schieben, dass das hier alles nicht neu ist. Es gibt irgendwie Wissenschaft, es gibt Beteiligungswissenschaft, die sich sehr einig ist. Wir sehen hier, dass das gleiche passiert, was wir in der Klimakrise, was wir in der Coronakrise sehen. Ich möchte einmal sagen: Hört auf die Wissenschaftler*innen, hört auf die Expert*innen. Wir wissen, wann es knirscht. Wir wissen zum Beispiel das, was Frau Gaebel so wundervoll angesprochen hat, dass es ein Systemfehler ist. Man kann nicht gleichzeitig Aufsicht sein und ein Verfahren organisieren. Das geht nicht. Das muss scheitern. Das heißt, das muss auseinandergenommen werden, damit wir diesen Stockfehler aus dem System bekommen. Da ist sich die Wissenschaft einig, da gibt es nicht zwei Meinungen. Es ist nur falsch gestrickt. Das heißt, dann muss man es ändern. Das ist der eine Systemfehler.

Das Zweite ist: Selbstorganisation braucht Ressourcen. Das ist auch nicht neu, das wissen wir seit den achtziger Jahren. Das heißt, es braucht finanzielle Mittel. Das heißt, eine Vorbereitungsgruppe muss in der Lage sein, sich zum einen fachliche Expertise dazu zu holen, sie muss in der Lage sein selber auszuwählen, wer zum Beispiel eine Veranstaltung moderiert. Es kann nicht sein, wie Herr Beckstein das genannt hat: Entweder IKU, friss oder stirb, sonst müsst ihr halt selber moderieren. Das geht nicht. Das ist nicht in Ordnung. Das heißt also, es braucht Ressourcen. Und vorher ist es gut und richtig, wenn der BUND und andere sagen: Ne, unter diesen Bedingungen nicht. Sondern, man muss dann auch tatsächlich sagen: Wir müssen über diese Bedingungen reden. Was braucht es, damit gute Beteiligung passieren kann? Denn, was sonst passiert, ist ein Beteiligungsfeuerwerk, nenne ich das mal, eine Beteiligungssimulation, eine Mitmach-Falle, das wissen wir, dass das dann passiert. Das ist die Gefahr.

Und ich möchte, deshalb sitze ich hier heute immer noch, obwohl ich zwischendurch echt denke: Das kann doch alles nicht deren ernst sein. Ich habe schon auf der ersten Statuskonferenz das alles gesagt. Deshalb sitze ich hier immer noch und sage: Wir brauchen endlich eine gute Beteiligung. Ich sage aber auch: Ich bin dieses Wochenende das letzte Mal dabei, wenn sich nicht irgendwann etwas ändert. Irgendwann wissen dann auch alle, wo findet man irgendwie Menschen, die sich damit auskennen. Ich sage das hier nicht für die Akquise. Sondern, ich habe ganz bewusst entschieden: Ich werde immer wieder dieses Verfahren kommentieren, weil ich selber nie einen Auftrag drin annehmen werde. Es geht nicht beides. Ich kann nicht kritisieren und gleichzeitig Auftragnehmerin sein. Das nur mal kurz, bevor dieser Akquisevorwurf wieder in den Raum kommt. Jetzt möchte ich

noch etwas sage: Was wissen wir? Wir wissen zum einen und auch da ist sich die Wissenschaft einig: Alle, die sich beteiligen wollen, müssen sich beteiligen können. Das heißt also, eine Vorbereitungsgruppe muss offen sein und dann gucken, wie sie sich organisiert. Es müssen alle den Zugang haben. Sonst geht es nicht, sonst funktioniert es nicht. Das wissen wir. Im Konflikt, Martin Donat hat das angesprochen, wir sind hier im Konflikt. Wir haben nicht, wir machen mal irgendwie einen schönen Spielplatz, sondern wir haben hier einen handfesten Konflikt. Das heißt, alle müssen sich beteiligen können, müssen teilnehmen können und es braucht ausreichend Zeit.

Und dann möchte ich als Letztes noch etwas sagen zu Ingrid Lohstöter: Wie das juristisch ist, das können Ingrid und Sascha und viele andere hier im Raum viel besser als Jurist*innen bewerten. Das weiß ich nicht. Aber als Mensch, der sehr oft Prozesse begleitet, weiß ich: Was wir brauchen ist Beteiligung zum richtigen Zeitpunkt. Und wir brauchen es tatsächlich kontinuierlich. Das heißt, wir dürfen das nicht ab jetzt abschneiden und sagen: Jetzt ist es vorbei! Und dann kommt irgendetwas, was wir uns wieder überlegen. Sondern, es braucht über all die Jahre bis zu den Regionalkonferenzen eine kontinuierliche Fachkonferenz Teilgebiete, die kontinuierlich weiterarbeitet. Das wäre sinnvoll. Und wie und in welchem Rahmen, und gerade im digitalen Raum, dass nicht analog zu machen, sondern ihn AGs, vielleicht auch Abende zu arbeiten, das können die sich alles überlegen. Aber, es braucht eine Kontinuität der Beteiligung. Soweit von mir.

(Klemens Lühr) Vielen Dank, Frau Freitag. Ich würde jetzt gerne noch Frau Kuzo hören. Dann gehen wir mal ein bisschen so in die Runde. Ich muss aber auch ankündigen, es gibt noch fünf Minuten, die wir eigentlich hier in dieser Arbeitsgruppe haben. Und wir haben auch eigentlich noch eine lange Redeliste, die wir nicht behandeln können. So ist es nun mal. Es gibt halt nur begrenzt Zeit. Ich gebe aber natürlich auch noch mal den Hinweis: Wir werden gleich noch einmal Fragen nach Ihren Fragen, nach Themen, die wir abgreifen und die dann wieder Grundlage sind für die Weiterarbeit der neuen Arbeitsgruppe Vorbereitung. Frau Kuzo, bitte.

(Daniela Kuzu) Ich hoffe, mich kann man hören. Ich lasse mal mein Video aus, weil hier im brandenburgischen Ländle die Internetverbindung dann doch nicht so gut ist. Ich habe die Befürchtung, dass meine Sprechqualität dann schlecht wird. Ich bin Beigeordnete der Fontanestadt Neuruppin. Ich bin hier heute bei der Fachkonferenz, weil wir uns auch im Landkreis OPR - da gibt es vier Kommunen, in denen die Teilgebiete liegen, oder Regionen liegen, die jetzt gerade auch im Zwischenbericht genannt worden sind - zusammengeschlossen haben und jetzt gemeinsam agieren. Ich würde gerne drei Punkte anmerken, die wir auch schon in unserem Beitrag zur Fachkonferenz Teilgebiete eingereicht haben und die uns auch sehr wichtig sind. Wir sind sehr erschrocken über den zeitlichen Rahmen, in der diese Diskussion gerade stattfindet. Auch die Anfrage, Beiträge und Themen für die Fachkonferenz Teilgebiete einzureichen, erreichte uns Anfang Dezember.

Sie wissen alle, wir sind gerade in einer der größten Katastrophen, die wir uns vorstellen können. Und dann natürlich auch noch die Deadline 4. Januar, wo noch ein paar Feiertage dazwischen liegen. Wir wurden regelrecht überrumpelt und konnten uns gar nicht vorbereiten. Wir haben dann erst einmal um Aufschub gebeten, dass wir uns noch mal koordinieren können und einen Beitrag einreichen können. Also auch dieser zeitliche Rahmen, das wurde schon oft genannt, jetzt gerade in Coronazeiten so etwas abzuhalten, ist höchst bedenklich. Wir haben auch wirklich darum gebeten, diese Beteiligung ein bisschen zeitlich zu entzerren, damit man auch die Möglichkeit hat, auch als Kommune, bei all unseren Aufgaben, die wir haben, uns darauf vorzubereiten und auch adäquat darauf zu reagieren.

Der zweite Punkt ist: Die Kritik jetzt gerade über das Beteiligungsverfahren an sich, hier bei der Fachkonferenz erstaunt mich ein bisschen. Das habe ich so vorher nicht mitbekommen und mitgeschritten. Ich bin auch total dankbar für diese Kritik jetzt, um auch ein bisschen Dinge zu verstehen. Ich muss sagen, das bekräftigt uns eigentlich in unserem Gedanken, dass wir auf Landkreisebene mit den vier Gemeinden und der Kreisverwaltung zusammen eigentlich ein Gremium erschaffen müssen, wo wir proaktiv werden und uns dort auch austauschen, informieren, vielleicht auch zusammenschließen oder vernetzen mit anderen Gemeinden, in denen die Regionen liegen, die im Zwischenbericht genannt worden sind. Vielleicht auch brandenburgweit, wir müssen mal gucken. Aber, ich glaube, wir haben auch in unserem Beitrag gesagt, wir müssen hörbar und sichtbar sein. Und dann wirklich nicht still sein. Wir haben die fürchten, bei aller Beteiligung, dass es unter keinen Umständen passieren darf, dass es eine Entscheidung über einen Standort geben wird, nur weil eine Stimmgewichtung im Bundestag eine Benachteiligung von weniger repräsentierten Regionen nach sich zieht.

Meine konkrete Frage an die Experten: Wie können wir sicherstellen, dass bei all der Beteiligung, die wir jetzt gerade haben, da nicht wirklich im Bundestag, weil die Stimmengewichtung so ist, wie sie ist, dann nicht doch anders entschieden wird, oder dann doch wieder so eine Mentalität entsteht „In meiner Region bitte nicht“?

(Klemens Lühr) Vielen Dank, Frau Kuzu, für die Aspekte, die Sie eingebracht haben. Nick Reimer, ich glaube, Sie wollen direkt etwas dazu sagen.

(Nick Reimer) Ich frage mich so ein bisschen, ob wir auf derselben Konferenz gerade sind. An Frau Freitag: Sie kritisieren, dass das Verfahren offen sein muss und dass die Wahl --- Machen Sie doch bitte einen Vorschlag, wie es geht! Wie am Sonntag eine Wahl abgehalten werden soll. Frau Kuzu, sagen Sie uns doch, wie Sie sichtbar werden wollen? Das geht ins Protokoll und wird damit amtlich. Es wird --- Warum kritisieren Sie einen Prozess, der von uns gestaltet werden kann? Herr Bandt, Sie verstehe ich am wenigsten. Der BUND sagt, er hat jahrelang diesen Prozess begleitet. Jetzt

haben wir die Chance, diesen Prozess in die Hand nehmen und selber zu gestalten! Und Sie fragen sich, ob Sie das machen sollen. Da kann man doch nur Ihren Förderern sagen: Zahlt an den BUND kein Geld mehr, weil dieser BUND immer nur verhindern will. Also: Machen Sie doch! Wir haben jetzt mit dieser Fachkonferenz die Chance, zu gestalten. Gestalten Sie, bitte! Bitte!

(Silke Freitag) Herr Reimer, das finde ich wirklich eine Frechheit, was Sie da gerade sagen. Das dient der Debatte nicht, wenn Sie jetzt hier wirklich dem BUND solche Unterstellungen bringen. Das möchte ich wirklich als Mediatorin einmal ganz deutlich eingreifen und sagen: Ich möchte hier --- Wir haben hier eine Netiquette. Die Netiquette heißt, dass wir nicht angreifend kommunizieren und Sie haben vorhin schon unterstellt, der BUND und Ausgestrahlt würde irgendwie das hier nicht ernst nehmen. Ich finde da wirklich --- Ich würde mir da auch von der Moderation, Herr Lühr, wünschen, dass Sie da ganz deutlich reingehen. Das ist nicht in Ordnung. Das, was gerade Herr Reimer gemacht hat, ist wirklich nicht in Ordnung. Das ist unter der Gürtellinie. So möchte ich nicht, dass wir miteinander sprechen. Ich kann gerne sagen, was ich für Vorstellungen habe, aber nicht in diesem angreifenden Ton. So möchte ich nicht --- Ich glaube nicht, dass wir so hier miteinander reden können. Das ist nicht ---

(Klemens Lühr) Genau. Ich wollte eigentlich auch die Rednerliste schließen und jetzt auch die Ergebnisse zeigen, aber jetzt wo Herr Reimer auch direkt Sie angesprochen hat, müssen Sie natürlich auch die Gelegenheit haben, darauf zu reagieren. Die direkte Art von Herrn Reimer wird auch sehr geschätzt in der Arbeitsgruppe Vorbereitung. Ich habe die Netiquette vor Auge und für mich war das alles noch im Rahmen. So, Frau Freitag, Sie hatten eben schon reagiert ---

(Stephan Wiese) Für mich war das nicht im Rahmen, nebenbei gesagt. Es war eine Unverschämtheit.

(Klemens Lühr) Herr ---

(Chady S. D. Seubert-Träder) Für mich war das auch nicht im Rahmen und es ist nicht okay, dass Sie im Rahmen Ihrer Moderation jetzt so eine Äußerung bringen. Der Kommentar von vorher, von der Frau, war doch eindeutig. Halten Sie sich bitte auch zurück.

(Klemens Lühr) Ich möchte gerne ---

(Martin Donat) Für mich war das auch nicht in Ordnung. Das ist nicht mit den diskreditierten Institutionen hier ---

(Klemens Lühr) Ich würde Herrn Bandt, der wurde nämlich angesprochen, noch die Gelegenheit geben, auch darauf zu reagieren, wenn er möchte.

(Olaf Bandt) Sehr gerne. Ich bin ja ganz überrascht von Herrn Reimer. Ich habe eigentlich meine Äußerung als unterstützend verstanden, dass ich tatsächlich vom BASE ein Signal haben möchte, dass es sich lohnt in der AG-V mitzuarbeiten. Und was wir dafür brauchen. Es tut mir tatsächlich als BUND bitte weh, dass wir da nicht reingehen können, unter Bedingungen, sozusagen diese Einzwängung, die Herr Reimer beschrieben hat in diesen Prozesse --- Und dann einen Prozess organisieren, der gar nicht auf aktuellen Ständen, sozusagen, so reagieren kann und damit eine richtige Bürgerbeteiligung möglich macht. Und das sozusagen unter allen Bedingungen, Herr Reimer, Sie haben doch auch die Konsequenz gezogen, dass Sie rausgehen, weil Sie merken, es ist zu viel. Jetzt machen Sie doch hier mal nicht die Trennung auf und beschimpfen Leute, sondern lassen Sie uns gemeinsam versuchen tatsächlich zu beschreiben, wie kriegt man das denn verbessert. Rahmenbedingungen. Und nicht das Signal, was ich von Ihnen gerade höre: Augen zu und durch den Prozess, irgendwie wird das schon gelingen. So ist es glaube ich nicht. Wir brauchen Rahmenbedingungen. Und dann, hoffe ich dann mal, dass Sie sozusagen auch von Empfehlungen an unsere Spender und Mitglieder absehen können. Die machen mich aber auch wirklich nicht bange. In dem Sinne: Manchmal muss auch eine Äußerung möglich sein. Aber ich glaube, das müssen wir an anderer Stelle mal klären.

(Klemens Lühr) Okay, gut ---

(Silke Freitag) Ich bin auch angesprochen worden, ich würde da gerne noch ---

(Klemens Lühr) Sie haben aber auch schon etwas gesagt.

(Silke Freitag) Ne, ich habe die Antwort doch nicht gegeben, wie ich mir das vorstelle. Herr Reimer hat mich doch gefragt, wie ich mir das vorstelle.

(Klemens Lühr) Aber das können wir jetzt nicht mehr vertiefen.

(Yasmine Kühl) Herr Lühr, das ist nicht in Ordnung.

(Silke Freitag) Zwei Sätze, unglaublich.

(Klemens Lühr) Frau Freitag, Sie wurden angesprochen, das stimmt. Aber es ist jetzt keine Zeit mehr dafür. Es ist auch --- Herr Reimer, Sie können sich gerne austauschen ---

(Yasmine Kühl) Aber wofür sind wir denn hier?

(Klemens Lühr) Ich würde gerne Frau Kuzu noch bitten, denn Sie wurden auch angesprochen, Frau Kuzu, wenn Sie wollen, dann können Sie auch gerne noch etwas dazu sagen.

(Silke Freitag) Für alle anderen schreibe ich das jetzt auf.

(Klemens Lühr) Es ist eh alles Wortprotokoll. Also, Sie können --- Genau, Sie können es auch im Nachgang ---

(Silke Freitag) Aber ich habe doch die Antwort nicht gegeben, Herr Lühr. Ich habe doch die Antwort nicht gegeben.

(Yasmine Kühl) (lacht)

(Klemens Lühr) Ich habe es verstanden. Es gibt gleich noch mal die Möglichkeit sich auch ---

(Jochen Stay) Unglaublich.

(Klemens Lühr) Ich würde Sie bitten, dass Sie nicht alle dazwischenreden, damit wir hier ---

(Sprecher*in) Davon lebt doch eine Diskussion.

(Klemens Lühr) Ja, aber nicht, dass man zur gleichen Zeit spricht, sondern dass man das versucht ein bisschen geordnet zu machen. Ich merke, dass hier viele Emotionen sind. Das ist auch gut. Das ist ja auch ein leidenschaftliches Thema. Herr Reimer hat da jetzt ein bisschen Öl reingekippt. Frau Kuzu, Sie wurden noch mal in der Ansprache von Herrn Reimer direkt angesprochen, daher möchte ich Ihnen noch mal die Gelegenheit geben. Das ist jetzt auch erst einmal der letzte Beitrag, wir sind schon fünf Minuten drüber. Ich möchte Ihnen noch zeigen, was wir dokumentiert haben. Aber erst mal Frau Kuzu.

(Daniela Kuzu) Ich glaube, ich habe in meinem Wortbeitrag schon darüber geredet, wie wir hörbar sein wollen und auch sichtbar sein wollen. Ich glaube, wir müssen uns auf kommunaler Ebene einfach auch ein bisschen selber organisieren. Und das wollen wir tun, indem wir ein Gremium gründen auf Landkreisebene, wo dann eben die betroffenen Gebiete oder Kommunen sich einfach auch zusammenschließen. Auch die Zivilgesellschaft mit reinholen, Experten mit reinholen. Wir wollen uns selbst informieren. Und dann vielleicht auch in der Öffentlichkeitsarbeit die Bevölkerung informieren. Und dass wir einfach so hörbar und sichtbar sind. Und damit möchte ich es eigentlich stehen lassen. Wir sind noch möglich am Anfang und gucken einfach mal, wie wir das stemmen können.

(Klemens Lühr) Vielen Dank auch noch mal für den Beitrag. Wie gesagt, wir sind schon drüber über der Zeit, es auch noch eine Pause. Wir müssen dann sozusagen auch die Vorbereitung treffen. Und Sie brauchen auch eine Pause für den nächsten Vortrag. Sie können auch gerne hier in der Arbeitsgruppe bleiben. Ich muss dann gehen. Ich möchte Ihnen aber vorher noch zeigen, was wir dokumentiert haben.

(Jochen Stay) Herr Lühr, die Gruppe muss noch entscheiden, ob sie weiter arbeiten will zwischen den Konferenzen. Das hat sich die Vorbereitungsgruppe so gedacht, dass die Gruppen das entscheiden. Das ist glaube ich auch den Moderatoren nicht mitgeteilt worden, aber ---

(Klemens Lühr) Das kann gut sein, das müssen wir noch mal klären in der Pause. Das können wir aber jetzt nicht machen ---

(Jochen Stay) Das ist die Entscheidung von ---

(Klemens Lühr) Was wir jetzt machen, Herr Stay, ist zu zeigen, was ich dokumentiert habe, denn das ist das Ergebnis, welches am Sonntag im Plenum präsentiert wird. Das möchte ich jetzt gerne machen. Ich sage es auch noch mal: Das ist sozusagen der Versuch, die zentralen Linien der Diskussion, die wir jetzt gerade gehabt haben, aufzuzeigen. Ich habe das auf zwei Charts versucht zusammenzufassen. Ich möchte das gerne vorstellen. Ich habe das unter die Überschrift gepackt: Probleme und Handlungsbedarfe. Sehen Sie es mir nach, dass da nicht jeder Aspekt drin ist. Es geht darum, morgen in fünf Minuten ein Bild zu geben, was hier diskutiert wurde. Ich möchte betonen: Es gibt ein Wortprotokoll. Alles, was hier gesagt wurde, kann auch nachgelesen werden. Das ist die Dokumentation. Sie werden auch gleich noch mal danach gefragt, nach Ihren weiteren Bedarfen, die Sie haben.

Kurze Vorstellung: Es wurde gesagt, das Beteiligungsangebot ist zu komplex. Wenn man das Verfahren anguckt, für Laien, dass das schnell begriffen wird, es gibt unterschiedliche Formate, die bauen aufeinander auf, oder auch nicht, es muss verstanden werden. Und es ist eben noch nicht ausreichend kommuniziert. Es muss wahrscheinlich immer wieder kommuniziert werden. Dann habe ich den Aspekt der Beteiligung im Ehrenamt. Es passt auch gut zum ersten Punkt. Viele verschiedene Angebote, das heißt, da gibt es die Erwartung, sich zu beteiligen. Das kann auch überlastend sein, gerade wenn es im Ehrenamt ist und wird eben aktuell nicht entschädigt. Da ist die Forderung damit verbunden, Ressourcen für Beteiligung, oder vielleicht auch für Selbstorganisation, wie wir es hier vor der Fachkonferenz erlebt haben, bereitzustellen. Jetzt werde ich ein bisschen inhaltlicher. Der Punkt strategische Umweltverträglichkeitsprüfung, so ist die Abkürzung, da war die Forderung, dass europäische Länder früher einbezogen werden müssen. Noch mal zum Zwischenbericht und zur Konferenz: Da auch die Forderung, oder eher die Problematisierung, dass auch aus Sicht der reinholen, ein fehlerhafter Zwischenbericht zu früh zur Diskussion gestellt wurde auf der Fachkonferenz. Ich habe vernommen, dass wenigstens dieser heutige Termin eher eine Information ist als eine Beteiligung. Man beginnt sozusagen erst im Prozess. Das wird sozusagen, wenn man die Erwartung hat, hier ist eine Beteiligung, dann würde man hier eher den Eindruck haben, es ist eine Information. Da ist also eine weitere Entwicklung nötig. Und es gibt, das habe ich so vernommen, deshalb habe ich es auch aufgeschrieben, von einigen von Ihnen die Einschätzung, dass hier teilweise kritische

Themen geglättet werden. Ich möchte die zweite Folie auch noch zeigen. Das sind diese vier Punkte, die hier noch stehen habe ---

(Stephan Wiese) Da fehlt mir die Clearingstelle für die Kommunen. Dass man die schaffen möchte ---

(Klemens Lühr) Herr Wiese, ne? Nehme ich mit auf. Clearingstelle Kommunen als Forderung. Ich gucke gleich noch mal auf die Formulierung. Clearingstelle Kommunen. Lassen Sie mich kurz vorstellen. Interessenskonflikt wurde benannt, der gesehen wird zwischen der fachlichen Aufsicht auf der einen Seite und Trägern der Öffentlichkeitsbeteiligung auf der anderen Seite, die beim BASE gesehen wird. Der Zeitdruck wurde problematisiert, der auf der Fachkonferenz liegt, für Beteiligung, für die Selbstorganisation. Es gab den Vorschlag einer Dauerefachkonferenz, um die Kontinuität der Beteiligung zu gewährleisten. Und es gab den Vorschlag, deswegen steht er hier auch mit drin, dass man das Thema Akzeptanz in den Kommunen zum Thema macht. Also dort auch jetzt schon fragt und guckt, mit Möglichkeiten der, ich habe es so genannt, Kompensation, auch versucht auszuloten, welche Kommunen sich vielleicht auch bereit erklären. Ich habe es auch gar nicht als Ersatz des Verfahrens gedacht, oder verstanden, sondern eher als zusätzliche Ergänzung. Clearingstelle Kommunen habe ich ergänzt, Herr Wiese. Und ---

(Hartmut Gaßner) Ich hätte ---

(Klemens Lühr) Bitte. Ja?

(Hartmut Gaßner) Herr Lühr, wir haben die Situation, dass 178 Leute jetzt hier teilnehmen und die ganze Konferenz erwartet, dass E2 und E3 sich mit der Frage befassen: Was die Aufgabe der Fachkonferenz und was kommt nach der Fachkonferenz Teilgebiete? Deshalb würde ich Sie bitten, dass Sie das als ersten Spiegelstrich aufnehmen, dass wir uns damit beschäftigt haben. Was wären mögliche Formate zur Fortführung, nein, Fortführung ist schon eine Wertung. Was sind mögliche Formate nach Abschluss der jetzt vorgesehenen Fachkonferenz. Da warten hunderte von Leuten drauf. Daher müssen wir zu mindestens ein Zeichen setzen, dass wir darüber gesprochen haben. Ich würde Sie bitten, dass nicht als letzten, sondern als ersten Spiegelstrich aufzunehmen. Das war das Zentrum.

(Klemens Lühr) Ja.

(Ingrid Lohstöter) Das wollte ich auch bestärken. Ich denke, dass wird ja ausdrücklich von uns gewünscht, und das ist ein wesentlicher Punkt, dass es nach der Fachkonferenz wirklich weitergeht. Ich glaube, dazu sind wir alle in der Lage, das auch zu verstehen. Danke.

(Klemens Lühr) Herr Gaßner, helfen Sie mir noch mal ganz schnell mit der Formulierung. Ich setze den Punkt gleich schon mal an die erste Stelle. Auch wenn ich noch nicht fertig aufgeschrieben habe. Herr Gaßner bitte noch mal.

(Hartmut Gaßner) Ein Schwerpunkt der Debatte war die Frage, inwieweit es Beteiligungsformate nach Abschluss der vorliegenden Fachkonferenz gibt.

(Chady S. D. Seubert-Träder) Okay, wenn sich jeder jetzt hier einmischen kann, dann möchte ich diesen Punkt auch noch erweitern. Das ist ja auch die ganze Zeit kritisiert worden, wie wird so etwas moderiert. Und was ist der Hintergrund dieser Moderation. Mit welcher Haltung muss ich die Moderation ---

(Klemens Lühr) Sagen Sie mir bitte ganz schnell Ihren Namen.

(Chady S. D. Seubert-Träder) Mein Name ist Chady Seubert. Entschuldigung.

(Klemens Lühr) Wir haben jetzt 1,5 Stunden diskutiert, ich möchte jetzt nicht noch einmal Einzelaspekte aufnehmen. Ich möchte Sie fragen und das können Sie jetzt noch mal ausdrücken, wie zufrieden Sie jetzt mit diesen beiden Charts sind, die ich gerade vorgestellt habe. Meret, dann würde ich dich bitten die Frage einzublenden, wie zufrieden Sie mit der Ergebnisdarstellung sind. Die konkrete Formulierung der Frage werden Sie jetzt gleich sehen. Meret, ist die Abfrage scharf geschaltet? Ist die Diskussion richtig wiedergegeben? Hier sehen Sie noch mal: 1 – sehr gut. 5 – schlecht. Dann möchte ich bitte um ein Stimmungsbild bitten. Ich würde sagen durchwachsen. Durchwachsen. Tendenz zu positiv. Aber durchwachsen.

Die Frage ist: Wer stellt jetzt diese zwei Charts vor? Das ist jetzt sozusagen die Diskussionsunterlage. Wer stellt die Charts vor? Und, wir werden auch das Meinungsbild dazu packen, sodass es auch ein bisschen relativiert ist und Sie dann die Freiheit hätten, dass auch zu ergänzen. Wer möchte das morgen im Plenum vorstellen? Gibt es Interessenten? Dann bitte das Mikro auf und den Namen nennen. Ich kann mal sagen, die Alternative wäre, dass ich es vorstelle, auch mit diesem Meinungsbild am Ende. Um auch deutlich zu machen: Das ist noch nicht alles gewesen. Also noch mal die Frage: Wer möchte aus der Runde hier diese beiden Charts morgen vorstellen? Dann würde ich das übernehmen. Ich verstehe das als meine Aufgabe. Ich möchte, bevor es jetzt zu der letzten Frage kommt, die auch noch für 15 Minuten freigeschaltet wird, die Frage nach weiteren Themen und offenen Fragen, die Sie noch haben und die gesammelt werden und der nächsten Arbeitsgruppe Vorbereitung übergeben werden für die Vorbereitung des zweiten Beratungstermins, möchte ich mich bedanken, so wie es sich auch gehört. Und ich meine es auch ernst: Es war eine interessante Diskussion, die war auch hitzig. Um einiges hitziger als der Slot heute Vormittag. Interessant auf jeden Fall in den Ergebnissen. Auch mehr Ergebnisse als heute Vormittag produziert.

Ich bedanke mich bei Frau Janzen, bei Herrn Gaßner, bei Herrn Reimer und bei allen, die beigetragen haben in den Beiträgen. Ich wünsche Ihnen jetzt erst mal eine gute Pause. Ich zeige Ihnen gleich noch die Frage. Meret, bitte auch schon mal einblenden.

(Jochen Stay) Was ist denn jetzt mit der Weiterarbeit dieser Gruppe zwischen den Konferenzen?

(Klemens Lühr) Das höre ich von Ihnen das erste Mal. Da muss ich die Kollegen fragen in der Pause. Das werden wir dann im Plenum noch einmal ansprechen.

(Sprecher*in) Vielleicht bietet es sich auch noch an zum weiteren Austausch in der Kaffeerunde, denn ich glaube, noch sehr viele Sachen sind ungeklärt. Dazu würde ich aufrufen.

(Jochen Stay) Wir haben vorhin in der Arbeitsgruppe abgestimmt, ob wir weiterarbeiten wollen und darum ---

(Klemens Lühr) Ja, dann ist es an mir vorbeigegangen. Es tut mir leid. Das kläre ich jetzt in der Pause.

(Sprecher*in) Das hat er doch schon mal gesagt.

(Klemens Lühr) Ja, das höre ich jetzt von Herrn Stay, aber ich möchte es von der Konferenzleitung oder von meinen Kollegen hören. Das machen wir jetzt hier nicht ---

(Jochen Stay) die Vorbereitungsgruppe hat sich das ausgedacht.

(Klemens Lühr) Ich sage Ihnen, das wird jetzt leider nicht gemacht.

(Martin Donat) Das sehe ich auch so. Das ist wieder ein technisches Chaos, was bestätigt, dass das hier ---

(Sprecher*in) Zur Selbstorganisation gehört doch, dass die Teilnehmer das selbst entscheiden und nicht die Moderation in dem Fall, ob wir jetzt hier weiter sprechen ---

(Klemens Lühr) Sie können das sehr gerne weiter besprechen. Wir machen mal einen Vorschlag. Sie können das hier gerne weiter besprechen. Aber nicht im Rahmen meiner Moderation. Und Sie können sich gerne auch

(Jochen Stay) So eine Moderation ---

(Klemens Lühr) Lassen Sie mich bitte ausreden, Herr Stay. Ich lasse Sie auch ausreden. Sie können gerne diese Frage auch besprechen, aber das würde ich jetzt nicht machen, denn die Zeit ist schon

seit 20 Minuten abgelaufen. Es kann sein, dass das an mir vorbeigegangen ist. Das kläre ich jetzt in der Pause. Dann muss das halt nachgetragen werden.

(Jochen Stay) Es geht hier um die Weiterarbeit zwischen den Konferenzen. Ich bitte Sie ein Abstimmungstool hier einzublenden. Das ging in der anderen AG auch.

(Klemens Lühr) Nick Reimer, vielleicht noch mal die Frage an Sie: Können Sie da noch mal aushelfen?

(Herr Reimer) Ich würde gerne vorschlagen, das an die Konferenzleitung zu übergeben, weil das ist eine Streitfrage. Das soll die Konferenzleitung entscheiden. Dafür ist sie ja da.

(Klemens Lühr) Ist die Konferenz Leitung hier anwesend?

(Nick Reimer) Ich glaube, dass Jochen Stay recht hat. Insofern, lasst uns das dahin transportieren.

(Asta von Oppen) Hallo.

(Klemens Lühr) Frau von Oppen, das freut mich, dass Sie da sind, Frau von Oppen. Bringen Sie mal bitte für mich, vielleicht habe ich es einfach verpeilt, ein bisschen Klarheit in die Situation.

(Asta von Oppen) Das kann ich insofern nicht, weil ich mich erst später eingeschaltet habe. Ich kann nur einen Vorgehensvorschlag machen. Ich verstehe den Konflikt so, dass das mit dem Votum, dass Jochen Stay sagte, das sei ein Punkt, der angesprochen wurde. Das scheint so zu sein, ich frage mal Nick Reimer: Also, dass Jochen Stay das angesprochen hat, das ist ja wohl klar, oder?

(Nick Reimer) Es geht um die Frage, ob diese Arbeitsgruppe jenseits der Konferenz weiterarbeiten soll. Quasi ein Votum darum: Ja, die Arbeitsgruppe soll weiterarbeiten.

(Asta von Oppen) Das ist die Meinung von Herrn Stay gewesen. Die muss ins Protokoll. Das muss aufgenommen werden als ein Punkt. Man muss nicht, aber das ist ja auf jeden Fall klar, dass es ein Wunsch aus der Gruppe ist. Wie ich höre, von anderen und ganz vielen, dass es gewünscht wird, kann es natürlich in das Protokoll mit rein. Die Frage, ob darüber die Gruppe abstimmt, das müsste die Gruppe selbst entscheiden. Da können wir als Leitung nichts dazu sagen. Da müsste Herr Lühr jetzt fragen: Wollen wir darüber noch abstimmen? Ja oder Nein? Das ist natürlich blöd, weil es in die Pause geht. Aber da müssen wir flexibel sein. Lassen Sie einfach abstimmen, Herr Lühr.

(Klemens Lühr) Vielen Dank, Frau von Oppen, für die Klärung. Das war gut, dass Sie jetzt auch hier in der Runde sind. Meret, dann würde ich dich bitten, dass du diese Frage vorbereitest. Und zwar, die Frage heißt: Soll diese Arbeitsgruppe --- oder Herr Stay, formulieren Sie mal bitte, dann kann die Kollegin aus der Technik diese Frage aufnehmen. Meret, bist du bereit? (Meret Walter) Ich bin bereit.

(Jochen Stay) Möchte diese Gruppe zwischen den Konferenzen weiterarbeiten? Ja oder Nein.

(Meret Walter) Möchte diese Gruppe zwischen den Konferenzen weiterarbeiten?

(Klemens Lühr) Und dann wäre in der Logik: Ja, Nein und Enthaltung, oder, Herr Stay?

(Jochen Stay) Ja klar.

(Sprecher*in) Das hört sich doch gut an.

(Klemens Lühr) Ja. Meret, dann sag mal Bescheid, wenn das fertig ist.

(Meret Walter) Ich bin dran.

(Asta von Oppen) Kann ich zwischendurch noch was sagen?

(Klemens Lühr) Natürlich.

(Asta von Oppen) Verstehen Sie mich, Herr Lühr?

(Klemens Lühr) Ja.

(Asta von Oppen) Wichtig ist das ja auch, dass dieser Vorschlag jetzt in der Zusammenfassung ist. Ich kann das im Moment nicht so sehen. Dass das auch so ins Protokoll kommt. Man kann auch sagen, die Abstimmung kommt nachher ins Protokoll. Insofern ---

(Klemens Lühr) Ihr Punkt ist, dass das Ergebnis der jetzigen Abstimmung mit ins Protokoll kommt, richtig Frau von Oppen?

(Asta von Oppen) Ja.

(Klemens Lühr) Gut. Meret, wie sieht es aus?

(Meret Walter) Ich musste erst mal die Situation erklären, zu der das überhaupt kommt. Es wird daran gearbeitet. Es hat eine Frage aufgeworfen.

(Klemens Lühr) Also, die Frage für mich ist jetzt: Ist diese Frage, die gerade formuliert wurde, ist die jetzt aktiv und kann eingestellt werden?

(Meret Walter) Es dauert noch eine kleine Sekunde.

(Jochen Stay) Die Frage war: Möchte diese Arbeitsgruppe ---

(Klemens Lühr) Die Frage ist klar.

(Meret Walter) Die Frage ist klar.

(Jochen Stay) Auf den Bildschirm sehen wir etwas anderes.

(Klemens Lühr) Die Technik ist gerade noch dabei. Ich will es nur erklären. Die Technik programmiert gerade die Frage ein. Das geht innerhalb von einer Minute, aber es braucht auch seine Zeit. Wir warten jetzt auf die Kollegin, bis sie fertig ist. Dann stellen wir die Frage wie sie gerade schon formuliert wurde. Während dessen sehen Sie hier auch gerade eingeblendet die Antworten von Ihnen zu der Frage, die vorher gestellt wurde. Die Frage: Welche Themen sollen weiter diskutiert werden? Das ist, so verstehe ich das, auch ein Stück die Agenda, wenn es dann dazu kommt, dass das bestätigt wird, dass die Arbeitsgruppe weiterarbeiten soll. Ich bitte noch um ein bisschen Geduld. Dann wird sich die Kollegin gleich melden.

(Klaus Nissen) hier ist noch mal Klaus Nissen. Ich sehe das auch im Zusammenhang mit der nächsten Arbeitsgruppe, E3. Das ist im gleichen Themenformat.

(Asta van Oppen) Ja.

(Klemens Lühr) Da kann ich jetzt zum Ausblick auch noch sagen, für diejenigen, denen E3 nichts sagt. Der Titel ist: Transparenz und Beteiligung in Schritt 2 der Phase 1 und in der weiteren Arbeit der BGE. Das ist sozusagen das Thema, das heute, es ist auch nicht mehr lange hin, um 16:30 Uhr beginnt. Es dauert 2 Stunden. 16:30 Uhr bis 18:30 Uhr. Das wäre das Thema in der dritten AG heute. Meret, wie sieht es aus?

(Meret Walter) Die Frage ist da, ich blende sie ein. Da läuft ein Countdown runter von 15 Sekunden. Den stelle ich jetzt gleich scharf.

(Jochen Stay) Die Frage ist falsch. Da steht nächste AG, gemeint ist nächste Konferenz. Nein, zwischen den Konferenzen. In der Präsentation steht es quasi richtig ---

(Klemens Lühr) Dann musst du die Frage noch mal umformulieren.

(Jochen Stay) In der Umfrage ist sie falsch.

(Klemens Lühr) Dann müssen wir das noch mal zurückstellen. Meret, du musst noch mal die Frage umformulieren. Also: Meret, hörst du zu, zum Diktieren? Meret?

(Meret Walter) Eine Sekunde.

(Sprecher*in) ich habe schon abgestimmt. Stellt sich das automatisch zurück?



(Klemens Lühr) Wir stellen --- Sie können gleich noch mal abstimmen. Alle können gleich noch mal abstimmen. Also, wenn du die Formulierung brauchst, sag Bescheid.

(Meret Walter) Habe ich.

(Klemens Lühr) Ja? Die Kollegin hat --- Meret, vielleicht bevor du es noch mal scharf stellst, lies es noch mal vor, damit es auch deutlich ist.

(Meret Walter) Ja. Es dauert leider immer eine Sekunde, weil es über drei Ecken geht.

(Klemens Lühr) Alles gut. Uns bleiben die Teilnehmenden auch treu. Wir haben in den letzten zehn Minuten nur zwei Personen verloren. Ich danke Ihnen für die Geduld, dass Sie jetzt auch hier dabei bleiben. Dann können wir die gewünschte Abfrage auch gleich machen.

(Lucas Schwarz) Wäre es möglich, solange den Beitrag von Frau Freitag von vorhin noch zu hören? Weil es ist ja dann ---

(Sprecher*in) Absolut.

(Klemens Lühr) Gerne, Frau Freitag, dann nutzen Sie die Zeit bitte.

(Asta von Oppen) Ja genau, gute Idee.

(Klemens Lühr) Frau Freitag, sind Sie noch zu hören? Sind Sie noch da?

(Silke Freitag) Ja, gerade klappt es hier nicht so wundervoll technisch bei mir. Aber, ich glaube ich bin zu hören.

(Klemens Lühr) Ja.

(Silke Freitag) Ich bin leider jetzt gerade nicht zu sehen. Davor ist die Teilnehmerliste jetzt gerade, die hier nicht weg zu klicken ist. Was ich einfach sagen wollte, ich habe es auch reingeschrieben: Was man jetzt tun kann, ist einfach: Wenn ein Problem auftaucht, egal welches, dann ist es immer hilfreich, sich gemeinschaftlich an den Tisch zu setzen und das zu klären. Wenn zum Beispiel der BUND sagt, unter diesen Bedingungen sind wir nicht bereit, in die Arbeitsgruppe zu gehen, und andere möchten gerne, dass der BUND dabei ist, ich glaube, dass es wichtig ist, dass gerade die Umweltverbände dabei sind, dann ist es hilfreich, einfach sozusagen ein Treffen zu machen mit diesem Thema. Unter welchen Rahmenbedingungen sind denn die Akteure, die man gerne dabei haben möchte, wie BUND, wie Ausgestrahlt, wie vielleicht auch die BI Lüchow-Dannenberg, die ja viel Expertise hat zum Gorleben-Thema --- Unter welchen Rahmenbedingungen wären die bereit, in so eine AG zu gehen? Dann kann man die Rahmenbedingungen in Ruhe festlegen und dann kann



man weiterarbeiten. Das würde Sinn machen. Also nicht einfach zu sagen: Entweder nehmt ihr die so, oder friss oder stirb. Sondern, einfach in Ruhe zugucken, was braucht es dann. Und das braucht Zeit, aber nur so kann eben auch Vertrauen entstehen. Das würde ich dringend empfehle, sich diese Zeit zu nehmen.

(Meret Walter) Eine kurze Anmerkung: Die Frage ist jetzt da.

(Klemens Lühr) Okay, dann lies sie bitte vorher noch mal vor, damit wir sichergehen, dass wir dieses Mal das richtige haben.

(Meret Walter) Möchte diese Gruppe zwischen den Konferenzen weiterarbeiten?

(Klemens Lühr) Es gibt nur eine Fachkonferenz Teilgebiete, da gibt es Beratungstermine. Ich hoffe, Sie akzeptieren die Frage. Ich frage mal Herrn Stay: Akzeptieren Sie die Frage so, dass es jetzt nicht Beratungstermine heißt, sondern Fachkonferenz?

(Jochen Stay) Ich habe es so gesagt. Wir wissen alle, was gemeint ist damit.

(Klemens Lühr) Super, okay. Dann bitte, Meret, schalte sie frei. Wir warten noch ein bisschen. Hier läuft ein Timer.

(Wolfgang Ehmke) Herr Lühr, hier ist Wolfgang Ehmke schon am Apparat. Ich habe das jetzt alles intensiv verfolgt. Wir machen ja gleich weiter im Grunde mit dieser Thematik. Werden Sie die nächste Runde auch moderieren oder ist das dann jemand, der ganz frisch dazu kommt und nicht mitbekommen hat, was jetzt schon diskutiert wurde?

(Klemens Lühr) Sie haben noch mal das Vergnügen mit mir.

(Wolfgang Ehmke) Dann sind wir ja gut vorbereitet und können prächtig weitermachen. (Klemens Lühr) Jetzt sehen Sie hier das Ergebnis. Es ist einstimmig, nein, nicht einstimmig, gar nicht wahr. Eindeutig. Zu 56% sagen Sie, soll diese Gruppe zwischen den Konferenzen weiterarbeiten. Vielen Dank. Jetzt würde ich aber sagen, ist Schluss, damit Sie auch noch eine Minipause haben von 15 Minuten, denn es geht um 16:15 Uhr im Plenum weiter. Um 16:30 Uhr geht es in der Arbeitsgruppe weiter, in der dritten für diesen Tag. Ich danke Ihnen für die aufregende Diskussion. Ich freue mich, wenn Sie gleich wieder mit dabei sind um 16:30 Uhr. Genießen Sie die Pause.

Textbeiträge der Arbeitsgruppe E 2

„Beteiligung – Interesse, Erwartungen, StandAG“

Samstag, 06.02.2021, 13:30 Uhr - 15:30 Uhr

Herzlich Willkommen bei der Arbeitsgruppe E 2

Struktur der Textbeiträge
I. Textbeiträge Arbeitsgruppe E 2
II. Welche Fragen und Themen sollten weiter diskutiert werden?

I. Textbeiträge Arbeitsgruppe E 2

47 Beiträge

1. Feb 6, 2021, 1:41:19 PM, Jochen Stay (Vertreter*in gesellschaftlicher Organisation):

Die Beschreibung der Phasen von Herrn Gaßner stimmt nicht. Was er für Phase 2 beschreibt ist noch Teil von Phase 1, was er bei Phase 3 stehen hat, ist Gegenstand von Phase 2.

2. Feb 6, 2021, 1:50:57 PM, Andreas Riekeberg (Bürger*in):

AG Ergebnissicherung war AG F1, nicht E1. AG E1 war Datengrundlage.

3. Feb 6, 2021, 1:54:47 PM, Norbert Welker (Bürger*in):

Wer wäre für konsequente Anwendung §5, Abs.3 zuständig

4. Feb 6, 2021, 1:55:56 PM, Andreas Riekeberg (Bürger*in):

Anwendung von Gesetzen ist Sache der Exekutive, also hier der Bundesregierung, vermutlich BMU Schulze, in deren Geschäftsbereich das BaSE arbeitet.

5. Feb 6, 2021, 1:57:32 PM, Andreas Riekeberg (Bürger*in):

Wenn die Exekutive die Gesetze nicht umsetzt, kann der Bundestag darauf hinwirken, dass dies doch geschieht. Per Anfrage zur Rechenschaft der Regierung, per Beschluss oder notfalls per Untersuchungsausschuss, denke ich.

6. Feb 6, 2021, 1:58:36 PM, Andreas Riekeberg (Bürger*in):

Per Anfrage zur Rechenschaft der Regierung, per Beschluss oder notfalls per Untersuchungsausschuss.

P.S.: Warum werden die Texte abgeschnitten???

7. Feb 6, 2021, 1:59:39 PM, Jochen Stay (Vertreter*in gesellschaftlicher Organisation):

@Andreas: das sieht nur für Dich so aus, weil der "mehr"-Button orange ist, genau wie die Markierung Deines eigenen Beitrags. Schlecht programmiert.

8. Feb 6, 2021, 2:02:28 PM, Norbert Dregger (Vertreter*in der Gebietskörperschaften/ Kommunen der Teilgebiete):

Wer nimmt an den Regionalkonferenzen teil? Bürger*innen, Landkreise, Kommunen, Zivilgesellschaft, Landesregierung?

9. Feb 6, 2021, 2:02:37 PM, Johanna Leitenberger (Bürger*in):

Wer nimmt an den Regionalkonferenzen teil? Sind sie offen für interessierte Bürger*innen oder Vertreter*innen von Organisationen?

10. Feb 6, 2021, 2:02:55 PM, Andreas Riekeberg (Bürger*in):

Zu Frau Janzen: Bei "Endlagerung" geht es doch um den Abschluss von der Biosphäre, oder? Also gerade nicht mehr "mit dem Müll leben" zu müssen...

11. Feb 6, 2021, 2:03:44 PM, Jochen Stay (Vertreter*in gesellschaftlicher Organisation):

@Frau Leitenberger: Das steht hier:

https://www.gesetze-im-internet.de/standag_2017/___10.html

12. Feb 6, 2021, 2:06:07 PM, Johanna Leitenberger (Bürger*in):

@Jochen Stay vielen Dank, aber ich kann es auch aus dem Text heraus nicht verstehen.

13. Feb 6, 2021, 2:06:56 PM, Jochen Stay (Vertreter*in gesellschaftlicher Organisation):

Es gibt für die Regionalkonferenzen eine Vollversammlung, an der alle teilnehmen dürfen

14. Feb 6, 2021, 2:07:58 PM, Jochen Stay (Vertreter*in gesellschaftlicher Organisation):

Die Vollversammlung wählt einen Vertretungskreis (max. 30 Personen), jeweils zu einem Drittel Bürger*innen, kommunale Vertreter*innen und gesellschaftliche Gruppen

15. Feb 6, 2021, 2:08:36 PM, Johanna Leitenberger (Bürger*in):

Danke!

16. Feb 6, 2021, 2:08:58 PM, Norbert Welker (Bürger*in):

Bitte Abfrage, ob die "junge Generation" in der Konferenz überhaupt vertreten ist.

17. Feb 6, 2021, 2:15:35 PM, Volker Leiterer (Vertreter*in der Gebietskörperschaften/
Kommunen der Teilgebiete):

In absehbarer Zeit werden die Genehmigungen für die Zwischenlager und die Castoren als Lagerbehälter auslaufen, jedenfalls vor Fertigstellung des Endlagers. Befasst sich eine Gruppe mit dem Szenario, dass sich eine Verlängerung objektiv als nicht genehmigungsfähig erweisen sollte?

18. Feb 6, 2021, 2:17:27 PM, Wolfgang Ferlemann (Vertreter*in der Gebietskörperschaften/
Kommunen der Teilgebiete):

Wenn nach der Phase 1 über die Regionen der oberirdischen Standortsuche entschieden wurde, erfahren diese Regionen von der Entscheidung durch die Einrichtung der dortigen Regionalkonferenz. Wann und in welcher Form erfahren jedoch die ausgeschiedenen Regionen davon, dass sie nicht mehr "im Skat" sind? Wird das zentral kommuniziert und von wem auf welcher Plattform?

19. Feb 6, 2021, 2:20:14 PM, Johanna Leitenberger (Bürger*in):

Vielen Dank, Herr Reimer!

20. Feb 6, 2021, 2:28:18 PM, Andreas Riekeberg (Bürger*in):

Danke an Herrn Reimer für die klaren Worte!

21. Feb 6, 2021, 2:29:46 PM, Silke Franzl (Vertreter*in der Gebietskörperschaften/
Kommunen der Teilgebiete):

Grundsätzlich sollte darauf geachtet werden, dass die Bevölkerung fachlich nicht überfrachtet wird, sondern die Öffentlichkeit verständlich und zeitnah informiert wird!

22. Feb 6, 2021, 2:34:16 PM, Johanna Leitenberger (Bürger*in) :

Wie könnte man es digital ermöglichen, dass wir hier "untereinander reden"?

23. Feb 6, 2021, 2:34:51 PM, Johanna Leitenberger (Bürger*in):

Die Idee finde ich großartig!

24. Feb 6, 2021, 2:39:56 PM, Fabian Torns (Vertreter*in der Gebietskörperschaften/ Kommunen der Teilgebiete):

Ich kann das Jammern über die Pandemie-bedingte Digitalisierung der Konferenz nicht nachvollziehen. Über dieses Online-Format werden weit mehr Bürger*innen erreicht als es eine Vor-Ort-Veranstaltung je geschafft hätte.

25. Feb 6, 2021, 2:40:57 PM, Olaf Bandt (Vertreter*in gesellschaftlicher Organisation):

An die Moderation AG2E: Herr Reimer hat ein zentrales Problem für die Neuwahl der AGV morgen angesprochen. Dieses sollte hier vertieft besprochen werden.

26. Feb 6, 2021, 2:44:56 PM Sven Diederichs (Bürger*in):

Beteiligungslücken: akademische Diskussion über "Formate" würde völlig darüber hinweg wischen, dass erheblichen Bevölkerungsgruppen ZUGÄNGE zu den "angebotenen" Verfahren von Anfang an VERWEHRT werden, es wird eine Ansprache sehr naiv suggeriert, ohne die Armutssituation der Familien in vielen Regionen überhaupt zu kennen.
...

27. Feb 6, 2021, 2:46:01 PM, Martin Jacob (Vertreter*in der Gebietskörperschaften/ Kommunen der Teilgebiete):

Bitte keine rückwärtsgewandte Diskussion mehr, sondern konstruktive Beiträge zur Auswahl der richtigen Teilgebiete.

28. Feb 6, 2021, 2:48:19 PM, Jochen Stay (Vertreter*in gesellschaftlicher Organisation):

@Herr Torns: Online-Formate haben Vor- und Nachteile. Ich habe das Timing kritisiert. Vorstellbar wäre doch, wenn wieder Präsenzveranstaltungen möglich sind, hybride Formate, die die Vorteile beider Formen koppeln.

29. Feb 6, 2021, 2:49:57 PM, Martin Donat (Bürger*in):

Kein "Jammern" über Pandemie-bedingte Einschränkungen, sondern die Feststellung, dass diese Veranstaltung nicht im eigentlichen Sinne "öffentlich", "barrierefrei" und "partizipativ" ist (was alleine die massiven technischen Probleme bestätigen). Außerdem ist die "Koalitionsfreiheit" so wenig gewahrt, wie die Möglichkeit, die Veranstaltung - sichtbar - zu verlassen und/ oder beispielsweise Widerspruch auch durch Demonstrationen sichtbar zu machen.

30. Feb 6, 2021, 2:55:55 PM, Johanna Leitenberger (Bürger*in):

Die Moderation ist angenehm und wertschätzend, braucht aber zu viel Zeit! Einfacher und auch leichter verständlich wäre es, die Fragen direkt zu beantworten (nicht in Dreierblöcken). Den Referent*innen sollte ebenfalls die Möglichkeit gegeben werden, auf die Fragen selbstständig zu antworten.

31. Feb 6, 2021, 2:57:42 PM, Jochen Stay (Vertreter*in gesellschaftlicher Organisation):

Gaßner sagt, wir sollen die Konferenzen doch nutzen, Fehler im BGE-Bericht zu finden und zu benennen. Wenn der Bericht aber gar nicht das beinhaltet, was das Gesetz vorsieht, dann kann darüber auch nicht diskutiert werden.

32. Feb 6, 2021, 3:04:05 PM, Yasmine Kühl (Beobachter*in):

Hinweis zur "Wortmeldung" - Eingabe über Menüführung sehr irritierend - Niederschwelliger Chat wie in Zoom wäre besser gewesen

33. Feb 6, 2021, 3:11:03 PM, Jochen Stay (Vertreter*in gesellschaftlicher Organisation):

Frau Janzen hat Recht: Die Abteilung für Beteiligung im Bundesamt und die PR-Abteilung sind inzwischen zweierlei. Doch leider hat dies nichts an der Haltung und Linie geändert.

34. Feb 6, 2021, 3:16:08 PM, Andreas Riekeberg (Bürger*in):

Zum Thema "Regionalentwicklung": Seit 5 Jahren werden jährlich 3 Mio Euro Bundesmittel in den Landkreis Wolfenbüttel gegeben an eine "Stiftung Zukunftsfonds Asse", der Vereine und Kommunen in freiwilligen Aufgaben unterstützt. Diese "Regionalentwicklung" ist so großzügig, dass nur ca. die Hälfte der Mittel ausgegeben und Rücklagen gebildet werden.

35. Feb 6, 2021, 3:23:45 PM, Johanna Leitenberger (Bürger*in):

Vielen Dank, Frau Freitag!

36. Feb 6, 2021, 3:26:27 PM, Andreas Riekeberg (Bürger*in):

Im Landkreis WF stellt sich die Frage, ob diese Regionalförderung von 3 Mio/Jahr nur für den Nachteilsausgleich Atommüll in Asse II (50.000 m³) gedacht sind, oder schon eine Beruhigung darstellen, weil die BGE hier demnächst eine Atommüll-Konditionierungsanlage und ein Zwischenlager errichten will. Übrigens: per Standort-Bestimmung durch BGE ohne faires Auswahlverfahren.

37. Feb 6, 2021, 3:29:48 PM, Jochen Stay (Vertreter*in gesellschaftlicher Organisation):

Die Vorbereitungsgruppe hat sich überlegt, dass die Arbeitsgruppen entscheiden, ob sie zwischen den Konferenzen weiterarbeiten wollen, damit die Diskussionen und Dissense, die im Raum sind, weiter bearbeiten zu können. Diese Entscheidung sollte von der Moderation noch herbeigeführt werden. Wenn die AG das möchte, dann entscheidet laut GO morgen das Plenum darüber.

38. Feb 6, 2021, 3:31:28 PM, Norbert Welker (Bürger*in):

Ich beantrage, die Wahlen am Sonntag abzusetzen. Als BUND Mitglied kann ich mich nicht zur Wahl stellen, ohne ein Mandat unserer Mitglieder eingeholt zu haben.

39. Feb 6, 2021, 3:33:54 PM, Johanna Leitenberger (Bürger*in):

@Jochen Stay danke für den Hinweis! Weiß man schon, in welcher Form oder welchem Rahmen sich die Gruppe weiter treffen würde?

40. Feb 6, 2021, 3:34:40 PM, Andreas Riekeberg (Bürger*in):

Wer hat eigentlich die Moderation beauftragt und wer bezahlt sie?

41. Feb 6, 2021, 3:35:00 PM, Martin Donat (Bürger*in):

Gerade dieses demokratische Defizit, sich ohne Mandate für diese repräsentativen Ämter zu bewerben, oder derartige nicht legitimierte Mandate einzufordern, sehe ich als Teil der "simulativen Demokratie" dieser Veranstaltung...

42. Feb 6, 2021, 3:37:09 PM, Markus Nehmer (Vertreter*in der Gebietskörperschaften/ Kommunen der Teilgebiete):

Ich möchte bitten, dass bei künftiger Planung (Konferenzen, etc.) auch Jugendverbände integriert werden. Die Maßnahme über BASE erhielt im November 2019 die letzte Aktualisierung. Ich glaube, dass es wichtig ist die künftigen Verantwortungsträger in diesen Prozess einzubinden.

43. Feb 6, 2021, 3:38:00 PM, Silke Freitag (Vertreter*in gesellschaftlicher Organisation):

Olaf Bandt hat eben den Weg gezeigt: Es muss über Rahmenbedingungen zur Teilnahme an der AG Vorbereitung gesprochen werden. Dazu sollten alle eingeladen werden, die prinzipiell dazu bereit wären, aber eben nicht unter diesen Rahmenbedingungen.

44. Feb 6, 2021, 3:41:38 PM, Lucas Schwarz (Wissenschaftler*in):

@ Frau Freitag: Haben Sie Interesse an einem Austausch in einem Raum der Kaffeerrunde, damit Ihre Inhalte verbalisiert und ausgetauscht werden können? Würde mich sehr interessieren und viele andere auch.

45. Feb 6, 2021, 3:46:32 PM, Johanna Leitenberger (Bürger*in):

Herr Stay, können Sie das moderieren?

46. Feb 6, 2021, 3:48:35 PM, Lucas Schwarz (Wissenschaftler*in):

Ist es möglich ohne das IKU eine AG einzurichten, damit dem Passus selbstorganisiert Rechnung getragen wird

47. Feb 6, 2021, 3:55:04 PM, Johanna Leitenberger (Bürger*in):

@Lucas Schwarz, spannende Idee. Es müsste sich jemand finden der die Moderation ehrenamtlich übernimmt...

II. Welche Fragen und Themen sollten weiter diskutiert werden?

19 Beiträge

1. Feb 6, 2021, 3:45:38 PM,

Ja, soll sich die Gruppe weiter treffen oder nicht, und wenn ja, in welchem Rahmen?

2. Feb 6, 2021, 3:46:04 PM,

Rolle der Moderation

3. Feb 6, 2021, 3:46:23 PM,

alles Themen, die in der Ag angesprochen wurden

4. Feb 6, 2021, 3:46:38 PM ,

Wir brauchen eine kontinuierliche Beteiligung und Information während und nach der Fachkonferenz und da wir das jetzt selber gestalten sollen und wollen, sollten wir das konkretisieren und regeln

5. Feb 6, 2021, 3:48:09 PM,

Wie können und wollen sich etablierte Basisgruppen (BUND, Ausgestrahlt, etc.) besser und authentischer einbringen und beteiligen?

6. Feb 6, 2021, 3:48:37 PM ,

Im Zeitraum zwischen der Fachkonferenz jetzt und der späteren Bekanntgabe von Standortregionen braucht es ein permanentes Format der Partizipation. Zentraler Inhalt muss die Frage sein, wie die Einengung der Teilgebiete zu Standortregionen erfolgt - im Sinne von Nachvollziehbarkeit.

7. Feb 6, 2021, 3:48:46 PM,

Wie geht es nach der/den Fachkonferenz/en Teilgebiete weiter? Wird es eine kontinuierliche Einengung der Teilgebiete geben oder werden mit der Ausweisung der Standortregionen in ca. 2-4 Jahren vollendete Tatsachen geschaffen?

8. Feb 6, 2021, 3:48:55 PM ,

Die Moderation einer so grossen Gruppe über zwei Zeitstunden durch eine Einzelperson erscheint unangemessen ambitioniert. Bitte Einbeziehung einer gleichberechtigten Moderatorin und bitte Diskussion über die Schwelle angemessener sachlicher und unangemessener persönlich verletzender Angriffe.

9. Feb 6, 2021, 3:49:25 PM ,

Bitte um Entscheidung, ob die Arbeitsgruppe nach der Konferenz weiterarbeiten soll? Ja oder Nein

10. Feb 6, 2021, 3:50:18 PM ,

Der Bedarf der Kommunen an Partizipation, Vernetzung und fachlicher Beratung auch nach der Fachkonferenz bis zur Bildung von Regionalkonferenzen.

11. Feb 6, 2021, 3:50:24 PM,

Warum tut sich diese Konferenz nicht mit den bereits so vielen aktiven Bürger_innen zusammen. Wir sind bereits so viele Gremien an Bürger_innen aktiven, warum kommt IHR nicht zu uns in die Treffs? Da funktioniert die Technik auch besser, und wir haben eine gute Moderation, nämlich selbst organisiert und da diskutieren auch VIELE

12. Feb 6, 2021, 3:51:02 PM,

Die Abstimmung über eine Abstimmung durch die Mod/das Konferenzteam entscheiden lassen - an diesem Konflikt der Definition von Selbstorganisation muss gearbeitet werden.

13. Feb 6, 2021, 3:51:04 PM ,

Entkopplung Selbstorganisation vom BaSE, Ressourcen der AG V, kontinuierliche Beteiligung über die FK TG hinaus

14. Feb 6, 2021, 3:52:16 PM ,

Die Interessenskonflikte der BaSE müssen aufgelöst werden (Öffentlichkeitsbeteiligung, Aufsicht über das Verfahren, Leitung der Geschäftsstelle der AG Vorbereitung)

15. Feb 6, 2021, 3:56:39 PM,

Warum dauert die technische Abstimmungsorganisation super langsam oder gar nicht?

16. Feb 6, 2021, 3:56:51 PM ,

Alle in der AG angesprochenen Themen

17. Feb 6, 2021, 3:57:15 PM ,

Selbstorganisation ohne IKU

18. Feb 6, 2021, 3:57:18 PM ,

.

19. Feb 6, 2021, 3:57:27 PM ,



Bedürfnisse der Zwischenlagerstandorte

Dokumentation der Änderungen

Datum	Änderung
17.02.2021	Wortprotokoll ergänzt
26.02.2021	Textbeiträge ergänzt Inhaltsangabe mit Seitenzahlen aktualisiert
10.03.2021	Vollständiges Wortprotokoll ergänzt